



universität
wien

Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

Europäische Union- Russische Föderation: Die Qualität
der Beziehungen vor dem Hintergrund eines erstarkten
Russland

Verfasserin / Verfasser

Wilhelm Ertlthallner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

Wien, im November 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuerin / Betreuer:

A 0447526
Politikwissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich

Europäische Union- Russische Föderation: Die Qualität der Beziehungen vor dem Hintergrund eines erstarkten Russland

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
1.1	Forschungsleitende Fragestellung	8
1.1.1	Erweiterungen im Sinne der forschungsleitenden Fragestellung	9
1.1.2	Thesen in Verbindung mit der forschungsleitenden Fragestellung	9
1.2	Problemrelevanz	10
1.3	Themenzuordnung	11
1.4	Methodik/Stoffsammlung	11
1.5	Kapitelzuordnung	13
2	Realismus/Neorealismus und russisches sicherheitspolitisches Handeln	14
2.1	Allgemeine Bemerkungen	15
2.2	Russischer Machtzuwachs und Neorealismus	16
2.3	Der klassische Realismus- die Basis	17
2.4	Neorealismus	19
2.4.1	Der neorealistische Ansatz	21
2.4.2	Hegemoniezyklentheorie- Exkurs	22
2.4.3	Struktureller Realismus und andere neorealistische Varianten	23
2.5	Folgerungen	25
3	Eurasien/Eurasismus/Neoeurasismus- Eine Annäherung	26
3.1	Der Begriff Eurasien	26
3.2	Die klassischen Eurasier	27
3.3	Eurasismus in der Gegenwart	29

3.3.1	Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit- Exkurs	30
3.4	Neoeurasismus	32
3.4.1	(Neo)Eurasismus und russische Außenpolitik	32
3.4.2	Alexandr Dugin als Leitfigur des Neoeurasismus	34
3.4.3	Die Beziehung Dugin- Putin	35
3.4.4	Die Möglichkeit einer Eurasischen Union?	37
3.4.5	Folgerungen	38
4	Russisches sicherheitspolitisches Handeln im putinschen System	41
4.1	Putins Aufstieg	41
4.2	Systemfestigung	43
4.2.1	Schaffung der Machtvertikale	43
4.2.2	Kontrolle als Kernkriterium- Exkurs	44
4.2.3	Umgang mit Wirtschafts- und Industriebossen, den so genannten Oligarchen	46
4.2.4	Machtgrundlagen	47
4.3	Systemeigenschaften	48
4.4	Rahmenbedingungen	49
4.4.1	Die Rolle der russisch orthodoxen Kirche	49
4.4.2	„Souveräne Demokratie“- ideologische Basis des Systems?	51
4.4.3	Folgerungen	53
4.5	Medwedew und Putin	53
4.5.1	Vorwärts Russland!- das Russlandbild des russischen Präsidenten- Exkurs	56
4.5.2	Folgerungen	57
4.6	Die Finanz- und Wirtschaftskrise	58
4.6.1	Rahmenbedingungen für die Krise	59
4.6.2	Krise und Krisenbewältigung	60
4.6.3	Folgerungen	61
4.7	Russische Außenpolitik im „System Putin“	62
4.7.1	Sicherheitspolitische Initiativen von Präsident Medwedew-Außenpolitisches Konzept	63
4.7.2	Nationale Sicherheitsstrategie bis 2020	64
4.7.3	Der russische Ansatz zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur (Europäischer Sicherheitsvertrag)- Exkurs	65
4.7.4	Eliten und russische Außenpolitik, die innenpolitische Seite der Außenpolitik	67
4.7.4.1	Hintergründe	68
4.7.4.2	Gegenwärtige Zustände	69
4.7.4.3	Folgerungen	70
4.8	Folgerungen	71

5	Energiekooperationen	74
5.1	Ausgangssituation	74
5.2	So genannte Abhängigkeiten und damit verbundene Problematiken	76
5.2.1	Energiepolitische Verwundbarkeit/Abhängigkeit der EU?	76
5.2.2	Gazprom und russische Energiepolitik	78
5.2.3	Der Einsatz von Primärenergieträgern als „politische Waffe“?	79
5.3	Folgerungen	82
6	Europäische Union und ihre Außenpolitik- Eine Annäherung unter besonderer Berücksichtigung Russlands	82
6.1	Allgemeine Bemerkungen	82
6.2	Außenpolitische Ansätze der Europäischen Union	84
6.2.1	Folgerungen	87
6.3	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)- Exkurs	87
6.4	EU-Außenpolitik und die Russische Föderation	89
6.4.1	Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)	89
6.4.2	Die vier „Gemeinsamen Räume“ der EU und Russlands	90
6.4.3	Exkurs zur Europäischen Nachbarschaftspolitik- ENP	91
6.4.4	Östliche Partnerschaft- ein neuer EU-Ansatz	92
6.4.4.1	Allgemeines	92
6.4.4.2	Der EU- Ansatz	93
6.4.4.3	Reibungsflächen und russische Reaktionen bzw. Befindlichkeiten	94
6.4.4.4	Folgerungen	97
7	Abschließende Bemerkungen	98
8	Literatur	101

1 Einleitung

Im Dezember 2007 fand in der Russischen Föderation die Duma- Wahl (Unterhaus des Parlaments) statt, im März 2008 folgte die Präsidentenwahl. Beide waren wichtige Stationen für die Weiterführung des „Systems Putin“ und gaben im Vorfeld Anlass zu wilden Spekulationen über eine dritte Amtszeit bzw. die Zukunft Putins generell.

Der neue Präsident Medwedew, durch die russische Verfassung in einer herausragenden Position und durch die russische Elite zumindest als Kompromisskandidat anerkannt, und das o. a. System reagieren immer häufiger und heftiger auf aus russischer Sicht empfundene Herausforderungen wie US-amerikanische Pläne hinsichtlich Raketenabwehr und die damit unterstellte Vereinnahmung von „EU- Partnern“ wie die Tschechische Republik oder Polen. Viele der neuen EU- Länder haben auch ein, weil massiv historisch vorbelastet, bilaterales Problem, was am Beispiel Russland- Estland ersichtlich ist und die EU- Russland- Beziehungen nicht gerade erleichtern.

Generell versucht die EU im Rahmen ihrer Osterweiterung und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) immer mehr Einfluss in Russlands „Nahem Ausland“ zu gewinnen. Dahingehend sind teilweise wirtschaftliche Kooperationen, besonders die Unterstützung farbiger Revolutionen aber auch eingeforderte Demokratisierungsmaßnahmen im Rahmen der europäischen Wertegemeinschaft der Russischen Föderation ein Dorn im Auge. Russland setzt auch als Reaktion besonders auf bilaterale Kooperationen mit verschiedensten EU- Ländern, Deutschland entwickelt sich dahingehend als besonderer strategischer Partner. Russland nützt diese Art der Kooperationen besonders zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen aber auch zum Aushebeln Brüsseler Intentionen.

Abseits dieser nicht unbedenklichen Entwicklung bewegt sich die wirtschaftliche Kooperation zwischen Russland und der EU, wo eine kolportierte Abhängigkeit von russischen Primärenergieträgern¹ regelmäßig für Aufmerksamkeit aber auch Unruhe

¹ Energieträger, Stoffe, die zur Erzeugung von Energie genutzt werden oder selbst eine nutzbare Form von Energie darstellen wie etwa Fernwärme. Allgemein lassen sich die Primärenergieträger

sorgt. Vertrauenseinbrüche im Zusammenhang mit dem russischen Vorgehen gegenüber der Ukraine und Belarus hinsichtlich Energieversorgung und der russischen Preispolitik im Allgemeinen unterstützen ein ambivalentes Bild hinsichtlich Verlässlichkeit von Russland bezüglich Energielieferungen.

Der Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Ende des Jahres 2007 ist darüber hinaus eine besondere Herausforderung für die EU. Es gilt im Rahmen der laufenden Verhandlungen² einem erstarkten Russland eine qualitativ hochwertige Kooperation abzurufen oder/und auf Alternativen zu setzen, was grundsätzlich wiederum für beide Beteiligte gilt.

Der zu Beginn des Jahres 2009 besonders heftig aufgetretene Disput zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine hinsichtlich Erdgaspreises bzw. Transitpreises sowie immer wiederkehrender Vorwürfe der russischen Seite, die Ukraine würde widerrechtlich Gas entnehmen, hat auch Teile des EU-Territoriums erstmals massiv betroffen und tiefe Spuren in den EU- Russland- Beziehungen hinterlassen.

Die Rolle der EU während und nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 ist für die EU selbst ein weiterer Schritt in der Krisenbewältigungskompetenz der Union und dokumentiert sich mit einer starken EU- Präsenz zumindest in Georgiens Kernland³ und somit in Russlands „Nahem Ausland“, wo Russland besonderen Einfluss ausüben will und Sonderinteressen

von den Sekundärenergieträgern unterscheiden. Primärenergieträger sind nicht das Ergebnis eines technischen Umwandlungsprozesses, sondern sie werden in der Form zur Energieerzeugung eingesetzt, in der man sie in der Natur vorfindet. Zu ihnen zählen die fossilen Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas, Torf) und die Kernbrennstoffe. Aber auch Holz, Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft sowie die Erdwärme (siehe Geothermie) gehören dazu. Die chemische und/oder physikalische Struktur von Primärenergieträgern lässt sich durch verschiedene technische Prozesse umwandeln oder verändern. Man kann Primärenergieträger z. B. in nutzbare Bestandteile zerlegen und erhält so Sekundärenergieträger. Zu diesen gehören u. a. Benzin, Dieselmotortreibstoff und Heizöl, aber auch Strom und Fernwärme. Microsoft Encarta 2006 Enzyklopädie © 1993-2005 Microsoft Corporation.

² Hierzu zählen auch die regelmäßig (zweimal pro Jahr) stattfindenden EU- Russland- Gipfel, wo auch das Klima im Allgemeinen zwischen den Kontrahenten eingeordnet bzw. beurteilt werden kann. Generell ist anzumerken, dass die meisten Gipfel hinter den oft hohen Erwartungen zurückgeblieben sind. Am 18.11.09 beginnt der nächste EU- Russland- Gipfel in Stockholm, wo unter anderem „Frühwarnsysteme“ und „Notfallpläne“ im Zusammenhang mit russischen Energielieferungen auf der Tagesordnung stehen. Siehe hierzu auch „Russland droht wieder am Gashebel zu drehen“, in Kurier Online vom 15.11.09, <http://www.kurier.at/geldundwirtschaft/1955142.php>, abgerufen am 15.11.09.

³ Es hat besonders überrascht, wie schnell die EU dahingehend reagiert hat. Dies wurde insbesondere von der Aktivität des Vorsitzenden der seinerzeitigen französischen EU-Präsidenschaft Sarkozy geprägt und ist ein unbestrittener Erfolg, auch wenn gegenwärtig nicht alle Ziele des verhandelten Waffenstillstandes gemäß EU-Auslegung erreicht worden sind.

gegenüber der Internationalen Gemeinschaft artikuliert. All dies lässt die Frage aufkommen, welche Art der Partnerschaft besteht, wie sich diese entwickeln wird und ob ein qualitativ hochwertiger Kompromiss Niederschlag in dem ausständigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen finden wird.

Die EU hat mit der letzten Erweiterung 2007 eine Ausdehnung erreicht, wo eine weitere Expansion, welche Russland unmittelbar betreffen würde, mittelfristig kaum heran stehen wird. Die Herausforderung für die EU wird es sein, gute Beziehungen zu den Nachbarn im Rahmen der EU-Wertegemeinschaft zu entwickeln und Kooperationen als Alternative zu bestehenden Beitrittswünschen zu verkaufen und damit diesen entgegenzutreten. Die Union entwickelt aus Eigeninteresse heraus besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum der wirtschaftlichen Kooperation, des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den bereits erwähnten Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet⁴. Spezielle Programme und Partnerschaften (Europäische Nachbarschaftspolitik bzw. Östliche Partnerschaft) unterstützen die Politik der EU und stehen für die EU quasi als Beitrittsersatz zur Verfügung.

Darüber hinaus diktiert die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise Rahmenbedingungen, wo einerseits die USA mit ihrem Wirtschaftssystem in Frage gestellt werden und Alternativen dazu, wie die von Russland propagierte „Souveräne Demokratie oder die chinesische Variante einer „Harmonischen Gesellschaft“ mittlerweile als soft- power- Varianten⁵, beide nicht mit westlichen demokratischen

⁴ Siehe hierzu auch „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, <http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>, abgerufen am 26.12.08.

⁵ „Soft Power zielt nicht wie die traditionelle Hard Power auf Zwang und Gewalt sondern auf die Transmission von Informationen, von Ideen, von Werten und Normen. Das Konzept der Soft Power soll den sich verändernden Strukturen Rechnung tragen; es ist auf diese ausgerichtet. Um Macht zu erlangen sollen – im Sinne der Soft Power – die Akteure Einfluss auf die Strukturen internationaler Entscheidungsprozesse nehmen. Durch aktive Beteiligung am agenda- setting können bestimmte – eigene – Ziele und Sichtweisen formuliert und auf das internationale Parkett gezogen werden. Mittels der Einflussnahme auf Institutionen, besser noch mit Hilfe der Schaffung von Institutionen, kann man diesen einen Weg weisen, der als Ergebnis im Bestfall die Festlegung von eigenen Werten als internationale Norm hat. Es geht also um das Schaffen und Setzen von Standards, Grundeinstellungen, um die Strukturen internationaler Politik beeinflussen zu können: “ (...) proof of power lies in the changed behavior of nations.” (NYE 1990, S. 174). Um diesen Einfluss zu erlangen ist Information und ihre Verbreitung der Schlüssel: “soft power rests ultimately on credibility and (...) this derives from the production and dissemination of free (public) information” (ARQUILA, RONFELDT 1999, S. 40)“, in: Konzepte von Soft Power, Proseminararbeit Proseminar 15.120: Militär- und Sicherheitspolitik im technologischen Wandel, Vom Territorialkrieg zum Informationskrieg? Verfasser: Klas Roggenkamp, userpage.fu-berlin.de/~bendrath/hausarbeiten/soft-power.rtf, abgerufen am 21.05.2009.

Standards vergleichbar, nicht mehr nachhaltig hinterfragt werden⁶ und unsere gelebten westlichen Modelle zur Gesellschafts- und Wirtschaftsgestaltung im Sinne von Demokratiemüdigkeit herausfordern. Dies bringt besonders wieder die EU ins Spiel, welche schwerfälliger und kompromissorientierter als Nationalstaaten wie die USA oder Russland agiert und eine Wertegemeinschaft vertritt, welche aufgrund auch der demokratischen Standards höchst unterschiedlich zur russischen Entwicklung steht. All diese Entwicklungen gestalten eine mögliche Herausbildung von qualitativ hochwertigen Beziehungen spannend aber auch schwierig und sind im ersten Ansatz hinsichtlich Qualität und Entwicklung eher schwer einzuschätzen.

1.1 Forschungsleitende Fragestellung

Beide Akteure, die EU und die Russische Föderation aber auch Russlands „Nahes Ausland“ befinden sich in Transformation. Die in der Einleitung dargestellten Rahmenbedingungen und daraus resultierende Konkurrenzen machen möglicherweise eine Annäherung nicht leichter. Daraus ergibt sich für mich die forschungsleitende Fragestellung, wie die Qualität der vielfältigen und als gegeben angesehenen Berührungsfelder und Kooperationen sich darstellt und darauf aufbauend, welche Ableitungen für die zukünftigen Entwicklungen der Beziehungen sich daraus ergeben.

Das Schwergewicht meiner Ausarbeitung lege ich dabei auf den Akteur Russische Föderation, da Russland für unser Empfinden noch immer den Nimbus des Bedrohlichen, Fremden und Unerforschten in sich birgt. Besonders die Entwicklung und die Stabilität des vorherrschenden politischen Systems erscheinen von besonderem Interesse. Auf der anderen Seite stellt sich die EU mit all den gewachsenen Stärken aber auch mannigfaltigen Schwächen für uns transparenter

⁶ Siehe hierzu auch: „Keine Alternative zur globalen Rolle der USA“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 24.02.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/keine_alternative_zur_globalen_rolle_der_usa_1.2079047.html, abgerufen am 24.02.2009.

dar⁷ und ist auch im internationalen System mittlerweile ein anerkannter verlässlicher Faktor geworden⁸.

1.1.1 Erweiterungen im Sinne der forschungsleitenden Fragestellung

Weitere Bereiche, welche im Rahmen der forschungsleitenden Fragestellung besondere Aufmerksamkeit verdienen sind folgende:

- Wie stellt sich das „System Putin“ als Basis des wieder erstarkten Russlands dar und welche Ableitungen lassen sich daraus für die Qualität der Beziehungen zur Europäischen Union treffen? Ein wichtiger Teil der Analyse wird auch sein, warum das „System Putin“ für eine gleichwertige/konstruktive Partnerschaft möglicherweise als eingeschränkt geeignet erscheint.
- Wie stellen sich die im Rahmen der energiepolitischen Verflechtungen immer wieder in den Schlagzeilen auftkommenden Abhängigkeiten dar? Wer ist von wem abhängig und was bedeutet dies für die Qualität der Beziehungen?

1.1.2 Thesen in Verbindung mit der forschungsleitenden Fragestellung

Da die sicherheitspolitischen Entwicklungen in den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in den Ländern des „Nahen Auslands“ um die Russische Föderation und in Russland selbst ein wesentlicher Bestandteil meiner täglichen Arbeit sind, erlaube ich mir auch folgende Thesen vorab in den Raum zu stellen. Sie stellen weder eine vorweggenommene Wertung dar noch sollen sie die Analyse beeinflussen. Sie sollen im Gegenteil anhalten, nach Möglichkeit entsprechend entkräftendes Material zu beschaffen.

- Russland wird versuchen, die Beibehaltung der sicherheitspolitischen Linie vorausgesetzt, einen Alleingang unter Ausnutzung verschiedenster

⁷ Meinungsbildend für mich speziell dazu waren auch die zahlreichen Diskussionen und Veranstaltungen im Rahmen des letzten EU- Parlamentswahlkampfes, wo auch die „innere Lage“ der EU umfassend dargestellt worden ist und wo man sich doch ein sehr gutes Bild verschaffen konnte.

⁸ Basierend auf dem Buch von „Parag KHANNA, „Der Kampf um die Zweite Welt“, gibt es drei natürliche Imperien (Supermächte). Diese sind China, die EU und die USA. Russland wird mit vielen Problembereichen als Mittelmacht eingeschätzt.

Partnerschaften zu gehen und keine zu tiefe bzw. qualitativ hochwertige Partnerschaft zulassen.

- Ein national- konservativer Eurasismus als Ideologiegrundlage wird in der Russischen Föderation als Gegengewicht zu den USA aber auch zur EU aufgebaut. Die Zukunft könnte ein Konstrukt „Eurasische Gemeinschaft“ mit Russland als Kern sein. Untersucht soll auch werden, inwieweit diese Vorstellungen die Form eines Wunschzustandes überschreiten, was von der so genannten Eurasismus- Theorie wirklich umgesetzt wird und ob Eurasismus quasi als Macht- und Raumkonstrukt als Ersatz für verloren gegangenen Einfluss gesehen wird. Gerade hier erscheint es interessant, diesen ideologischen Ansatz mit der realen Situation zu vergleichen, da Russland lediglich oft nur rein pragmatisches Agieren unterstellt wird.

1.2 Problemrelevanz

Der Arbeit selbst unterstelle ich eine hohe Problemrelevanz, da die Russische Föderation nicht irgendein Partner der EU ist, dieser Umstand besonders von der EU viel zu spät erkannt worden ist (wenn überhaupt) und möglicherweise nicht mit dem nötigen Gewicht wahrgenommen wird. Russlands Rolle als Energielieferant verdient breite Aufmerksamkeit und lässt hinsichtlich des russischen Agierens einen breiten Ansatzspielraum zu. Obwohl in der vielfältigen Medienlandschaft immer wieder gut aufbereitet und behandelt, bleiben viele offene Fragen zu den EU- Russland- Beziehungen. Ziel ist es wie bereits angeführt, besonders die Qualität der Beziehungen in relevanten Bereichen und Politikfeldern herauszuarbeiten bzw. darzustellen.

Dahingehend erscheint interessant, wo liegen die wesentlichen Differenzen aber auch Gemeinsamkeiten respektive Abhängigkeiten in den Beziehungen? Wer kann wie in welcher Qualität profitieren? Eine Gewichtung der involvierten Akteure bezüglich Kooperationen mit anderen relevanten Akteuren erscheint in diesem Zusammenhang notwendig. Daraus resultiert letztendlich auch die Frage, ist die EU

ein besonderer strategischer Partner für Russland bzw. umgekehrt oder nur einer von vielen?

1.3 Themenzuordnung

Das von mir gewählte Thema bewegt sich im Feld Internationale Politik. Die wissenschaftliche Disziplin dazu, welche jüngeren Datums ist (etwa 80 Jahre jung) und wo der angloamerikanische Begriff dazu „international relations“ ist, beschäftigt sich seit den Anfängen mit den Ursachen von Kriegen mit dem klaren Ziel, Weltkriege in der Folge des Ersten Weltkrieges zu verhindern. Mit der Internationalen Politik unmittelbar verbunden sind die zentralen Begriffe Herrschaft und Macht, wobei Macht in der realistischen Theorie einen hohen Stellenwert einnimmt. Internationale Politik ist weitaus mehr als die Politik zwischen Staaten, demgemäß die Analyse der nationalen Außenpolitik für das Verständnis der internationalen Politik unerlässlich ist (FILZMAIER, GEWESSLER, HÖLL, MANGOTT 2006, S. 59). Der Akteursrahmen hat stark zugenommen und geht über Staaten hinaus. GOs, NGOs, multinationale Konzerne aber auch Medienunternehmen haben heutzutage machtpolitische Bedeutung und werden in der folgenden Analyse ihren Stellenwert haben bzw. entsprechend berücksichtigt werden.

1.4 Methodik/Stoffsammlung

Die Informationsgewinnung erfolgte mit Masse durch die Auswertung von „Dokumenten“ vielfältigster Art, die „jene Informationen bergen, welche für die Beantwortung der Forschungsfrage oder für die Lösung eines gestellten Problems nützlich sein können“ (PATZELT 2003, S. 149). Das Gewinnen von relevanten Informationen für die Erstellung der Analyse erfolgte einerseits aus Dokumenten, welche auf offiziellen Seiten der EU aber auch der Russischen Föderation (z.B. Portal der Europäischen Union, http://europa.eu/index_de.htm oder der offiziellen Seite des Russischen Präsidenten, <http://kremlin.ru/eng/>) zugänglich sind. Darüber hinaus habe ich aus einer Vielzahl von relevanter Fachliteratur und fertigen Analysen, welche von namhaften Instituten auch im Internet zur Verfügung gestellt werden, auswählen können. Dies bot auch den Vorteil, ein möglichst breites Spektrum an Meinungsvielfalt abzutasten und Eingleisigkeiten zu vermeiden. Das

Werkzeug der Inhaltsanalyse unter Verwendung eines Analyseleitfadens erschien mir dabei besonders wichtig. Je nach Text war eine Liste von Fragen wichtig für die Informationsgewinnung bzw. für die Erwartungshaltung dahingehend an das Dokument selbst. Bei den ausgewählten Dokumenten hatte die Quellenbeurteilung und damit im Zusammenhang Quellenkritik natürlich einen hohen Stellenwert.

Weiters bot mir der Österreichische Botschafter in Moskau, Dr. Martin VUKOVICH, im August 2008 während seines Österreichurlaubs die Möglichkeit zu einem ausführlichen Gespräch, wo ich als Gesprächsleitfaden die seinerzeitige vorläufige Gliederung des Forschungsexposees verwendet habe. Das Gespräch hat enorm zur Horizonterweiterung beigetragen und auch direkten Einfluss auf die Erstellung der Thesen aber auch auf den Umgang mit dem „System Putin“ gehabt.

Die Teilnahme an russlandspezifischen Veranstaltungen im Rahmen der „Wilton Park Conferences“ oder Salzburg Global Seminars⁹ aber auch an der Landesverteidigungsakademie Wien bzw. verschiedenster anderer Veranstalter wie dem Ludwig Boltzmann Institut oder dem Internationalem Institut für Liberale Politik sind ebenfalls enorm wichtig für die Informationsgewinnung. Im Rahmen dieser Arbeit konnte ich viele Informationen jedoch nur eingeschränkt nutzen, da viele Veranstaltungen unter den Kriterien des „Chatham House Rule“¹⁰ abgehalten wurden/werden, d.h. vereinfacht gesagt können natürlich durchaus Informationen aus der Veranstaltung oder aus bilateralen Gesprächen gewonnen werden, das Zitieren würde jedoch einen Regelbruch darstellen.

⁹ Im April 2008 besuchte ich im Rahmen von Salzburg Global Seminars die Veranstaltung „Russia: The 2020 Perspective“ in Salzburg und im November 2008 im Rahmen der Wilton Park Conferences „Working with Russia: Next steps in economic and political dialogue“ in Steyning, Großbritannien.

¹⁰ Chatham House Rule- The Chatham House Rule reads as follows:
"When a meeting or part thereof, is held under the Chatham House Rule, participants are free to use the information received, but neither the identity nor the affiliation of the speaker(s), nor that of any other participant, may be revealed". The world-famous Chatham House Rule may be invoked at meetings to encourage openness and the sharing of information.

Explanation of the Rule:

The Chatham House Rule originated at Chatham House with the aim of providing anonymity to speakers and to encourage openness and the sharing of information. It is now used throughout the world as an aid to free discussion. Meetings do not have to take place at Chatham House, or be organized by Chatham House, to be held under the Rule.

Meetings, events and discussions held at Chatham House are normally conducted 'on the record' with the Rule occasionally invoked at the speaker's request. In cases where the Rule is not considered sufficiently strict, an event may be held 'off the record';
<http://www.chathamhouse.org.uk/about/chathamhouserule/>, abgerufen am 24.02.2009.

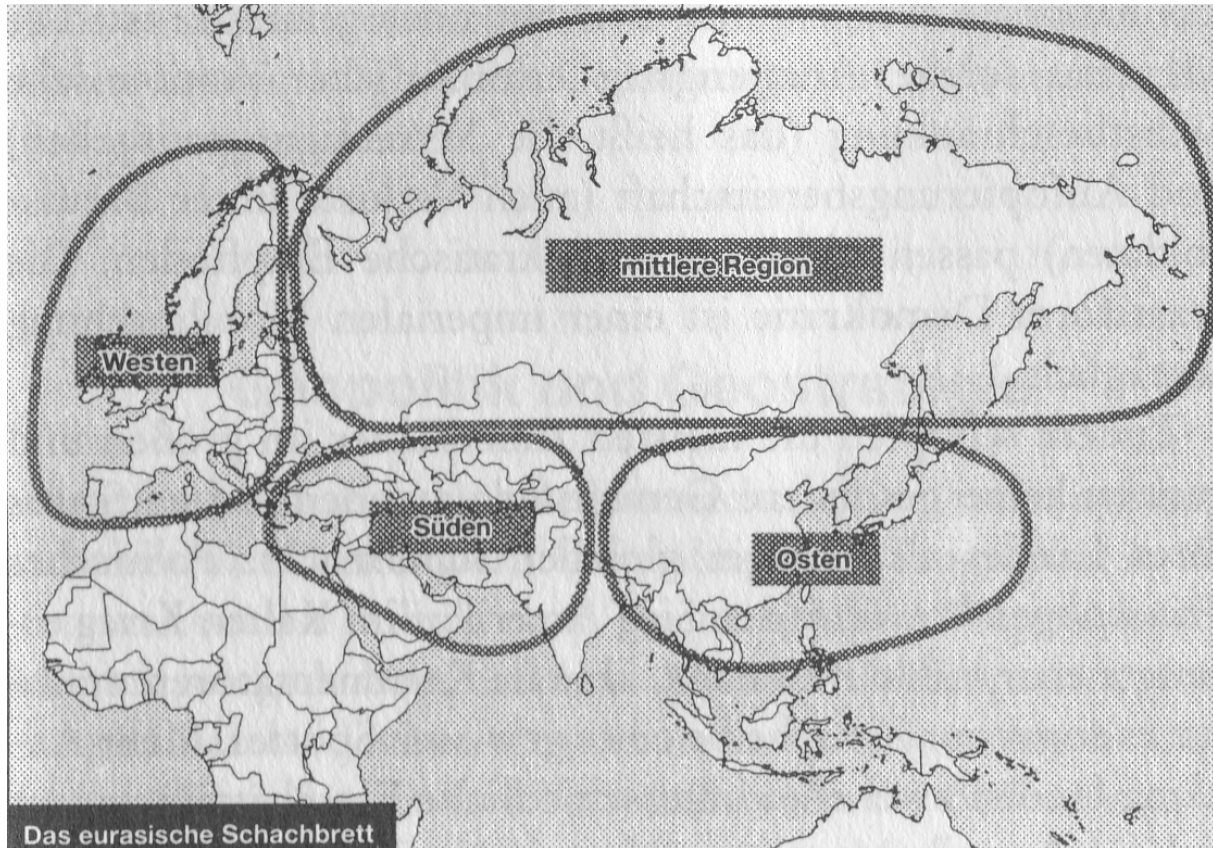
1.5 Kapitelzuordnung

Die Kapitel 2 und 3 verstehen sich als Theoretischer Teil und sollen einerseits russisches sicherheitspolitisches Agieren in die Nähe einer anerkannten politischen Theorie bzw. Ideologie bringen. In diesem Fall bietet sich die realistische bzw. neorealistische Schule an, weil sich das von den USA bewährte Konzept als „erfolgreiche Nachahmung“ für Russland direkt anbietet und besonders der Faktor Macht als theoriebegleitender Eckpfeiler sich im russischen sicherheitspolitischen Agieren immer wieder findet und in seinen vielfältigen Formen realpolitisch umfassend angewandt wird. Andererseits haben unter dem Deckmantel der Eurasismus- /Neoeurasismusideologie Kreise in Russland möglicherweise an Einfluss gewonnen, welche auch faschistisches Gedankengut unter eben diesem Deckmantel verbreiten und sich in teilweise rechtsextremen Netzwerken darstellen, welche auch außerhalb des russischen Territoriums angesiedelt sind. Welche Gefahr davon ausgeht, ist historisch belegt, könnte auch einen Hintergrund für russische Großmachtpolitik darstellen und sollte gerade auch für die EU und ihre politischen Repräsentanten von Bedeutung sein.

In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, in einem weiteren Kapitel das „System Putin“ zu beleuchten. Machtgrundlagen, die Systemfestigung aber auch das Verhältnis der Akteure des so genannten Tandems Medwedw- Putin zueinander gilt es herauszuarbeiten. Darüber hinaus erscheint der Vergleich der Systemkriterien zur EU- Wertegemeinschaft von Wichtigkeit.

Ein Kapitel über die mannigfaltigen Herausforderungen der EU- Russland-Energiekooperationen folgt und soll auch darstellen, welche Rolle sie im Beziehungsgeflecht spielen und wie sich die Abhängigkeiten darstellen. Als Detail wird herauszuarbeiten sein, inwieweit sich gerade diese Zusammenarbeit als Basis für zukünftige qualitativ hochwertige Beziehungen entwickeln kann oder ob lediglich Angebot, Nachfrage und Preispolitik im Sinn von Gewinnmaximierung relevant sind. Abschließend werden Institutionen und Instrumente der EU- Außenpolitik beleuchtet und ein Bild gezeichnet, wo die Berührungspunkte mit russischen Interessen sind und wie sie in Russlands „Nahem Ausland“ wirkt.

2 Realismus/Neorealismus und russisches sicherheitspolitisches Handeln



11

„Die US-Vormachtstellung müsse unter allen Umständen bewahrt werden. Hierfür sei es erforderlich, dass die NATO als Brückenkopf der USA in Eurasien expandiere und geostrategisch bedeutsame Regionen unter ihre Kontrolle bringe, um so einen machtpolitischen Wiederaufstieg Russlands zu verhindern“.

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden“.

¹¹ Das eurasisches Schachbrett, in: Handout zum Kolloquium „Geographie des Politischen“; „Zbigniew Brzezinskis, Die einzige Weltmacht –Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Zürich 2006,

„Ferner sei es, so Brzezinski, zwingend erforderlich, den Südkaukasus, also Armenien, Aserbaidshan und Georgien, an der Südflanke Russlands unter Kontrolle zu bringen“. „Die Vereinigten Staaten und die Länder der NATO sind dabei- obzwar unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf Russlands Selbstachtung, aber nichtsdestoweniger entschieden und beständig-, die geopolitischen Grundlagen zu zerstören, die, zumindest theoretisch, Russland die Hoffnung lassen könnten, sich in der Weltpolitik den Status der Nummer zwei zu erwerben“. (BRZEZINSKI 1997 S. 74f und 81f, in HANTKE 2009, S.1)

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Das Ende des bipolaren Systems basierte auf dem Niedergang der Sowjetunion und war auch für die Theoriedebatte im Rahmen der Internationalen Beziehungen prägend. Die Frage, welche sich wiederum erneut stellte, war, wie ein so gewaltiger Umbruch passieren konnte, ohne dass Ableitungen aus politischen Theorien dies ankündigen konnten. Im Raum stehend verblieb wieder einmal ein unklares Bild hinsichtlich der Aussagekraft politischer Theorien bzw. deren Anwendungen und wie man aus ihnen realen Nutzen, möglicherweise in Form der Früherkennung, ziehen kann? Für mich persönlich stellt sich die praxisorientierte Grundsatzfrage, wie politische Theorien an der politischen Realität und umgekehrt wirklich festgemacht werden können?

In der Theoriedebatte existiert kein einheitlich anerkanntes Modell. Viele Theorien, Ideologien, daraus abgeleitete Modelle, Konzepte bzw. Ansätze mit unterschiedlicher Hinwendung zur Realität stehen zur Auswahl und vermitteln ein eher verworrenes Bild (FILZMAIER, GEWESSLER, HÖLL, MANGOTT 2006, S. 67).

Unsicherheitsfaktoren wie das Nichteinhalten von vereinbarten Spielregeln, die Möglichkeit, dass Entscheidungsfindungen sehr oft nicht rational oder wie erwartet bzw. nachvollziehbar erfolgen, das Streben nach Macht oft als oberstes Ziel oder auch vertragliche Regelwerke beeinflussen darüber hinaus sehr oft die Abläufe bzw. Entscheidungsfindungen. Dies könnte eine mögliche Erklärung dafür sein, warum die erwartete Prognosefähigkeit, wie eingangs erwähnt, sehr eingeschränkt erscheint.

Politische Theorien reduzieren sich damit auf ein Analyseinstrument von vielen, welche versuchen, erklärend zu wirken, jedoch eine gesicherte Aussagefähigkeit oft vermissen lassen. Speziell in wissenschaftlichen Ausarbeitungen wie Diplomarbeiten wird ein Theorieteil oftmals verlangt, weil ohne diesen die Auseinandersetzung mit der „wissenschaftlichen Basis“ fehlen würde und weil im Rahmen des Weges des geringsten Widerstandes Studierende die Auseinandersetzung mit politischen Theorien scheuen und eine Auseinandersetzung nur eingeschränkt stattfinden würde.

2.2 Russischer Machtzuwachs und Neorealismus

Präsident Putin hielt im Februar 2007 eine bemerkenswerte Rede vor einem erlauchten Publikum im Rahmen der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik¹², wo er aus seiner Sicht Russlands wieder gewonnene, machtvolle Position im eurasischen Raum untermauerte, somit Russlands Position klar umrissen hat und auch aus meiner Sicht einen klaren Hinweis angebracht hat, dass Veränderungen im internationalen Kräftegleichgewicht im Gange sind und diese wiederum die dominante Position der USA herausfordern. Bestehende, klar ausgeprägte Kritik und Konkurrenzen hinsichtlich Raumempfinden/Raumverantwortlichkeit in Verbindung mit Einfluss/Ordnungsmacht, Wertauffassung aber auch hinsichtlich Vertrauenswürdigkeit generell können aus den Worten des Präsidenten abgeleitet werden.

Russland selbst wird immer öfter auch von Außen damit in Zusammenhang gebracht, dass es als Großmacht auf die Weltbühne zurückgekehrt ist, einerseits pragmatisch und profitorientiert handelt, andererseits aber auch rücksichtslos im Rahmen der russischen sicherheitspolitischen Interessenslage, besonders in Russlands unmittelbaren Einflussgebiet dem „Nahen Ausland“, agiert bzw. sich profiliert. Bestehende und konstruierte Abhängigkeiten im Zusammenhang mit militärischen Kapazitäten, Rohstoffen, Energieträgern etc. unterstützen Russlands Vorgehen.

¹² Die heutige Bezeichnung lautet Münchner Sicherheitskonferenz. Zur Rede von Putin siehe auch http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=179&, abgerufen am 26.02.2009.

Diese realpolitische Ausgangslage möchte ich verwenden, um die politische Theorie des Realismus bzw. des Neorealismus ins Spiel zu bringen. Weiters erscheint es mir angebracht, die Ideologie des Eurasismus bzw. Neoeurasismus in einem weiteren Kapitel ebenfalls zu beleuchten, um auch hier eventuell russisches realpolitisches Verhalten in einen Kontext stellen zu können. Letztendlich ist es mir ein Bedürfnis, den Versuch zu wagen und der vielfach vertretenen Meinung entgegenzutreten, dass Russlands Agieren rein pragmatisch wäre und dass fast kein ideologisches Sendungsbewusstsein aus dem Verhalten der russischen Staatsführung abzuleiten ist.

2.3 Der klassische Realismus- die Basis

Orientiert man sich bei Menzel, so bewegen sich alle Lehrmeinungen zwischen Idealismus und Realismus. Der Realismus in seiner klassischen Version geht vom gegenteiligen Menschenbild aus. Der Mensch ist gut, aber auch schlecht, nicht nur vernunftbegabt sondern auch triebgesteuert. Seiner Lernfähigkeit sind Grenzen gesetzt (MENZEL 2001, S. 7, 21, 22). Diese Gegensätze prägen das Menschenbild des klassischen Realismus. Gute Menschen leben neben so genannten schlechten und automatisch befindet man sich ohne viel Zutun in schlechter Gesellschaft und weiterführend ist der Mensch natürlich zum Schlechten beeinflussbar bzw. verführbar. Menschliche Triebe wie der Selbsterhaltungstrieb sind so dominant, dass sie in der Lage sind, Erlerntes und Anerzogenes auszugleichen. Äußere Zwänge wiederum können, bei entsprechender Nachhaltigkeit (z.B. Gewaltanwendung) dem so genannten Triebleben Einhalt gebieten und somit bewusst präventiv Abschreckung erzeugen. In Anlehnung dazu entwickelt sich aus eben diesem angeführten Menschenbild eine politische Theorie, menschliches Verhalten wird auf jenes von Nationalstaaten übertragen. „Ähnlich wie im Idealismus wird auch im Realismus auf dem Wege der Analogie aus dem skizzierten Menschenbild eine politische Theorie, da hier ebenfalls das menschliche Verhalten auf das Verhalten von Staaten übertragen wird. Dies impliziert eine wichtige Grundannahme, nämlich dass Staaten Körperschaften sind, denen ein einheitliches Verhalten unterstellt werden kann“ (MENZEL 2001, S. 78).

Diese Nationalstaaten sind die höchste Instanz, ein übergeordnetes internationales Gewaltmonopol fehlt bzw. scheint nicht auf. Ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis gilt nicht nur für Menschen, sondern natürlich auch für Staaten. Genau dies kann

wiederum durch Macht über andere Staaten erwirkt werden. Macht oder respektive Machtausübung bedarf u.a. entsprechender Rüstungsmaßnahmen, welche wiederum Abschreckung in sich bergen.

Die Staatsraison¹³ erzwingt vom nach außen als homogen und rational handelnden Akteur Staat eine nüchterne Beurteilung seiner Mittel hinsichtlich Maximierung der Macht und des Nutzens, was wiederum die Wichtigkeit der Außenpolitik zur Sicherung der staatlichen Existenz ins Rampenlicht rückt. Hier bietet sich der Brückenschlag zur Sicherheitspolitik¹⁴ hinsichtlich machtpolitischen Verhaltens an, sie ist dominant¹⁵ und umfasst wesentlich mehr als staatliches Außenverhalten.

Sicherheitsfragen bilden den Bereich der „High Politics“, alles andere fällt im Sinn des klassischen Realismus unter „Low Politics“, auch wirtschaftliche Interessen (MENZEL 2001, S. 79), was wiederum nicht unumstritten ist¹⁶.

Somit ist Politik im Rahmen der Internationalen Politik Umgang mit Macht in den verschiedensten Formen. Dazu zählen Diplomatie, Rüstung zum Zwecke der Abschreckung aber auch, falls notwendig oder wenn eigene Mittel nicht ausreichen, eine Politik des Gleichgewichts durch Bündnissysteme.

¹³ Staatsraison ist ein Prinzip, das die Interessen des Staates über alle anderen (partikularen oder individuellen) Interessen stellt. Nach diesem absolutistischen bzw. obrigkeitsstaatlichen Prinzip ist die Erhaltung der Macht, die Einheit und das Überleben des Staates ein Wert an sich und rechtfertigt letztlich den Einsatz aller Mittel, unabhängig von Moral oder Gesetz. Das Prinzip der Staatsraison wird heute noch von autoritären Regimes gepflegt. Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006. http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=Y7RRT1, abgerufen am 15.04.2008.

¹⁴ Sicherheitspolitik, alle von souveränen Nationalstaaten (Souveränität) verfolgten Maßnahmen zur Wahrung ihrer äußeren Sicherheit. Ziel ist es, die politische und wirtschaftliche Unversehrtheit einer Gesellschaft gegenüber Drohungen und/oder Angriffen aus der internationalen Umwelt zu garantieren. Dazu dienen neben der klassischen Abschreckungs- und Bündnispolitik auch die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gewinnen nicht-militärische Aspekte Nationaler Sicherheit zunehmend an Bedeutung, insbes. Aspekte der ökonomischen und ökologischen Sicherheit. Während die sicherheitspolitischen Konzeptionen in Europa bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 1991 v.a. auf Abrüstungsbemühungen im Rahmen der Blockkonfrontation ausgerichtet waren, konzentrieren sie sich nun auf eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa, die sowohl den Sicherheitsinteressen der mitteleuropäischen Staaten als auch denen Russlands Rechnung zu tragen sucht. Gleichzeitig hat die multilaterale Abrüstung Auftrieb erhalten, wie die Chemiewaffen-Konvention (1993), der umfassende nukleare Teststopp-Vertrag (1996) und das Verbot von Landminen (1997) zeigen. [Band 7. Politische Begriffe: Sicherheitspolitik, S. 4. Digitale Bibliothek Band 79: Lexikon der Politik, S. 9649 (vgl. LexPol.Bd.7, S. 584)]

¹⁵ Dominante Politikfelder in diesem Zusammenhang sind eben Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Militärpolitik/Streitkräfte.

¹⁶ Siehe hierzu auch: False dichotomy: why economics has always been high politics, Norrin M. Ripsman, Ph.D, Assistant Professor, Department of Political Science, Concordia University, Montreal, Quebec, CANADA, http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/0/7/3/3/8/pages73388/p73388-1.php, abgerufen am 26.02.2009

Gemäß Menzel handelt es sich beim klassischen Realismus um eine „ahistorische“ Theorie der Außenpolitik und nicht um eine Theorie der Internationalen Beziehungen, welche auf Veränderbarkeit, auf Integration, auf Weltverbesserung abzielt. Diese immer gültigen Gesetze lassen sich durch die Analyse welthistorischer Ereignisse und deren hermeneutische¹⁷ Deutung herausfinden. Die Analyse des Verhaltens von politischen Persönlichkeiten wie Metternich, Vordenkern wie Clausewitz oder europäischer Großmächte des 19. Jahrhunderts liefern viele Verbindungen zu gegenwärtigem politischen Agieren.

Realistisches Denken war seit der Einführung US- amerikanisch dominiert und dies ist bis zur Gegenwart gültig. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen ist mit einem gewaltigen wissenschaftlichen Hintergrund generell amerikanisch geprägt und die akademische Mobilisierung in diesem Zusammenhang war nicht irrelevant zur Erlangung des weltpolitischen Status der USA. Das Konstrukt des Realismus war gegenüber dem Idealismus anscheinend weitaus nachvollziehbarer und somit auch attraktiver.

2.4 Neorealismus

Der Neorealismus ist in den 1970er- Jahren entstanden und wurde 1984 von Richard Ashley erstmals so bezeichnet (MENZEL 2001, S. 141). Neorealismus ist eine Variante, wo die historische Komponente, wie beim klassischen Realismus, Berücksichtigung findet, die ökonomische Dimension jedoch eine gehobene Stellung einnimmt. Andere Varianten des Neorealismus argumentieren strukturalistisch (Struktureller Realismus) und bei besonderer Betonung der Macht in starker Verbindung der o.a. ökonomischen Dimension bzw. bei einem stark wirtschaftlich unterlegtem nationalen Interesse mündet dies in den Ökonomischen Realismus.

¹⁷ Hermeneutik: Als Kunst des Verstehens konzentriert sie sich vor allem auf die Interpretation von Texten. Eine lange hermeneutische Praxis in Philologie (Sprachübersetzung), Theologie (Auslegung religiöser Zeugnisse und Quellen) und Jurisprudenz (Auslegung und Anwendung von Gesetzen) führte zur Formulierung allgemeiner Regeln wie des hermeneutischen Zirkels zwischen Teil und Ganzem: Der Buchstabe ergibt nur Sinn im Wortganzen, das Wort im Text, der Text im Kontext. Die Reflexion der Hermeneutik auf sich selbst macht die Geschichtlichkeit und Anwendungsbezogenheit des Verstehens bewusst.
[Band 2. Politikwissenschaftliche Methoden: Geisteswissenschaften, S. 22. Digitale Bibliothek Band 79: Lexikon der Politik, S. 2072 (vgl. LexPol. Bd.2, S. 148)]

Fasst man die Entstehungsgeschichte genauer ins Auge, so wird der Klassische Realismus repräsentiert durch H.J.Morgenthau mit seinem Standardwerk „Politics among Nations“ (1948). Eine Weiterentwicklung unter szientistischer und strukturalistischer Beeinflussung erfolgte unter M.Kaplan „System and Process in International Politics“ (1967). K.Waltz entwickelte daraus mit Gültigkeit für die 1980er- Jahre den Strukturellen Realismus “Theory of International Politics“ (1979) aber auch R.Gilpins Ökonomischer Realismus wurde gehört, basierend auf seinem Werk „War and Change in World Politics“ (1981).

Der Hintergrund der Wende zum Neorealismus ist im (relativen) Niedergang der USA zu suchen, bezeichnet auch als „American Decline“ und dessen Konsequenzen für die US-Führerrolle im internationalen System¹⁸.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA in der Lage, im Zusammenhang mit einer neuen Weltwirtschaftsordnung, überdimensionalen Streitkräften und Streitkräftepräsenz aber besonders auch in Verbindung mit der nuklearen Abschreckung Sicherheit zu erzeugen und zu vermitteln.

Das Jahr 1973 markierte die Wende als Symbol des (relativen) amerikanischen Niedergangs (MENZEL 2001, S. 145). Ausschlaggebend dafür waren unter anderem die wirtschaftliche Herausforderung durch Japan und andere asiatische Länder, das Erscheinen der OPEC und dessen Hochpreisölregime, der unzufrieden verlaufende Vietnamkrieg und das schrittweise Gleichziehen der Sowjetunion in den Bereichen Streitkräfte/Militärpolitik und Raumfahrt.

Gerade diese wirtschaftliche Herausforderung ermöglichte die Annahme bzw. Ableitung, dass Ökonomie nicht mehr hinter militärischen Belangen zurückstehen darf. Es kristallisierte sich das Feld der Außenwirtschaftspolitik zur Wahrung traditioneller wirtschaftlicher Interessen heraus, welches ein klassisches Feld des Neorealismus darstellt. Für die USA waren das Erkennen der wirtschaftlichen Konkurrenten Westeuropa und Japan neben dem militärischen Herausforderer Sowjetunion besonders wichtig. Gerade Japan konnte sich unter der militärischen Dominanz der USA und somit bewusster Vernachlässigung der eigenen militärischen Entwicklung wirtschaftlich besonders positiv entwickeln (Konzentration der

¹⁸ American Decline war seinerzeit ein Thema und wird durch die vorherrschende Finanz- und Wirtschaftskrise am Ende der Bush- Administration noch immer stark betont. Siehe hierzu auch Joseph Nye: Financial Crisis and American Decline?, http://www.huffingtonpost.com/joseph-nye/financial-crisis-and-amer_b_131870.html, abgerufen am 26.02.2009.

Ressourcen), was sich wiederum positiv auf die Position im internationalen Wettbewerb auswirkte.

2.4.1 Der neorealistische Ansatz

Der neorealistische Ansatz kann nun wie folgt formuliert werden: Hegemonie¹⁹ schafft Ordnung, diese garantiert Stabilität, Rechtssicherheit und Frieden. Ordnung verlangt zu ihrer Durchsetzung Macht. Politische und militärische Macht bedarf des wirtschaftlichen Fundaments, das wiederum auf die Innovationsfähigkeit und die daraus resultierende Wettbewerbsfähigkeit angewiesen ist (MENZEL 2001, S. 150).

Der Wechsel vom klassischen Realismus zum Neorealismus wurde so vollzogen, dass das Präfix „Neo“- jeweils die szientistische²⁰ Wende zum Ausdruck bringen sollte (MENZEL 2001, S. 46). Diese erfolgte in den späten 1950er- Jahren und ging Hand in Hand mit dem Aufkommen eines szientistischen

¹⁹ Hegemonie (von griechisch hegemon: Führer, Herrscher), in der internationalen Politik die Vorherrschaft eines Staates über eine Gruppe anderer Staaten. Der Begriff wurde zum ersten Mal während der Napoleonischen Kriege in politischem Sinne gebraucht. Die Gebietseroberungen Napoleons in ganz Europa hatten zu einer erdrückenden Vormachtstellung Frankreichs über Kontinentaleuropa geführt. Der Begriff Hegemonie steht in enger Beziehung zu dem des Imperialismus. Eines der frühesten Beispiele von Hegemonie findet sich in Griechenland zwischen 401 und 371 v. Chr., als der Staat Sparta über einen großen Teil des Landes herrschte; ebenso hatten in China die mächtigsten Vasallenstaaten der schwächer werdenden Zhou-Dynastie im 7. Jahrhundert v. Chr. eine hegemoniale Stellung. Im 20. Jahrhundert versuchte Japan in den dreißiger Jahren durch die Schaffung eines ostasiatischen Großwirtschaftsraumes seinen Einfluss über einen großen Teil Südostasiens auszudehnen. Da Japan nicht genügend Rohstoffe und Ressourcen hatte, beschloss die japanische Führung, dieses Problem durch die Eroberung der angrenzenden Länder zu lösen. Der Versuch Japans, die Hegemonialmacht Ostasiens zu werden, führte 1941, im Rahmen des 2. Weltkrieges, zum Krieg im Pazifik. Deutschland versuchte während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, die unumschränkte Hegemonie über Zentraleuropa zu gewinnen. Die Sowjetunion baute nach dem Ende des 2. Weltkrieges (1945) durch den Warschauer Pakt und die kommunistischen Parteien ihre Macht über Osteuropa aus. Diese Hegemonialpolitik führte dazu, dass die osteuropäischen Länder zu abhängigen Staaten der Sowjetunion wurden und ihrer Souveränität de facto verlustig gingen; Microsoft Encarta Enzyklopädie 2006 © 1993-2005 Microsoft Corporation.

²⁰ Szientismus (von lateinisch scientia: Wissenschaft), Bezeichnung für eine Grundeinstellung innerhalb der Philosophie, die bei der Erklärung der Wirklichkeit von den Methoden der Mathematik und der Naturwissenschaften geleitet wird. Unter dem Eindruck der neuzeitlichen Physik und Astronomie wurde die Herausbildung des rationalistischen Szientismus wesentlich durch den Empirismus Francis Bacons und den Intellektualismus René Descartes' befördert. Ging es Bacon vor allem darum, „die Natur auf die Folter zu spannen, bis sie ihre Geheimnisse preisgibt“, wurde in Descartes' Philosophie die mathematische Struktur zum Schlüssel des Universums und „exakte“ Wissenschaft gleichbedeutend mit Mathematik. John Lockes Betrachtung der Gesellschaft als ein mechanisches System, das wie das physikalische Universum den Naturgesetzen unterworfen ist, verschaffte dem Szientismus Eingang in die Sozialwissenschaften. Eine Einschränkung erlebte die von Isaac Newton ausformulierte mechanistisch-szientistische Naturauffassung erst durch die Relativitätstheorie Albert Einsteins und die Quantentheorie Max Plancks; Microsoft Encarta 2006 Enzyklopädie © 1993-2005 Microsoft Corporation.

Wissenschaftsverständnisses und hatte auch Einfluss auf die Lehre von den Internationalen Beziehungen.

Die US- amerikanische Hauptströmung der Lehre von den Internationalen Beziehungen war seit den 1950er- Jahren dem klassischen Realismus verpflichtet und ist bis heute gegenwärtig in den Personen z.B. H.Kissingers und Z.Brzezinskis²¹ (MENZEL 2001, S.48). Bis 1998 war der Neorealismus dominant und erst mit Ende des Ost- West- Konfliktes haben Neoliberalismus bzw. Neoinstitutionalismus wieder an Boden gewonnen.

2.4.2 Hegemoniezyklentheorie- Exkurs

Historisch gesehen war gerade der Zweite Weltkrieg ein hegemonialer Ausscheidungskampf im Sinne der realistischen Hegemoniezyklentheorie²², wo die Sowjetunion und die USA zu neuen Supermächten aufgestiegen, Frankreich und Großbritannien zu zweitrangigen Mächten abgestiegen und Deutschland und Japan als wichtige Akteure ausgeschieden waren (MENZEL 2001, S. 73).

Dieses realistische Theoriekonstrukt geht davon aus, dass die Welt durch Hegemonialmächte (dominante wirtschaftliche und/oder militärische Führungsrolle) geprägt ist und diese Vorherrschaft in Phasen (nahezu einhundert Jahre) abläuft.

Das vereinigte Königreich durchlief bis jetzt zwei Zyklen, vereinfacht dargestellt im 18. und 19. Jahrhundert, die USA waren es im Zwanzigsten. Mit diesen Führungsmächten konkurrierten/konkurrieren regionale Führungsakteure wie

²¹ Das Naheverhältnis des gegenwärtigen US-Präsidenten zu Brzezinski wird sehr oft in den Medien kolportiert. Siehe hierzu auch „Brzezinski: Obama wird es mit „unmittelbar bevorstehenden“ Problemen in der Außenpolitik zu tun haben“, in: <http://infowars.wordpress.com/2008/11/05/brzezinski-obama-wird-es-mit-unmittelbar-bevorstehenden-problemen-in-der-ausenpolitik-zu-tun-haben/>, abgerufen am 26 02 2009; „Die Welt als Schachbrett; Der neue Kalte Krieg des Obama- Beraters Zbigniew Brzezinski“, in: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/nach-bush.html>, abgerufen am 26 02 2009; „Brzezinski: Obama's Globalist "Rasputin"“, in: <http://www.newswithviews.com/Briley2/patrick103.htm>, abgerufen am 26 02 2009; Zbigniew Brzezinski, "Russlands Vorgehen ähnelt dem von Hitler", in: Welt online vom 11 08 08, <http://www.welt.de/politik/article2296378/Russlands-Vorgehen-aehnelt-dem-von-Hitler.html>, abgerufen am 26 02 2009.

²² Die Hegemonietheorie (auch „Hegemoniezyklentheorie“) ist in der Politologie eine Variante des Neorealismus. Sie widerspricht dem Axiom, dass sich das internationale System in einem permanenten Anarchiezustand befindet, und betont stattdessen die Bedeutung von Hegemonie im Gesamtgefüge der Weltgesellschaft. So kommt es in regelmäßigen Abständen zu Auf- und Abstiegen von Hegemonialmächten, die die dominante Rolle in der Welt einnehmen. Diese Mächte zeichnen sich durch die Führungsposition in Militär und Wirtschaft aus. <http://de.wikipedia.org/wiki/Hegemonietheorie>, abgerufen am 15 04 2008.

Russland oder China. In diesem Zusammenhang erscheint interessant zu erwähnen, dass die Dominanz in gewissen Fertigkeiten, wie z.B. Schiffsbau, Waffentechnik aber auch Navigation den Anspruch der Führungsrolle unterstreicht (z.B. Portugal zu Beginn des 16. Jahrhunderts). Daraus resultiert eine hohe wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit, welche sich in eine politisch starke Position umsetzt. Ausscheidungskämpfe in Form von Kriegen sind die Regel. Im 21. Jahrhundert befinden sich die USA am Beginn ihres zweiten Hegemoniezyklus, ihre Führungsrolle in der Informationstechnologie aber auch die hohen rüstungstechnologischen Standards unterlegen die Rolle. Somit ist eine anhaltende Hegemonie der USA zu konstatieren, der Kalte Krieg war der letzte hegemoniale Ausscheidungskampf, aus dem die USA gemäß Samuel Huntington als Supermacht hervorgegangen sind und dies nach wie vor als Herausforderung für andere Akteure gilt. Dies trifft für Russland nach wie vor zu, da viele Russen und auch die Masse der politischen Elite die Sowjetunion nach wie vor glorifizieren.

2.4.3 Struktureller Realismus und andere neorealistische Varianten

Kenneth Waltz und der Systemtheoretiker Morton Kaplan sind die prominentesten Vertreter des Strukturellen Realismus. Die Kernaussagen dieser Richtung sind: Die wesentlichen Merkmale des internationalen Systems bleiben über Raum und Zeit immer gleich. Das internationale System war ist und bleibt anarchisch, weil es keine Zentralgewalt gibt. Das internationale System lässt sich trotzdem stabilisieren, wenn alle Akteure daran Interesse haben. Die Nationalstaaten unterscheiden sich nur durch ihr unterschiedliches Machtpotential. Staaten müssen Macht entfalten, unwichtig, ob sie Gutes oder Böses im Schilde führen, um sich in einer anarchischen Umwelt behaupten zu können.

Gilpin²³ und Krasner²⁴ erweitern den strukturellen Ansatz um die ökonomische Dimension. Die ökonomischen Grundlagen der Macht sind immer mit zu berücksichtigen. Machtbehauptung und nationales Interesse reduzieren sich demzufolge nicht nur auf den militärischen/militärpolitischen Bereich. Politik und Ökonomie treten in eine gegenseitige Abhängigkeit, Wirtschaftspolitik bekommt einen bedeutenderen Stellenwert. Wichtig ist, dass beim ökonomischen Realismus die Dominanz des Politischen verbleibt, da die normative Ordnung der internationalen Politik letztendlich eine Funktion politischer Macht ist.

Gilpin bezieht sich explizit auf die systemtheoretischen Überlegungen von Waltz und geht auch von der Anarchie des internationalen Systems aus. Macht ist notwendig, um angesichts der Konfliktrichtigkeit seiner anarchischen Grundstruktur bestehen zu können. Wesentliche Akteure sind die Staaten und nicht einzelne Firmen. Gilpin untermauert dies in einer Art Mischung aus Morgenthau und Huntington (MENZEL 2001, S. 151), wo in unserer modernen Staatenwelt der Nationalstaat nach wie vor wesentlich ist. In erster Linie geht es den Staaten um die Maximierung von Macht und nationaler Sicherheit, wobei wirtschaftliche Sicherheit gegenüber militärischer Sicherheit, ungleich wie im klassischen Realismus, sehr viel stärker betont wird. Ein klares Kosten- Nutzen- Kalkül wird zugrunde gelegt. Um die eigene Macht und Sicherheit zu erhöhen, sind Ressourcen notwendig aber auch der Wille, diese einzusetzen. Nur wenn der erwartete Nutzen größer ist als die veranschlagten

²³ "Robert G. Gilpin is the Dwight D. Eisenhower professor of Public and International Affairs, Emeritus. He taught at Princeton University, in the Department of Politics and the Woodrow Wilson School, from 1962 to 1998. His specialties included science and politics, American foreign policy, theories of international relations, international political economy, and the political and economic integration of Western Europe. His published books include American Scientists and Nuclear Weapons Policy, France in the Age of the Scientific State, US Power and the Multinational Corporation, War and Change in World Politics, The Political Economy of International Relations, The Challenge of Global Capitalism, and Global Political Economy. These books have been translated into a number of languages throughout Europe and Asia, and some have received awards for noteworthy scholarship. Gilpin's present research interests are in the application of realist thinking to contemporary American policies in the Middle East". <http://www.princeton.edu/politics/people/bios/index.xml?netid=rggilpin>, abgerufen am 28.04.2008.

²⁴ "Stephen Krasner (born 1942) is an international relations professor at Stanford University and is the former Director of Policy Planning at the United States Department of State, a position he held from 2005 until April 2007 while on leave from Stanford. Krasner received his bachelor's degree from the Department of History at Cornell University in 1963, where he was a member of the Quill and Dagger society. He then earned his master's degree from Columbia University, and his PhD from Harvard University. One of his most famous accomplishments in the realm of political science was defining "international regimes" as, "implicit or explicit principles, norms, rules and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations," in a special issue of the journal International Organization in 1982. He has also written extensively about statehood and sovereignty". http://en.wikipedia.org/wiki/Stephen_Krasner, abgerufen am 28.04.2008.

Kosten wird auch versucht, das System im eigenen Sinne zu verändern. Sonst bleibt es konstant und stabil.

Der Ansatz von Stephen Krasner stellt die ökonomische Dimension von Macht und nationalem Interesse noch stärker in den Vordergrund (MENZEL 2001, S. 160). Die staatliche Außenpolitik unterliegt einem doppelten Anpassungsdruck, einerseits den äußeren Zwängen aufgrund der Wettbewerbssituation und andererseits den inneren Forderungen der jeweiligen Interessensgruppierungen. Die jeweiligen nationalen Interessen werden durch die Regierungen repräsentiert, wobei die Regierungen starker Staaten, welche einen hohen Rang in der internationalen Weltordnung einnehmen, eher ein Interesse an einer liberalen Weltordnung haben und Regierungen schwacher Staaten mit niedrigem Rang in der internationalen Hierarchie Interesse an einem regulierten Weltmarkt haben. Deregulierung als Zeichen des Rückzuges des Staates wird als Zeichen der Stärke gesehen, staatliche Intervention lässt den Eindruck von Schwäche erkennen.

2.5 Folgerungen

Den Neorealisten fast aller Schattierungen geht es um eine Politik, die dem amerikanischen Niedergang im Sinne der Behauptung eines zweiten Hegemoniezyklus entgegenwirken soll. Somit ist der Neorealismus auch die entscheidende amerikanische Schule der Lehre von den Internationalen Beziehungen. Dieser entstand im Rahmen der realistischen Schule und war Vorreiter als Antwort auf den Totalkonkurs des idealistischen Weltbildes im Zweiten Weltkrieg. Hans. J. Morgenthau Realismustheorie behält noch im Nachkriegsjahrzehnt die vorherrschende Stellung in den Internationalen Beziehungen. Kenneth Waltz als graue Eminenz des Neorealismus entwickelte diesen Ende der Siebziger Jahre. Für ihn war es wichtig, das Bestehende zu überarbeiten und ortete bei Morgenthau Mängel hinsichtlich einer nicht geschlossenen (schlüssigen?) Darstellung seiner Arbeit.

Beide konstatieren das Fehlen einer den Staaten übergeordneten Autorität. Der dominierende Akteur im internationalen Geschehen ist der souveräne Staat. Nationale Interessen sind Ziele, welche ein Staat in der internationalen Gemeinschaft verwirklichen will. Der Staatsmann spielt eine tragende Rolle beim Erkennen des nationalen Interesses. Das Hauptanliegen der Staaten ist die Durchsetzung dieser

Interessen. Der Mensch wird geleitet vom Trieb zu herrschen und dieser Trieb ist dominant. Die Ursachen sind in der feindlichen Umwelt zu suchen, welche ihn wieder mit seiner eigenen Schwäche konfrontiert und dies wiederum der Auslöser ist für den Drang zur Macht, welcher in der menschlichen Natur zutiefst verwurzelt ist. Er arbeitet an der Vergrößerung seines eigenen Vorteils unter Ausnutzung von Rücksichtslosigkeit und Egoismus. Macht ist eine zentrale Komponente der Politik, sie ermöglicht Herrschaft (die Wahl der Mittel erscheint in diesem Zusammenhang nicht wichtig) und diese steht wiederum in Zusammenhang mit den Nationalen Interessen. Die Nichtberücksichtigung dieser würde einen Machtverlust herbeiführen. Das Interesse an der eigenen Sicherheit ist oberstes nationales Ziel. Nur wenn die Existenz eines Staates im internationalen System gesichert sei, kann er sich nach anderen Zielen wie Profit oder Macht unter Nutzung vielfältigster Möglichkeiten umsehen. Besonders der Strukturelle Realismus versucht als erste neorealistische Theorie, sich auf die Weltordnung nach dem kalten Krieg zu beziehen.

Internationale Institutionen werden nicht mehr so offensichtlich in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Ihnen wird dahingehend Potential eingeräumt, ob und wie Akteure (Staaten) sie benutzen.

Der Strukturelle Realismus wirkte positiv innerhalb des neorealistischen Modells und setzte wichtige Impulse für die Weiterentwicklung neorealistischer Theorie insgesamt. Die „ökonomische Erweiterung“ hebt die Verknüpfung nationaler Macht mit ökonomischen Ressourcen besonders hervor und ist prägend auch für russisches sicherheitspolitisches Agieren. Für das „System Putin“ ist Macht, Machterhalt und umfassende Kontrolle unter Abstützung auf eine starke nationale Wirtschaftsleistung die Basis für das Erreichen des erklärten Fernziels, einer umfassenden Modernisierung der Russischen Föderation.

3 Eurasien/Eurasismus/Neoeurasismus- eine Annäherung

3.1 Der Begriff Eurasien

Der österreichische Geologe Eduard Süss definierte in seinem dreibändigen Werk „Das Antlitz der Erde“, welches zwischen 1885 und 1909 entstanden ist, Eurasien als „Zusammenhang der Landmassen Europas und Asiens“ (KAISER 2001, S. 3). Für die Staaten, welche sich nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelten bzw. noch in Transformation befinden, ist dieser Aspekt hinsichtlich Ausrichtung zur EU ein nicht

uninteressantes Detail. Es scheint, als ob den Begriffen Eurasien und der englischen Version „Eurasia“ gegenwärtig mehr eine politische Bedeutung bzw. Verwendung zukommt, englischsprachige Printmedien und verschiedenste Publikationen verwenden ihn gerne, ohne sich oft über die vielen Möglichkeiten der geographischen Grenzziehungen aber auch hinsichtlich der anderen Interpretationsmöglichkeiten wirklich im Klaren zu sein²⁵. In der Russischen Föderation selbst wird Eurasien gerne von Kreisen verwendet, die zu Europa und zur Europäischen Union, im Zusammenhang auch mit der byzantinischen Vergangenheit und dem riesigen Anteil des asiatischen Teils an Russland, auch gerne auf Distanz gehen.

Der britische Geograph Halford Mackinder²⁶ spricht von „The geographical Pivot of History“ und meint etwa das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und zusätzlich noch Teile der Mongolei, Chinas, des Kaukasus und des nördlichen Iran (KAISER 2001, S. 5). Besonders nach dem zweiten Weltkrieg hatte sein „Heartland- Gedankengut“, besonders auch in den USA dahingehend an Bedeutung gewonnen. Eurasien selbst wurde mehr und mehr mit dem realpolitischen Faktum der Sowjetunion identifiziert.

3.2 Die klassischen Eurasier

Die Entwicklung der eurasischen Ideologie, mit ihrer radikalen Abwendung vom Westen und einer ebenso radikalen Hervorhebung des Ostens, zumal mit ihrer

²⁵ In diesem Zusammenhang wird der eurasische Raum auch gerne mit Russland unterstellten neoimperialistischen Intentionen in Zusammenhang gebracht. Gemeint ist dann meist das „Nahe Ausland“, eine von Russland beanspruchte Exklusivbeeinflussungszone, die mit Eurasien auch etwas zu tun hat aber bei weitem nicht die geographische Dimension innehat.

²⁶ Sir Halford John Mackinder war ein Britischer Geograph und Geopolitiker. Sein 1902 erschienenes Werk "Britain and The British Seas" war die erste umfassende Darstellung der Geomorphologie Großbritanniens. Mackinder formulierte 1904 in der Schrift "The Geographical Pivot of History" die Heartland-Theorie als Teil der Geopolitik. Vermutlich aus Enttäuschung darüber, dass er keine vollwertige Professur erhielt, verließ er die Universität Oxford und wurde Beamter. Gelegentlich hielt er noch Vorlesungen, vornehmlich an der London School of Economics. Von 1910 bis 1922 vertrat er die Unionist Party als Abgeordneter im britischen Parlament. Im Jahr 1920 wurde er zum Ritter geschlagen. Ab 1923 hatte er einen Lehrstuhl an der Universität London. Privy Council of the United Kingdom. Sein zweites Hauptwerk "Democratic Ideals and Society" von 1919 war eine Betrachtung seiner 1904 erschienenen Schrift unter dem Eindruck der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg und Woodrow Wilsons Idealismus. Seine Heartland-Theorie wurde anfangs außerhalb Großbritanniens kaum beachtet, aber 1930 von den Nazis (Karl Haushofer) aufgegriffen. Obwohl es keine Hinweise darauf gab, dass Mackinder mit dem Nazi-Regime sympathisierte, wurde er nach Bekannt werden der nationalsozialistischen Vereinnahmung seines Werkes scharf angegriffen. Mackinder sprach fließend Deutsch und hatte einige Freunde unter Deutschlands Intellektuellen, was seinem Ansehen nicht zum Vorteil gereichte.

abkehrenden Zeichensetzung gegenüber den herkömmlichen „historiosophischen“ und kulturellen Vorstellungen der vorrevolutionären Epoche, dem „aufgeschlagenen Fenster nach Asien“, wurde bereits von den zeitgenössischen Opponenten der Eurasier als eine Reaktion auf die Folgen des Ersten Weltkrieges und der russischen Revolution gewertet. (TRUBETZKOY 2005, S. 355, 356)

Die Grundthese bestand darin, das Territorium des Russischen Reiches aufgrund von geografischen, kulturell- ethnografischen, historischen und sprachlichen Kriterien bzw. Zusammengehörigkeiten als einen Raum Eurasien zwischen Europa und Asien mit stark antidemokratischen und antikapitalistischen Zügen zu definieren. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnte der Eurasismus als ein eher abgeschlossenes Kapitel der russischen Geistesgeschichte betrachtet werden.

Eurasismus ist ein Identitätskonstrukt, welches zwischen dem ersten Weltkrieg und dem Ende der 1920er- Jahre entstanden ist. Verantwortlich dafür waren die so genannten klassischen Eurasier, mit Masse russische Emigranten in den europäischen Metropolen Paris, Prag, Wien und Sofia. Besonders Fürst N.S. Trubetzkoy, (aber auch Savickij, Suvcinskij und Florovskij), ein berühmter russischer Sprachwissenschaftler, war federführend für diese Entwicklung, welche eine Kritik am westlichen Fortschrittsmodell unter Verzicht auf den kulturhistorischen Eurozentrismus²⁷ zu vermitteln versuchte.

Die Darstellung von Russland als etwas Besonderes, quasi weder zu Europa noch zu Asien gehörend, sowie die russisch orthodoxe Kirche als Ganzes spielen in den Überlegungen der Emigranten eine hervorgehobene Rolle. Die Unterstreichung der Abwendung vom westlich- europäischen Gedankengut wie auch zum Bolschewismus ist ihnen ebenfalls wichtig, wobei das Zweitere als der kontrollierbarerere Nachteil angesehen wurde. Als strategische Zielsetzung des eurasischen Konstrukts wurde

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Halford_Mackinder, abgerufen am 26.10.2008.
Eurozentrismus, ethnologisch-politischer Begriff zur Bezeichnung einer normativ wertenden und insofern ideologischen Weltanschauung. In diesem Sinn ist der Eurozentrismus dem Ethnozentrismus wesensverwandt; lediglich der Bezugsrahmen ist ein anderer. Der aus einem übersteigerten europäischen Selbstwertgefühl geborene Eurozentrismus nimmt alle kulturellen und politischen Erscheinungen außerhalb Europas nur in einer abgestuften und wertenden Weise wahr: Europa ist das Zentrum der Welt, zu dem sich alles in Bezug setzen muss. Europa stellt in moralischer, in wirtschaftlicher und in wissenschaftlicher Hinsicht den Höhepunkt der menschlichen Entwicklung dar. Der Eurozentrismus ist damit das ideologische Gegenstück zur politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft des Westens über den Rest der Welt: Die Entwicklungsgeschichte Europas wird zum Maßstab für alle anderen Länder und Kulturen; Microsoft Encarta 2006 Enzyklopädie © 1993-2005 Microsoft Corporation.

angestrebt, Russland als eine ganzheitliche Identität verkaufen zu können, basierend auf kulturellen, geographischen aber auch ethnischen Wurzeln.

3.3 Eurasismus in der Gegenwart

Eurasismus könnte für Russland, unter Miteinbeziehungen der gegenwärtigen Position der Russischen Föderation im Geflecht der Internationalen Beziehungen, so gesehen werden, dass sich Russland als Brückennation zwischen dem europäischen und dem asiatischen Kontinent definiert. Dies erscheint auch wichtig in Richtung Überwindung der immer wieder nachgesagten politischen Identitätskrise und zur Durchsetzung von Interessen in einer multipolaren Welt, welche Russland immer noch vertritt. Machtgesichtspunkte in Verbindung mit einer möglichen zukünftigen Führungsrolle stehen dabei im unmittelbaren Zusammenhang. (FISCHER 1998, S. 16). Räumlich und somit geopolitisch interessant reduziert sich Eurasismus auf Russland als Kern mit den umgebenden Staaten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten –GUS bzw. des „Nahen Auslands“ der Russischen Föderation. Kooperationen, bestenfalls strategische Allianzen/Partnerschaften mit den ebenfalls multipolar agierenden Staaten China und Indien²⁸ ergänzen das Bild. Russland und China wiederum sind die Führungsnationen in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, wo durchaus auch ein hohes Interesse am Zurückdrängen von US-Einflüssen generell attestiert werden kann.

Aus diesen Überlegungen heraus kann Eurasismus auch als Gegenmuster zum Atlantizismus gesehen werden, wo US- Einflüsse in Europa eingedämmt werden sollen. Genauso gut kann Eurasismus auch im Zusammenhang mit russischen Reintegrationsbemühungen gegenüber Staaten der GUS gesehen werden, durchaus auch unter Miteinbeziehung von Partnerschaften/Organisationen oder Allianzen außerhalb westlicher Dominanz²⁹.

²⁸ „Brasilien, Russland, Indien und China werden als die so genannten BRIC-Staaten bezeichnet. Geprägt wurde der Begriff 1993 von Jim O'Neill, Chef-Volkswirt der Investmentbank Goldman Sachs. Diese vier Staaten haben/hatten jährliche BIP-Zuwachsraten von 5 bis 10 Prozent. Siehe hierzu auch „BRIC- Staaten bauen die Infrastruktur aus“, in: Wirtschaftsblatt vom 21.10.2008, <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/branchen/logistik/347579/index.do>, abgerufen am 11.11.2008.

²⁹ Russische Dominanz in der Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit oder auch in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft möchte ich hier besonders hervorheben.

Eurasismus ist im Gegensatz zum Realismus/Neorealismustheoriekonstrukt eine russlandspezifische Erscheinungsform und hat jedoch in seiner historischen und geographischen Dimension keine, in seiner philosophischen Dimension nur bedingte Erklärungskraft für allgemeinpolitisches Handeln. Die Strömung wird theoretisch kaum reflektiert, in den Geschichts- und Sozialwissenschaften mit osteuropäischem Forschungsschwergewicht wird Eurasismus als Phänomen erkannt und auch beschrieben. (FISCHER 1998, S. 113, 114).

3.3.1 Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit³⁰ - Exkurs

Die Initialzündung erfolgte durch die Staaten China, Kasachstan, Kirgisistan, Russische Föderation und Tadschikistan, den so genannten Shanghai- 5. Usbekistan gliederte sich 2001 ein. Beobachterstatus nehmen die Mongolei, Indien, Pakistan und der Iran ein. Exklusive Dialogpartner sind Afghanistan, die Organisationen ASEAN und GUS, Sri Lanka und Belarus. Turkmenistan und Nepal zeigen Interesse an einer angehenden Kooperation. Vertrauensbildende Maßnahmen waren der offizielle Hauptbewegungsgrund hinter dem Zusammenschluss der fünf bzw. sechs Länder zur Organisation. Trotz der erheblichen unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme gibt es eine Übereinstimmung im Kampf gegen die drei Grundübel, nämlich Terrorismus, Extremismus und Separatismus. Die Organisation identifiziert sich mit multipolaren Ansätzen im Rahmen der Internationalen Politik, distanziert sich von einer Nähe zu Organisationen wie die NATO, es gibt auch darum keine Ansätze einer wie auch immer gearteten Beistandsverpflichtung und politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche oder humanitäre Aspekte werden gleich gewichtet³¹. Über der Zusammenarbeit gegen die drei Übel ist die wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten schlagend. Ein Mittel zur Verbesserung dieser Zusammenarbeit ist der Ausbau der Transportinfrastruktur, eine gehaltvolle Kooperation in der Bekämpfung des Drogenhandels, wo Russland nachhaltiges Interesse aufweist bzw. Wasserwirtschaft generell bzw. der Umgang mit wirtschaftlicher Migration. Die mit Priorität belegten Antiterroraktivitäten werden durch

³⁰ Siehe hierzu auch das umfassende Informationsangebot auf der offiziellen homepage der Organisation, <http://www.sectsko.org/EN/>, abgerufen am 09 07 2008.

³¹ Die Informationen wurden aus den auf der homepage aufliegenden Reden des Organisationsvorsitzenden Bolat Nurgaliyev herausgefiltert, <http://www.sectsko.org/EN/>, abgerufen am 09 07 2008.

das Antiterrorzentrum in Taschkent koordiniert. In diesem Zusammenhang ist eine Kooperation im Bereich der Nachrichtendienste zwingend. Gemeinsame Übungen stehen grundsätzlich unter dem Aufhänger der Terrorbekämpfung. Die Übungen dienen auch der Verbesserung der Interoperabilität³² im Falle einer Anforderung durch ein Mitgliedsland in einem konkreten Anlassfall.

Für eine immer wiederkehrend kolportierte Erweiterung der Organisation gibt es noch keine gemeinsam beschlossenen verbindlichen Kriterien. Es gibt unverbindliche Vorstellungen, wonach neue Mitglieder nicht Sanktionen unterliegen sollten und keine territorialen Konflikte mit derzeitigen Mitgliedern haben sollten. Standards hinsichtlich Aufnahmeverfahren sind offiziell noch nicht definiert.

Afghanistan steht hinsichtlich terroristischer Bedrohung, den Drogenhandel und die Bedrohung durch OK- Strukturen unter besonderer Beobachtung. Aufgeboten werden eine Überwachung der gemeinsamen Grenze, die Ausbildung afghanischer Sicherheits- und Grenzschutzkräfte bzw. Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe und Schuldenerlass.

Hinsichtlich Werdegangs der Organisation ist die Nähe zur Entwicklung der EU nicht uninteressant. Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Kern soll die Sicherheit und Stabilität auf dem Gebiet der Mitgliedsstaaten erhöhen. Eine Erweiterung wird sich trotz Vorurteile der bestehenden Mitglieder und trotz des zweifelhaften Rufs der anstehenden neuen Mitglieder und der unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme mittelfristig kaum verhindern lassen. Die Aussicht auf eine weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte, bereits vorhandene

³² Zu dem Begriff Interoperabilität (von lateinisch opera ‚Arbeit‘ und inter ‚zwischen‘) existieren zwei unterschiedliche, jedoch sinngleiche Definitionen: Als Interoperabilität bezeichnet man die Fähigkeit zur Zusammenarbeit von verschiedenen Systemen, Techniken oder Organisationen. Dazu ist in der Regel die Einhaltung gemeinsamer Standards notwendig. Wenn zwei Systeme miteinander vereinbar sind, nennt man sie auch kompatibel. Interoperabilität ist die Fähigkeit unabhängiger, heterogener Systeme, möglichst nahtlos zusammen zu arbeiten, um Informationen auf effiziente und verwertbare Art und Weise auszutauschen bzw. dem Benutzer zur Verfügung zu stellen, ohne dass dazu gesonderte Absprachen zwischen den Systemen notwendig sind. Interoperabilität wird in vielen Bereichen als sehr wichtig eingestuft, darunter die Informatik und Telekommunikation und die Medizintechnik. Aber auch in Transport- und Verkehrssystemen, der industriellen Automatisierungstechnik und dem E-Government nimmt Interoperabilität eine Schlüsselrolle ein. Interoperabilität kann vor allem in der Wirtschaft wichtige Konsequenzen haben, da durch Patente, Geschäftsgeheimnisse oder Fehler in der Koordination Monopolstellungen erreicht oder ausgebaut werden können. Für die Regierungen kann es deshalb von Vorteil sein, Interoperabilität zu unterstützen und zu fördern. Oftmals wird auch zwischen verschiedenen Formen von Interoperabilität unterschieden. So zum Beispiel zwischen semantischer und konzeptioneller Interoperabilität. In Zusammenhang mit Software spricht man vor allem dann von Interoperabilität, wenn mehrere Programme dasselbe Dateiformat oder dieselben Protokolle verwenden können; <http://de.wikipedia.org/wiki/Interoperabilit%C3%A4t>, abgerufen am 09.09.09.

Organisationsstrukturen sowie die Einigkeit im Vorgehen gegen die „drei Übel“ bieten aber grundsätzlich gute Voraussetzungen für die weitere zukünftige Entwicklung.

3.4 Neoeurasismus

Die neoeurasische Argumentation ist kulturell besonders stark russisch zentriert (FISCHER 1998, S. 130). Der russische Staat und Russland als Kultursubjekt sind die symbolischen Aufhänger für Neoeurasisten. Dies bedeutet auch unter anderem, dass Russland als Kultursubjekt im eurasischen Raum herausgehoben dasteht und eine Regelfunktion wahrnimmt/wahrnehmen soll, die sich nicht nur auf die Bewahrung des historisch überlieferten Erbes reduziert und nicht nur eine Art von Wunschdenken darstellt. Umland ortet in der neoeurasischen Strömung einen „Etikettenschwindel“, durch welchen sich Neoeurasier historische Legitimität zu verschaffen suchen und von bedeutenderen Quellen ihrer Ideologie im westeuropäischen Zwischen- und Nachkriegsrechtsextremismus abzulenken versuchen (UMLAND, S. 23). Damit einher geht als Zielsetzung neben einer außenpolitischen Neuorientierung Russlands auch eine Umgestaltung des internationalen Systems, eine Säuberung Russlands von westlichen Strömungen aber auch ein genereller gesellschaftlicher Umbau.

3.4.1 (Neo)Eurasismus und russische Außenpolitik

Bezogen auf Eurasismus als Basis für russisches außenpolitisches Agieren sind „regionale und globale Ambitionen Russlands von Bedeutung“, die durchaus mit dem realen „autoritären Staatskonzept“, im Wesentlichen das allumfassende „System Putin“, in Verbindung gebracht werden können. Die Zentralregierung ist der Garant gegenüber Separatismus von Föderationssubjekten, was „russische Staatlichkeit und damit die russische Zivilisation beschädige“ und nicht im Einklang mit eurasischen Grundsätzen ist (FISCHER 1998, S. 132). Die GUS als einheitlicher Wirtschaftsraum erscheint ebenfalls von besonderer Bedeutung.

Hinsichtlich des „Partners“ Europäische Union werden, aus neoeurasischer Sichtweise, dessen Anstrengungen zur Erreichung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durchaus positiv empfunden. Die Gewissheit, dass eben

das Erreichen einer gemeinsam getragenen GASP (im Verbund der 27 EU-Mitgliedstaaten) sich sehr mühsam darstellt, wiegt mehr im Zusammenhang mit der Möglichkeit, dass damit eine vermehrte Abkopplung von US- Einflüssen zukünftig einhergehen könnte. Hier schlägt auch eindeutig das russische NATO- Russland-Verhältnis durch, wo die NATO noch immer neben den USA als Feindbild wahrgenommen wird und immer wiederkehrende Diskussionen bzw. die stark US-amerikanischen Bestrebungen hinsichtlich NATO-Erweiterung, neben den historischen Empfindungen, prägend sind. Alexandr Dugin als der Neoeurasier schlechthin schürt dieses Feindbild nachhaltig.

„Dugins komplexe Ideologie bedient sich nicht nur der Tradition des europäischen Faschismus, sie wird auch von verschiedenen rechtsextremen Zirkeln, etwa der französischen neuen Rechten mitentwickelt. Sie entwirft geopolitische Szenarien, die keineswegs als bloße Verteidigung der staatlichen Einheit Russlands interpretiert werden können. Das langfristige Ziel ist vielmehr ein großer Kontinentalblock, der Russland (Eurasien) und Europa gegen die USA vereint. Die Wirkung der direkt auf Europa gerichteten Politik Dugins wird meist unterschätzt, er erreicht rechte wie auch linke Gruppierungen und dies ist kein Zufall“ (THUMANN 2002).

Trotz Deutschlands NATO-Mitgliedschaft überwiegen die positiven Signale der deutsch- russischen Kooperationen und von Seiten der Neoeurasisten werden Russland aber auch Deutschland tragende Rollen für ein zukünftiges eurasisch-gesamteuropäisches Haus zugeordnet. Endziel ist ein starker Kontinentalstaatenblock, der einerseits den gesamten eurasischen Kontinent, EU, Russland und das russische „Nahe Ausland“, umfasst und ein starkes Gegengewicht zu den USA bildet (UMLAND, S.24 und MATHYL S. 1). Inwieweit neoeurasisches Wunschdenken hinsichtlich eines russisch- deutschen Schulterschlusses im Angesicht der aktuellen deutsch- russischen Annäherungen, meist wirtschaftspolitischer Natur, reale Aussagekraft besitzen, bleibt abzuwarten und ist auch wegen fehlender beidseitiger offizieller Aussagen nur sehr schwer einzuschätzen.

Fakt ist, dass das neoeurasische Europabild sich positiv vom eurasischen abhebt. Nicht mehr Europa, sondern die USA werden, besonders nach dem Zerfall der Sowjetunion, als Hauptbedrohung wahrgenommen und somit steht der modernisierte Eurasismus in Form des Neoeurasismus nicht mehr in Opposition zum

Eurozentrismus, sondern zum Atlantizismus³³. Die russische Kontrolle über eurasisches Kernland, auch in Form von politischer Dominanz, ist schlagend für die Identität mit dem Raum der Russischen Föderation. Bedrohungen sind mannigfaltig, die Palette reicht von US-amerikanischer Infiltration bis über Vertreter des Atlantizismus in den eigenen Reihen und bis hin zur zunehmenden chinesischen Migration in „Fernosteurasien“.

Anders als für die USA wird China Möglichkeiten zur Kooperation eingeräumt. Die USA werden eurasisch-geopolitisch aufgrund ihrer insularen, atlantischen Kultur als kollektiver Feind für alle kontinentalen Kulturen, d.h. neben dem russischen gleichfalls des chinesischen und des moslemischen traditionellen Gemeinwesens betrachtet (FISCHER 1998, S. 145). „Eine eingehende logische Analyse der Duginschen Argumentation straft dessen Plädoyer für eine multipolare Welt Lügen. So viele Ebenen und Oppositionspaare Dugin in seine Argumentation auch einbindet- letztendlich laufen diese doch immer auf die Leitopposition zu: Osten vs. Westen und Eurasismus vs. Atlantismus“ (HÖLLWERTH 2007, S. 27).

3.4.2 Alexandr Dugin als Leitfigur des Neoeurasismus

Dugin ist nicht nur Leitfigur der Bewegung sondern auch Aushängeschild der russischen neuen Rechten. Die Gründung der Eurasischen Bewegung 2001 war lediglich ein Zwischenziel des Ultranationalisten, wo in seinen geopolitischen Abhandlungen und anderen Arbeiten immer wieder „rot(braune)“ Linien erkennbar sind (UMLAND, S. 27). Er fungierte als Berater des Duma-Vorsitzenden Selesnow 2001 und viele Abgeordnete des russischen Parlamentsunterhauses nützten ebenfalls diese Gelegenheit zur Beratung (THUMANN 2002).

Dugin unterhält gezielt ausgezeichnete Kontakte zu vielen europäischen rechtsextremistischen Intellektuellen und es erfolgt erfolgreich ein reger Austausch, nicht nur in Form von Projekten³⁴. Dugin dürfte auch bei einem „Treffen von Europas

³³ Siehe hierzu auch „Eurasien über alles“; Das Manifest der eurasischen Bewegung; http://eurasia.com.ru/de_manifest.html, abgerufen am 15.05.2009.

³⁴ Mathyl macht darauf aufmerksam, dass nach Anfang der 90-er Jahre die westeuropäische Neue Rechte als Ideologieexporteur nach Russland fungierte, während sich seit 1997 auch Einflussnahmen in die Gegenrichtung beobachten ließen. Die britische Gruppe National Anarchy stelle eine ähnliche Verbindung aus rechten und linken Ideologemen wie der Nationalbolschewismus dar. Besonderes Aufsehen erregte der in Berlin lebende Rechtsextreme Vladimir Wiedemann (alias Guzman), der die gleichen strategischen Ziele wie Dugin verfolgt (HÖLLWERTH 2007, S. 190).

Rechtsdemokraten: Gegen die Brüsseler Fremdbestimmung, für die Freiheit der Nationalstaaten“³⁵ in Wien gewesen und von einem Korrespondenten des Printmediums „Zur Zeit“ interviewt worden sein. Dugin bewegt sich sowohl in rechten als auch in linken Kreisen, sein 1997 veröffentlichtes Buch „Grundlagen der Geopolitik“ erregte besonders in Russland breite Aufmerksamkeit und es wurde mittlerweile mehrmals aufgelegt.

3.4.3 Die Beziehung Dugin- Putin

Es ist ausgesprochen schwierig genau zu definieren, wie die beiden Personen heutzutage zueinander stehen. Putin hat keineswegs die Terminologie der Neoeurasier übernommen, deren ausufernden direkten Antiamerikanismus sieht man bei ihm nicht. Auch bei Präsident Medwedew erfolgt Kritik an die US- Seite zumindest der Etikette angepasst. Dass Dugin an Putin festhalten dürfte, wäre durchaus rational zu begründen und ist mit Dugins Überleben generell zu begründen. So lange eine rote Linie nicht überschritten wird, neoeurasische Intentionen sich nicht offen und direkt gegen das herrschende System richten und die politische Führung weder direkt noch indirekt kompromittiert wird, so lange kann Dugin seine Netzwerke spinnen und auch im internationalen Umfeld wirken. Der Fall Chodorkowski wirkte sehr einschneidend auf jegliche Form von ausufernd unabhängiger, möglicherweise regimekritischer politischer Betätigung³⁶.

³⁵ Siehe hierzu auch: Zur Zeit Nr. 7/2009, 13.-19.Jänner 2009, S. 12, 13.

³⁶ Siehe hierzu auch „Mehr als 30 Oppositionelle bei Demonstration in Moskau festgenommen“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 31.05.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/mehr_als_30_oppositionelle_bei_Demonstration_in_Moskau_festgenommen__1.2648382.html, abgerufen am 01.06.2009 und „Festnahmen bei verbotener Demonstration in Moskau“, in: russland.RU -die Internet-Zeitung vom 01.06.2009, <http://www.russland.ru/rupol0010/>, abgerufen am 01.06.2009.

Es wurde auch der Vorsitzende der verbotenen Nationalbolschewistischen Partei- NBP, Eduard Limonow, festgenommen. Er gehört mit Garri Kasparow und dem früheren Regierungschef Michail Kasjanow zu der Führungsriege des oppositionellen Bündnisses „Anderes Russland“. Auf der Kundgebung sollte gegen die Politik von Ministerpräsident Putin demonstriert werden. Ein interessantes Detail hier ist, dass die NBP eine neofaschistische extrem rechts gelagerte russische politische Gruppierung ist und dass Dugin der Architekt dieser Bewegung vor 1993 gewesen ist. „Die NBP trat mit vielen spektakulären und medienwirksamen Aktionen stets als aggressive, realpolitische Propagandistin der expansionistischen Geopolitik Dugins auf. Neben Gebietsforderungen an die Ukraine, an Lettland oder Kasachstan tat sich die NBP insbesondere bei der Unterstützung beider Kriege in Tschetschenien hervor. Als er und sein Thinktank Arktogetja im Frühjahr 1998 aus der NBP austraten, verabschiedete man sich keineswegs vom Nationalbolschewismus....., er reklamierte für sich und seine Mitstreiter den alleinigen Anspruch auf diese Ideologie“. (MATHYL, S. 6)

Der immer stärker werdende Einfluss der Geheimdienste auf die russische Politik ist ebenfalls im Sinne Dugins, wie auch die Verhaftung Chodorkowskis und die Entlassung der alten Jelzin- Garde. (IVANOV 2007, S. 25). Die Einschränkung der Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen in Russland, der russische Kontakt mit der Hamas- Bewegung und in besonderem Maße Putins Münchner Rede 2007 hat Dugin erwartungsgemäß dazu bewogen, Putin wieder ausgiebig öffentlich zu huldigen und immer offener eine dritte Amtszeit Putins zu fordern. Man glaubte gar eine Art Verkettung der politischen Schicksale von Dugin und Putin zu erkennen, „die stärker ist als die jeweiligen Launen dieser Politiker“ (IVANOV 2007, S. 30). Wichtig erscheint es Dugin, eine nationale Idee zu verfolgen, welche Russland als Nation hinsichtlich Positionierung unbedingt braucht. Eine Kombination von Patriotismus bzw. Nationalismus im Verbund mit einem liberalen Anstrich bei der Wirtschaftspolitik, wie es auch das putinsche System vertritt, ist für ihn nicht befremdend. Die Bedingung dahingehend ist, dass liberale Elemente den staatlichen Interessen und den Imperativen der nationalen Sicherheit untergeordnet bleiben (HÖLLWERTH 2007, S.178).

Ein unnachgiebiges Freund- Feind- Denken prägt die Linie Dugins und dieser Feind findet sich in den USA, welche für Dugin für die Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg verantwortlich sind. Dugins Bestrebungen stellen sich keinesfalls abgesondert dar, ein hohes Maß an Eigeninitiative ist ihm zwar zu unterstellen, aber es ist nicht auszuschließen, dass zumindest Kreise in den russischen Streit- und Sicherheitskräften, wo ich auch die Geheimdienste hinzurechne, ihn unterstützen. Darüber hinaus dürften ausgezeichnete Kontakte und Vernetzungen zur internationalen Neuen Rechten ihm jenen Rückhalt geben, welcher ihn anstachelt, im internationalen Verbund seine „Ideologearbeit“ voranzutreiben³⁷. In diesem Zusammenhang ist es erstaunlich, dass sich Dugin in verschiedensten Lagern bewegt, sowohl in linken als auch rechten Kreisen seine Thesen verbreitet und trotzdem nicht als unglaubwürdig abgestempelt wird. Der Vorteil für Dugin wiederum ist es, dass diese angesprochenen Gruppierungen, wo Dugin die Möglichkeit hatte bzw. hat, Einfluss zu nehmen, Elemente seiner Lehre beibehalten bzw.

³⁷ Im so genannten Neoeurasismus nehmen sowohl Thiriart als auch Evola einen Ehrenplatz in der Ahnengalerie dieser Bewegung ein. In der Rubrik Personalien auf der zentralen website www.arctogaia.com sind beide vertreten (IVANOV 2007, S. 78).

aufgenommen haben und wenn es nur Fragmente des immer wieder propagierten Antiamerikanismus sind.

Dugin soll im Zusammenhang mit den Duma-Wahlen 2003 eine Wahlempfehlung sowohl für die Partei Einheitliches Russland (das rechte Eurasiertum) als auch für die Kommunistische Partei (das linke Eurasiertum) abgegeben haben.

3.4.4 Die Möglichkeit einer Eurasischen Union?

Außerhalb Russlands gibt es auch Initiativen, welche der Vorstellung eines Konzepts zur Bildung einer Eurasischen Union gleichkommen. Der kasachische Präsident Nasarbajew lancierte dies bereits 1994, sozusagen als Ersatz für die GUS, da ihm diese Staatenformation anscheinend generell nicht befriedigte (FISCHER 1998, S. 178). Als Alternative zur GUS sollte ein Staatenbund angedacht werden, dessen Kernbaustein ein Exekutivkomitee der Eurasischen Union sein sollte. Als mögliche Hauptstadt fasste er Kasan oder Samara ins Auge, das für mich wiederum stark russlandorientiert erscheint, für ein nichtrussisches Staatsoberhaupt erstaunlich ist und die Möglichkeit einer stark russischen Beeinflussung nicht ausschließt. Der Vorschlag blieb bei russischen Eurasisten ungehört und dürfte dahingehend zu interpretieren sein, dass der kasachische Präsident sein Land als eurasischen Machtfaktor zu positionieren versuchte, ohne Russland kompromittieren zu wollen. Darüber hinaus ist Kasachstan in Zentralasien nicht irgendwer, sondern versucht immer wieder eine Leitrolle/Leitfunktion einzunehmen. Dass der Vorschlag des kasachischen Präsidenten von russischer Seite unkommentiert verpuffte, ist nicht grundlos. In der Konzeption des Eurasismus ist eine Wiedereingliederung des GUS-Raumes berücksichtigt, wo die folgenden Faktoren als entscheidend angesehen werden:

- „Vertikale bilaterale politische sowie ökonomische Verbindungen sind zu konsolidieren, welche die GUS- Staaten auf Russland fixieren.
- Die Alternativlosigkeit der Abhängigkeit der GUS- Staaten von russischer Energieversorgung ist weiterhin zu fördern.
- Politische Kräfte sind zu stützen, die im wirtschaftlichen Bereich auf Russland hin orientiert sind.
- Die Rolle Russlands als einziger oder wenigstens wichtigster Friedensgarant in Eurasien ist auszuweiten und international zu legitimieren. In der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit UNO und OSZE ist die

herausgehobene Stellung Russlands bei der Friedenssicherung in Eurasien zukünftig beständig zu betonen.

- Die militärischen Basen Russlands in der GUS sind zu erhalten.
- Die Menschen der russischen Diaspora in der GUS sind zu unterstützen.
- Ungeregelte und völkerrechtlich nicht vollends verbindliche Grenzen mit den Nachbarstaaten sind seitens Russlands zu verändern. Vor allem in den Regionen Nordkasachstans und der Ostukraine ist über die Möglichkeit von Änderungen der Grenzziehung zu spekulieren, die von Russland angedroht sind und deren Wirkung auf den Reintegrationswillen der betroffenen Staaten international bisher unterschätzt wird“ (FISCHER 1998, S. 180).

Hinsichtlich Wiedereingliederung des GUS- Raumes im Zusammenhang mit diesen Punkten möchte ich anmerken, dass bereits Präsident Jelzin versuchte, im Rahmen einer Union mit Belarus eine Art Weg einer eurasischen Integration zu gehen. Diese funktioniert bis heute nicht und lässt den Schluss zu, dass eben diese nicht funktionierende Union mit Belarus aber auch der schwach ausgeprägte Gemeinsame Wirtschaftsraum zwischen Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan richtungsweisend für russische Integrationspolitik zu verstehen sind und nicht im Sinne der besagten eurasischen Integration ist. Dennoch sind die nationalen Interessen Russlands in erster Linie gleichzusetzen mit russischen eurasischen Interessen und diese unterstreichen wiederum Russlands Vormachtstellung im Raum und haben mit einer eurasischen Union wenig zu tun. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass es schwer fällt, die Deckung der Interessen der russischen politischen Führung generell mit jenen der Neoeurasisten nachzuweisen.

3.4.5 Folgerungen

Eurasismus lehnt sich kulturhistorisch besonders an russische Emigranten wie Trubetzkoy in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an. Es wird versucht, alte Betrachtungsweisen neu zu verpacken und als aktuell zu verbreiten. Geopolitisch werden Aussagen Mackinders zu strategischen Aspekten der Beherrschung des eurasischen Kernlandes als Vorstufe zu einer Vormachtstellung in der Welt eingesetzt. Eine andauernde wissenschaftlich- theoretische Beschäftigung mit Eurasismus als politisch konzeptionelles Konstrukt fand nicht statt (FISCHER 1998,

S. 62). Bei den oben angeführten russischen Emigranten handelte es sich mit Masse um Vertreter russischer Eliten, welche sich „eurasistisch“ betätigten. In der russischen jüngeren Vergangenheit ist die Weite des eurasischen Raumes und die Vorstellung einer russischen Brückenfunktion zwischen Europa und Asien für die russische Intelligenz faszinierend. „Übereinstimmend mit der axiomatischen Aufgliederung des russischen außenpolitischen Optionsspektrums erweist sich Eurasismus empirisch als bedeutsame konservative zentristische Strategie des geopolitischen Realismus“ (FISCHER 1998, S. 64). Darüber hinaus lässt Eurasismus die Möglichkeit einer breiten Interpretation zu. Die russische Außenpolitik mag teilweise (neo)eurasisch besetzt sein bzw. es besteht von gewissen Kreisen das Wunschdenken, dass dies so wäre? Faktum ist, dass „die Berechenbarkeit und auch der Pragmatismus der russischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt Putins zugenommen haben“, (HEINRICH 2008, S. 105) und somit Eurasismus in der russischen Außenpolitik offiziell eine nachrangig handlungsrelevante Option bleibt. „Identitätsgesichtspunkte spielen in den machtpolitischen Positionsbezug der Russischen Föderation hinein, doch ist hieraus nicht unbedingt ein eurasischer Sonderweg für die nahe und mittlere Zukunft der russischen Außenpolitik abzuleiten“ (FISCHER 1998, S. 189). Was Eurasisten in diesem Zusammenhang generell auch fehlen dürfte ist die Verdeutlichung politischer Ideen im Zusammenhang mit der außenpolitischen Realität, unter besonderer Berücksichtigung von Flexibilität im Zusammenwirken mit politischer Verantwortung. Daraus abzuleiten, dass (neo)eurasistisches ideologisches Gedankengut letztendlich ihren Platz in der Bedeutungslosigkeit einnimmt, wäre ebenfalls verwegen wie eine Überbetonung. Vergleicht man die oben angeführten konzeptionellen Faktoren mit russischem realpolitischem Agieren, so lässt sich russische Außenpolitik sehr wohl auch über die Eurasis- Neoeurasismusschiene teilweise erklären.

Die Betroffenheit der EU durch (neo)eurasistisches Gedankengut steht und fällt mit der Durchsetzbarkeit dieser Ideologie in Russland. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, dass man das Phänomen (Neo)eurasismus und besonders die damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf die Russische Föderation aber auch auf die EU in EU- Institutionen noch stiefmütterlich behandelt. Letztendlich wird entscheidend sein, ob diese Ideen unter den politisch relevanten Akteuren Russlands verbreitet genug sind und auch angenommen werden, um das nationale Selbstverständnis Russlands und sein politisches Leben zu beeinflussen. Sekundär

erscheint, ob die Ideologie von einem wie auch immer definierten wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen Recht hat. Was besonders der EU zu bedenken geben sollte ist, dass unter dem Deckmantel von (neo)eurasischem Gedankengut extrem rechte bzw. faschistische Auslegungen bzw. Interpretationen verbreitet werden und die Europäische Union in einem eurasischen Block unter russischer Dominanz aufgehen soll.

„Der neue Eurasismus Dugins benutzt den alten nur als Etappenziel und übertrug ihn geopolitisch wie ideologisch in einen neuartigen Nationalbolschewismus. Während der klassische Eurasismus sich vom germano- romanischen Kulturraum absetzte und seine Westgrenze ungefähr zwischen Polen und Russland fand, wurden nun in gemeinsamen Projekten mit der westeuropäischen Neuen Rechten Großraumvorstellungen entwickelt, die Eurasien um Gesamteuropa erweiterten. Das vorrangige Ziel dieser Erweiterung war es- in Anlehnung an den Kontinentalblock Karl Haushofers³⁸ und an Vorstellungen europäischer Nationalbolschewisten-, neue

³⁸ Karl Haushofer, Militär, Geopolitiker 1869, 27. August: Karl Ernst Haushofer wird als Sohn des Professors für Staatsökonomie, Max Haushofer und seiner Frau Adele (geb. Fraas) in München geboren. Besuch des Gymnasiums. 1887 Haushofer tritt in das 1. Feldartillerie-Regiment "Prinzregent Luitpold" ein und absolviert die bayerische Kriegsschule, die Artillerieschule und die bayerische Kriegsakademie. 1896 Heirat mit der Halbjüdin Martha Mayer-Doss. 1899, Qualifikation zum Generalstab. 1903, Haushofer wird als Lehrer an die bayerische Kriegsakademie berufen. 1908, Bevor er vom bayerischen Generalstab zum Studium der japanischen Armee abkommandiert wird, bereist er Indien, Japan, Korea, die Mandschurei und Nordchina. 1910, Rückkehr nach Deutschland. 1913, November: Mit seiner Schrift "Dai Nihon, Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft" wird Haushofer an der Universität München promoviert. 1919, Juli: Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er zuletzt als Generalmajor und Brigadekommandeur an der Westfront teilnimmt, reicht er sein Abschiedsgesuch ein und habilitiert sich in München für Geographie. Bekanntschaft mit Rudolf Heß, der in den folgenden Jahren an seinem Lehrstuhl studiert und mit dem ihn fortan eine enge väterliche Freundschaft verbindet. 1921, 24. Juli: Erstes Treffen mit Adolf Hitler, der die "Lebensraum-Theorie" Haushofers in einem rein aggressiven und imperialistischen Sinn umdeutet und für die Expansionspolitik des Nationalsozialismus missbraucht. Honorarprofessor in München. 1924, Juni-November: Haushofer besucht Hess mehrmals in der Festung Landsberg, wo dieser etwa ein halbes Jahr wegen seiner Teilnahme am Hitler-Putsch inhaftiert ist, und trifft dort auch mit Hitler zusammen. Haushofer gründet die "Zeitschrift für Geopolitik", die nach seinen Worten das "Rüstzeug zum politischen Handeln liefern und Wegweiser im politischen Leben" sein soll. 1925 Veröffentlichung des geopolitischen Handbuchs "Geopolitik des Pazifischen Ozeans", das der Geographie lange Zeit als Standardwerk gilt. 193 Berufung als ordentlicher Professor für Geographie an die Universität München. 1934-1937, Präsident der "Deutschen Akademie". 1938-1941, Vorsitzender des "Volksbundes für das Deutschtum im Ausland". 1941: Nach dem England-Flug seines Schülers Heß verliert Haushofer jeglichen, ohnehin nur äußerst begrenzten Einfluss auf das "Lebensraum-Programm" der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und gerät in das Visier der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). 1944 Juli: Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli wird Haushofer, dessen Sohn Albrecht Haushofer in der Widerstandsbewegung aktiv ist und später hingerichtet wird, mit mehreren Familienmitgliedern in das Konzentrationslager (KZ) Dachau verbracht. 1946 10. März: Von der ausländischen Presse für die nationalsozialistische Expansionspolitik mitverantwortlich gemacht, nimmt Karl Haushofer sich gemeinsam mit seiner Frau auf dem "Hartschimmelhof" (Bayern) das Leben;
<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/HaushoferKarl/index.html>, abgerufen am 16 05 2009.

konfrontative Szenarien gegenüber dem erklärten Hauptfeind USA zu entwerfen“ (THUMANN 2002).

Dugins Einfluss beschränkt sich nicht nur auf Intellektuelle im engeren Sinn, sondern er spricht auch politische und militärische Eliten an. Darüber hinaus inszeniert sich Dugin als politischer Pragmatiker und geopolitischer Experte im Sinne der „russischen Idee“. Diese berührt immer wieder Russlands Platz in der Welt inklusive der Exklusivität Russlands (die Betonung des Andersseins, des Einzigartigseins); weiters das Thema des russischen Volkes zwischen den Polen des westlichen Individualismus und der russisch-orthodoxen Kollektivität in Verbindung mit dem russischen Boden und russischem Raum; Russlands große Bestimmung und die messianische Aufgabe Russlands gegenüber der Welt- „Es sei eine Bestimmung Russlands, die Welt zu erlösen“ (HÖLLWERTH 2007, S. 126).

4 Russisches sicherheitspolitisches Handeln im putinschen System

4.1 Putins Aufstieg

„In this connection, it is vital to distinguish between those who drive policy and those who merely articulate it. The recent transfer of the Russian presidency from Vladimir Putin to Dmitry Medwedev illustrates the dangers of a literal approach to the study of policy making. On the face of things, President Medwedev has become the new power in the land, with direct responsibility for running foreign policy. Yet it is Putin, albeit as prime minister and party leader, who remains the supreme arbiter of Russia`s affairs at home and abroad. His personal domination of the body politic and control of elite networks outweigh the institutional assets of a nominally strong presidency” (LO

2009, S. 7)



Ein sehr seltenes Foto . . .

Bei der 25-jährigen Befreiungsfeier im Konzentrationslager Mauthausen im Jahr 1970 war der sowjetische Außenminister Molo-

tow in Begleitung eines jungen Dolmetschers anwesend, den heute nach 32 Jahren die halbe Welt kennt: Wladimir Putin, der Kremlchef.

Leopold Hablig, Mauthausen

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen, es ist mir nicht gelungen, einen Kontakt herzustellen. Sollte dahingehend eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

4.2 Systemfestigung

Der Systembegriff³⁹ mit vielen Definitionsmöglichkeiten ist an sich schon etwas Spezielles. Für das System Putin interpretiere ich eine gesellschaftliche Ordnung, welche durch eine Person, in diesem Fall durch den ehemaligen russischen Präsidenten Putin, geprägt ist und von ihm und seinem Umfeld dominiert wird. Putin selbst war vor seinem Erscheinen auf der politischen Bühne weitgehend unbekannt. „Die Familie“⁴⁰, jener Personenkreis um den ehemaligen Präsidenten Jelzin, stieß auf ihn im Zuge der Suche nach einem Nachfolger. Putin galt einerseits als Geheimdienstoffizier aber auch in seinen Verwendungen in der St.Petersburger Administration als loyal und durchaus kompetent, was ihn interessant machte. Weitaus wichtiger dürfte gewesen sein, dass er bereit war, keine rechtlichen Schritte gegen Jelzin und dessen Besitz im Sinne der „Familie“ nach der Personalrochade zu unternehmen. Putin stieg somit die Karriereleiter⁴¹ empor und wurde dann im März 2000 zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt. Was sehr oft unerwähnt blieb ist der Umstand, dass Putin mit gewaltig gestiegener Beliebtheit, gerade auch in der Bevölkerung, in seinen Funktionen ein essentieller Bestandteil und auch Hoffnungsträger des „Systems Jelzin“ gewesen ist. Der hohe Beliebtheitsgrad lässt sich auf eine personenbezogene Kampagne zurückführen, welche finanziell aber auch materiell sehr gut angelegt war. Der Bevölkerung wurde Putin als der beste Präsidentschaftskandidat, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkrieg, suggeriert.

4.2.1 Schaffung der Machtvertikale

Putin war angetreten, einen Modernisierungskurs zu verwirklichen und Russland erneut zu einem funktionierenden Staat zu machen, die Wiedererreichung

³⁹ System: bestehende funktionale Einheit, die zur Ausführung e-r bestimmten Aufgabe od. e-r Reihe von Aufgaben dient; Gesamtheit, aus mehreren Einzelteilen; Netzwerk, Geflecht, untereinander zusammenhängendes Ganzes aus einzelnen Teilen; planmäßiger, logischer Aufbau; gesellschaftliche Ordnung, Organisationsform e-s Staates; planvolle, systematische Vorgehensweise, Bedacht, Absicht; Microsoft Encarta Enzyklopädie 2006 © 1993-2005 Microsoft Corporation.

⁴⁰ Unter „Familie“ versteht man jenen Personenkreis, welcher unter Präsident Jelzin zum engsten Führungskreis des Präsidenten gezählt hatte.

⁴¹ Zwischenschritte waren Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Ministerpräsident und interimsmäßig Präsident nach Jelzins Rücktritt.

ehemaliger Größenordnungen inkludiert. Die Entwicklung eines eigenen Kurses war in der Anfangszeit nicht leicht. Putin war gefordert, einerseits die Erwartungshaltungen der „Familie“ abzudecken, andererseits das Wahlvolk im Sinne eines starken Mannes zu befriedigen, der in der Lage war, die Fehlusbildungen der Jelzin- Ära auszumerzen. Er legte auf die Absicherung seiner Position vorerst besonderes Augenmerk, das heißt er konzentrierte sich auf jene Institutionen, welche für die Schöpfung einer eigenen Hausmacht besonders wichtig erschienen. Putin versuchte, das Einflusspektrum und die Verhältnisse untereinander neu zu regeln und konzentrierte sich vorerst auf die Präsidentenadministration, auf Wirtschaftsbesse aber auch auf die Vertreter der Regionen, welche im „System Jelzin“ oft ausufernde Freiheiten genossen hatten.

Putin ließ eine Föderalreform vorantreiben, wo sieben föderale Bezirke geschaffen wurden und wo bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten als Kontrollorgan des Präsidenten direkt fungieren. Dies war ein entscheidender Schritt zur Schaffung einer Machtvertikale und zur Einengung des Handlungsspielraumes der regionalen Gouverneure zugunsten des Moskauer Zentrums. Eine wirklich flächendeckende Kontrolle, auch im Sinne der Politik der Zentralregierung, gelang erst mit der Schaffung der Putinschen Einheitspartei „Einheitliches Russland“⁴² und der Implementation entsprechender Gesetze. Die Partei ist mittlerweile in der Lage, die absolute Mehrheit in der Duma für Ministerpräsident Putin sicherzustellen sowie verschiedene politische Gruppierungen durch ihre Dominanz an sich zu binden.

4.2.2 Kontrolle als Kernkriterium- Exkurs

Kontrolle ist ein wesentliches Element des Aufstiegs von Präsident Putin und darüber hinaus auch zum Machterhalt generell. Gröder spricht von einem Kontrollregime im Zusammenhang auch mit autoritären Regimes⁴³, in diesem Fall Russland.

⁴² Bei der Dumawahl 2003 ging die Partei „Einheitliches Russland“ als Sieger hervor, als einzige so genannte Oppositionspartei hielt sich eine prozentmäßig stark reduzierte Kommunistische Partei, LDPR und Rodina (Heimat) gelten als von der Präsidentenadministration gesteuert und alle anderen Parteien wie Jabloko und Union der Rechten Kräfte scheiterten an der 5%- Hürde. Die OSZE- Wahlbeobachtung übte Kritik an den unfairen Wahlkampfbedingungen in Verbindung mit den Anstrengungen der Staatsgewalt, oppositionellen Kräften den Einzug ins Unterhaus des Parlaments zu verwehren. Dies ist letztendlich auch gelungen und bereits seinerzeit spiegelten die Vorkommnisse um die Dumawahlen die Situation wieder, wie der Präsidentenapparat die Lage dominant im Griff hat.

⁴³ Er bemüht in diesem Zusammenhang die klassischen Merkmale eines autoritären Regimes nach Juan Linz, welche nach seiner Interpretation für Russland zutreffen. Dieser Rahmen ist ein

„Kontrollregime zeichnen sich dadurch aus, dass sie politische Handlungen staatlich überwachen und die Ereignisse beherrschen, die politische Macht und Ressourcenkonstellation zentralisieren“. Die Elite zieht Profit aus den staatlich kontrollierten Ressourcen und Dienstleistungen und zieht auch Nutzen daraus, dass aus eher politischen Fragen, welche in ihren Grundsätzen unangenehm erscheinen, Sicherheitsfragen kreiert werden, welche wiederum besser zu verkaufen sind und die Bevölkerung mehr interessiert. Die systematische Einschränkung von Wettbewerb und Partizipation bezieht sich auf relevante Teile der Wirtschaft, auf politische Parteien und deren Politik, die Massenmedien, auf Wahlen und ethnische Beziehungen“ (GRÜDER 2009, S. 29). Erschwerend für den Durchblick ist die Tatsache, dass über Jahrzehnte russisches politisches Agieren das Ansehen des Geheimnisvollen umgibt, was Hintergründe intransparent erscheinen lässt und dass die gesellschaftliche Vielfalt durchaus vorhanden ist, jedoch Gegensätze nicht nachhaltig und vor allem nicht öffentlich, eben durch Kontrollmechanismen, im Diskurs abgehandelt werden. Die Kontrollmechanismen sind im „System Putin“ so ausgeprägt, dass eine, auch oft von oben erwünschte Änderung nicht so einfach herbeizuführen ist. Die so oft gebrauchten Begriffe Stabilisierung, Modernisierung und Liberalisierung als Abfolge werden durch Kontrolle im Gesamten nicht unterstützt. Für die Phase der Stabilisierung, Aufarbeitung der „Schäden“, welche Jelzin hinterlassen hat und auch für die Konsolidierung des putinschen Systems bis hin zur kontrollierten Übergabe von Putin an Medwedew war eine überdurchschnittliche Kontrolle durchaus angebracht. Für den nächsten Schritt, wo Modernisierungsmaßnahmen im Vordergrund stehen sollten, ist umfassende Kontrolle hinderlich und auch abschreckend und hat Folgen auch für die unbedingt notwendige ausländische Beteiligung, welche miteinbezogen gehört. Damit im Zusammenhang sehe ich hauptsächlich den für einen nachhaltigen Modernisierungsschub notwendigen technischen know-how-transfer und meine erst im zweiten Ansatz Maßnahmen der Systemmodernisierung selbst. Mit der angesprochenen Systemmodernisierung sollten Liberalisierungsmaßnahmen

eingeschränkter politischer Pluralismus, wo ein „Führer“ bzw. eine überschaubare Gruppe sich nicht auf eine ausgearbeitete Ideologie abstützen, jedoch über Nationalismus und eine Staatsreligion Einstellungen und Geisteshaltungen ansprechen zum Zwecke der Machtausübung in einem nicht klar definierten Rahmen (GRÜDER 2009, S. 29). Hierzu sei angemerkt, dass die Ausformulierung des von russischer Seite bemühten Begriffs der souveränen Demokratie als Ideologiegrundlage angestrengt worden ist, durch Wladislaw Surkow auch als Ideologiegrundlage

einhergehen, was wiederum durch den als liberal geltenden Präsidenten Medwedew, analysiert man Teile seiner Aussagen, Reden und Taten genau, durchaus angestrebt wird. Was letztendlich hinderlich sein wird, sind unzählige Personen, welche unter der putinschen Präsidentenzeit auf ertragreiche, durch Kontrolle dominierte Machtpositionen, gesetzt worden sind, um eben den Systemerhalt zu garantieren. Darüber hinaus dürften sie in Liberalisierungsmaßnahmen eben jenen Machtverlust sehen, den sie nicht wollen, der aber für einen Systemtransfer notwendig sein würde. Auch wenn das Duo Medwedew- Putin dies ernsthaft nachhaltig anstreben würde, wären erstens umfassende Personalmaßnahmen und in der Folge Wirtschaftsliberalisierungsmaßnahmen unbedingt notwendig, die zeitliche Komponente, wann dies in etwa greifen würde, lässt sich darüber hinaus nur sehr schwer einschätzen. Die vorherrschende allumfassende endemische Korruption ist letztendlich das Grundübel, welches Modernisierung und Liberalisierung einen Riegel vorschiebt. Auch die Tatsache, dass die tatsächlichen Entscheidungsprozesse höchst intransparent und von außen somit schwer nachvollziehbar sind, unterstützt das Ungewisse⁴⁴. Somit findet Modernisierung in der Russischen Föderation nicht statt und die Leistung des Systems basiert nach wie vor auf natürlichen Ressourcen. Wissenschaftliche Hochleistungen sowie der Umbau des Wirtschaftssystems, u.a. Stärkung des Dienstleistungssektors, sind kaum bemerkbar (GRÜDER 2009, S. 48).

4.2.3 Umgang mit Wirtschafts- und Industriebossen, den so genannten Oligarchen

Putin ordnete Untersuchungen gegenüber verschiedenen großen Wirtschaftsunternehmen an. Bei genauerem Hinsehen operierte er gegen einflussreiche Medienbosse, verwehrte sich aber andererseits nicht gegen einen Dialog mit anderen mächtigen Vertretern wie etwa von Gazprom. Letztendlich gelang es, die Medienimperien von Gusinskij und Beresowskij unter Kontrolle zu bringen. Der Mehrwert für Putin lag darin, nun direkten Einfluss auf das russische Staatsfernsehen ORT und andere Fernsehsender im Sinne von Meinungsmache

kreiert wurde und als Grundlage für ein eigenständiges russisches Handeln bzw. russische Demokratieinterpretation gilt.

⁴⁴ „I cannot forecast to you the action of Russia. It is a riddle wrapped in a mystery inside an enigma; but perhaps there is a key. The key is Russian national interest. Source: Winston Churchill, first lord of the admiralty, radio broadcast, London, October 1, 1939; <http://quotationsbook.com/quote/44816/>, abgerufen am 02 10 09.

auszuüben. Der Fall Chodorkowskij, das damit verbundene Strafverfahren, seine Verurteilung und die Zerschlagung des Unternehmens Jukos, stellt ebenfalls einen Meilenstein in den Beziehungen zwischen Putin und den Oligarchen dar. Vor den Dumawahlen 2003 setzte Putin somit ein klares Zeichen, dass er abgehobene und abgekoppelte politische Betätigung aus Oligarchenkreisen heraus nicht zulassen werde und dass mit drastischen Konsequenzen gerechnet werden muss. Andererseits hatten dynamische und dem System loyale Oligarchen wie Oleg Deripaska die Möglichkeit, sich mit relativ großer Handlungsfreiheit ihr Imperium aufzubauen. Daraus resultierte für Putin wieder ein hoher Anspruch, was auch als Machtressource in Verbindung mit finanziellen Unterstützungen gesehen werden kann.

Generell war es Putin gelungen, eine entscheidende Verbesserung seiner Position in kurzer Zeit durchzusetzen.

4.2.4 Machtgrundlagen

Hinsichtlich Machtressourcen verleiht die Verfassung dem Präsidenten Privilegien, welche den eines Zaren bzw. Monarchen gleichkommen. Somit ist die unter Jelzin geschaffene Verfassung eines der wesentlichsten Elemente des Putinschen Systems und „in Bezug auf die präsidentielle Machtfülle eindeutig“ (GRÜDER 2009, S. 30). Der Präsident ist weder dem Parlament noch der Regierung Rechenschaft schuldig, sie sind angehalten ihm zu berichten. Er ist der Gestalter der russischen Außenpolitik, hat direkten Zugriff auf die Ministerien der Macht und hält sich den Apparat Präsidentenadministration quasi als „Scheinregierung“ und wesentlichen Baustein des Machtgefüges. Ein eklatanter Mangel von Checks und Balances, welcher für die russische Verfassung zutrifft, stellt der Ausformung eines autoritären Systems⁴⁵ nur wenig entgegen und fungiert als eine Art Absicherung für ein Kontrollregime (GRÜDER 2009, S. 32).

Diese durch die Verfassung verliehenen Gegebenheiten unterstrich Putin durch eine geschickte Personalpolitik. Er besetzte Schlüsselpositionen mit Personen seines Vertrauens aus seiner St. Petersburger Zeit und aus dem Inlandsgeheimdienst FSB.

⁴⁵ Der Oppositionelle Garri Kasparow behauptet in diesem Zusammenhang, dass Russland „in einigen Punkten“ sich „bereits an der Schwelle zu einer totalitären Gesellschaft“ befindet, in: „Russland an der Schwelle zur totalitären Gesellschaft“, Deutsche Welle dw-world.de vom 05 11 09, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4862997,00.html>, abgerufen am 06 11 09.

Besonders Putins Verbindungen zum FSB gaben und geben Putin nach wie vor eine starke Absicherung gegenüber jeglichen innenpolitischen Gegnern.

Neben der bereits oben angeführten Unterstützung aus Oligarchenkreisen konnte Putin besonders auf die Masse der Bevölkerung zurückgreifen. Seine Umfragewerte waren von anderen Politikern abgehoben und dies hat sich bis heute kaum geändert. Die verschiedensten Volksgruppen ließen ihm Unterstützung angedeihen, konservative Gruppen wie Pensionisten oder Vertreter der Streit- und Sicherheitskräfte genauso wie Vertreter der Intelligenz, welche marktwirtschaftliches Agieren und Demokratieeinfuhr unterstützten. Inwieweit Meinungsforschungsinstitute beeinflusst worden sind ist schwer zu sagen, gerade auch sie waren ein Instrument für Putins Popularität. Was in den Augen der Bevölkerung besonders für Putin gesprochen hat, war das konstante Wirtschaftswachstum mit der Option der Verbesserung des Lebensstandards und der sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Besonders von Vorteil war für Putin auch die Eigenschaft, zwischen den verschiedenen politischen und anderen maßgeblichen Kräften ausgleichend wirken zu können. Gerade dieser Aspekt verankert ihn noch immer als maßgebliche Persönlichkeit, auch wenn auch „nur“ in der Funktion des Ministerpräsidenten.

4.3 Systemeigenschaften

Ein wesentliches Merkmal des „Systems“ sind die ausgeprägten Unterschiedlichkeiten mit dem Vorteil, dass viele Menschen sich darin wieder finden können. Gemeint ist zum Beispiel, dass sich freie Wahlen, wie sie vom „System“ immer wieder propagiert werden und die Beschneidung bzw. die Kontrolle der Massenmedien aber auch das autoritäre System generell eigentlich ausschließen. Im Grund jedoch fühlen sich doch viele Vertreter aller sozialen Schichten dadurch angesprochen bzw. durch das „System“ vertreten. Jene, die auf der Strecke bleiben, sind oppositionelle Gruppierungen, weil sie in diesem geballten zweischneidigen Umfeld kaum Raum zum Aufwuchs vorfinden. Darüber hinaus steht Putin als Person für die Abkehr vom „System Jelzin“, es wurde jedoch die auf eine Persönlichkeit ausgerichtete Machtausübung beibehalten. Und dies ist auch im „System Putin“ nicht anders. Es weise stark autoritäre Züge auf, ist überdimensional zentralisiert unter bewusster Inkaufnahme stark eingeschränkter Bürgerrechte. Das System ist vordergründig stabil, ein wesentlicher Bestandteil ist auch die enge Vernetzung

zwischen Politik und Wirtschaft. Verschärft formuliert beherrscht eine kleine Gruppierung den Staat, was unter Ausnützung der wirtschaftlichen Ressourcen erfolgt und wiederum dem Ziel der Macht- bzw. Gewinnmaximierung dient. Vor diesem Hintergrund blieben politische- und soziale Reformen aus, das Wirtschaftswachstum war über einen Zeitraum von zehn Jahren gegeben, war aber nur auf den ersten Blick robust (SIEGERT 2009, S. 18).

4.4 Rahmenbedingungen

In Russland ist das Verhältnis des starken Staates zum vernachlässigten Individuum historisch belegt. „Die traditionelle Sicht der russischen Geschichte folgt seit dem 19. Jahrhundert jenem verbreiteten Deutungsmuster, dem zufolge es in Russland immer schon zu viel Staat gab- ein autokratisches Regime, das das ganze Land versklavt und gegen jegliche Reformversuche resistent ist. So hat bereits Hegel in seiner Rechtsphilosophie behauptet, dass in Russland der Staat über alle Menschen wie seine Leibeigenen herrscht“ (PLOTNIKOV 2009, S. 4). Somit befindet sich Russland weit weg von europäischen Rechtsnormen, die Wurzel liegt auch in dem Manko, dass entscheidende Initiatoren hinsichtlich Veränderung, wie es in Europa Reformation bzw. Aufklärung waren, gefehlt haben. Somit sind autokratische Züge nichts Besonderes und erscheinen dem Staatsvolk als vertraut und ordnungsgebend!

4.4.1 Die Rolle der russisch orthodoxen Kirche

Am 01.02.09 wurde Kirill I als neuer Patriarch der russischen orthodoxen Kirche würdevoll eingesetzt. Er ist durch Metropolit Nikodim geprägt worden, welcher einerseits für einen weltoffenen Dialog eintritt und von dem folgende Worte, „der Staat dürfe nie merken, dass er auch ohne die Kirche leben könne“, sein sollen (BREMER 2009, S.14). Dies schließt eine gewisse Loyalität zum Staat nicht aus, betont aber die Wichtigkeit der Kirche klar. Kirill geht auch in patriotischer Form konform mit russischen Werten, ordnet Begriffe wie Menschenrechte und Demokratie klar der westlichen Wertegemeinschaft zu und lehnt Kirchenreformen ab (ebenda). Abgesehen von äußeren Herausforderungen (Positionierung zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel sowie Staaten wie die baltischen Länder aber auch die Ukraine) ist die laufende Abstimmung mit dem politischen System vorderdringlich. Hier spielt auch das Verhältnis zu den russischen Streitkräften eine nicht

unwesentliche Rolle. Dies geschieht auch in Russland wie auch in anderen Staaten durch die Militärseelsorge, welche von staatlichem und kirchlichem Interesse ist. Trotz alledem ist „der Einfluss der russisch orthodoxen auf die Politik und den Staat gering“ (WILLEMS 2009, S. 247). Eine so genannte Klerikalisierung des Staates fällt, obwohl von manchen herbeigesehnt, unter Wunschdenken. Ernüchternd wird festgestellt, dass letztendlich „das reale politische Gewicht der russisch orthodoxen Kirche völlig ihrem realen Einfluss auf die Bürger Russlands entspricht: „das eine wie das andere tendiert gegen Null“ (ebenda). Trotzdem sind Kirchenvertreter, anders als in der Sowjetzeit, in der Öffentlichkeit präsent, was nicht gegen politische Interessen läuft, im Gegenteil: Politische Spitzenfunktionäre wie der russische Präsident und seine Gattin suchen die Nähe der Kirche und sehen in der Kirche auch ein Instrument zur Beeinflussung der Bevölkerung im Allgemeinen und hinsichtlich Zusammenhalt der Gesellschaft im Besonderen. Somit bewegt sich die Institution russisch orthodoxe Kirche in jenen Rahmen, welches das putinsche System vorgibt und wird für Systemzwecke instrumentalisiert. Darunter fällt hauptsächlich die Einflussnahme über Kirchenvertreter auf die breite Bevölkerung aber auch die Vertretung nationaler Positionen im, wie ich es nenne, „Kirchenausland“ bzw. bei der Teilnahme von Kirchenvertretern bei internationalen Veranstaltungen⁴⁶. Generell unterstützt die russisch orthodoxe Kirche die Vertreter der Macht im „System Putin“⁴⁷, dies geht „von der Unterstützung der russischen Arktis- Pläne bis hin zur Kritik an der Unabhängigkeit des Kosovo“ (BREMER 2008, S. 2).

⁴⁶ In diesem Zusammenhang lernte ich den Außenbeauftragten der russisch orthodoxen Kirche, Erzpriester Wsewolod Chaplin, bei einer Wilton Park- Konferenz persönlich kennen. Seien Argumentation passt generell sehr gut zu dem von mir Verfassten.

⁴⁷ In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass Patriarch Aleksij II 1999 eine offenbar mit Ministerpräsident Putin abgestimmte Erklärung zum zweiten Tschetschenienkrieg verkündet hatte. Dabei unterstützte die russisch orthodoxe Kirche die vom System als Antiterrorkampagne abgehaltene Operation und das Vorgehen gegen „Banditen, Mörder und Vergewaltiger“ (STRICKER 2009, S. 233). Letztendlich kommt die Argumentation des Patriarchen einem Schulterschluss mit der politischen Elite gleich. Gerade Aleksij unterstützte Putin immer wieder. Dies reichte von Unterstützungen bei Putins seinerzeitige umstrittene Einsetzung als geschäftsführender Präsident (verfassungsrech umstritten?) und Auftritten bei diversen Wahlveranstaltungen (ebenda).

4.4.2 „Souveräne Demokratie“- ideologische Basis des Systems?

Ab dem Jahr 2006 begann sich der Begriff „Souveräne Demokratie“ vermehrt auch in der westlichen Öffentlichkeit zu verbreiten. Dieser Prozess ging nicht unbedingt mit dem Bedeutungsverlust der oft stark strapazierten „gelenkten Demokratie“ einher, welche als vom „Westen“ erfunden und eingesetzt gilt. Ziel dahinter dürfte einerseits eine klare Abgrenzung zu westlichen Demokratiemodellen im Sinne eines russischen Sonderwegs sein, andererseits ein Konzept zur Abwehr von Einflussnahme und Transformationsabsichten von Außen auszuformulieren und zu installieren. Die stattgefundenen farbigen Revolutionen in Russlands „Nahem Ausland“ standen Pate dafür, besonders dürften die Ereignisse 2004 in der Ukraine, wo Russlands versuchte Einflussnahme erfolglos geblieben ist, dafür prägend gewesen sein. Die Kreation des in der Wortverbindung durchaus verwirrenden Terminus „Souveräne Demokratie“ wird Wadislaw Surkow⁴⁸ zugeschrieben (MOMMSEN 2006, S.2). Es ist davon auszugehen, dass die von Surkow in verschiedensten Vorträgen und Publikationen vermittelten Gedanken nicht Surkows Privatmeinung darstellen, sondern dass dahinter Ausführungen, Gedanken und Ideen der engsten Führungskreise um den ehemaligen Präsidenten Putin aber auch von Putin selbst in den ideologischen Darbietungen zu finden sind. Letztendlich geht es um die Ansichten und Zielsetzungen dahinter und nicht vielleicht um Ungereimtheiten hinsichtlich Wortwahl. Somit sind auch Feststellungen von Putin selbst, „er stellte die Unvereinbarkeit von „souverän“ und „Demokratie“ fest“ (MOMMSEN 2006, S. 4), vielleicht nicht ganz so ernst zu nehmen, wie westliche Journalisten dies taten. Trotzdem sah sich Surkow wegen der von Putin getätigten Äußerung bemüht festzustellen, dass es letztendlich um die hinter der Ideologie zu verfolgende Sache gehe. Diese interpretiert Mommsen als „die Selbstbehauptung Russlands als Großmacht und Weltmacht im internationalen Kräftespiel“ (ebenda). Und dies ist im Einklang zu sehen mit Surkows Vision der „Souveränen Demokratie“ als weiteren Teil in der Zielerreichung der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit Russlands. Auch in den Weiten der internationalen Politik soll Russland in seinen Bemühungen, seinen Großmachtstatus so rasch als möglich wieder zu erreichen, nicht ohne wettbewerbsfähige nationale Ideologie dastehen. Weiters soll allein schon mit dem

Vorhandensein eines ideologischen Konzepts, was bei weitem noch eine gewisse nationale Identifikation vermissen lässt, Kritik aus dem Ausland an den innenpolitischen Zuständen in Russland abgewehrt werden.

Besonders bedenklich aber auch aufschlussreich sind Äußerungen Surkows zu sehen, welche er unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Rahmen des ökonomischen Forums des Verbandes „Delovaja Rossija“ 2005 gehalten hat und welche dann auf der homepage von Radio Liberty veröffentlicht worden sind. „Die Europäer, so Surkow, seien zwar keine Feinde Russlands, jedoch Konkurrenten. Und dies wiege Surkow zufolge noch schwerer und sei noch viel kränkender als klare Feindschaft. Feindschaft sei letztlich besser als der Umgang mit ambivalenten Freunden, wie dies heute der Fall sei“ (MOMMSEN 2006, S. 2). Setzt man diese Äußerungen in Verbindung mit russischen Beschuldigungen an der Beteiligung der EU am gelungenen politischen Umbruch in der Ukraine, an der langsamen aber doch erfolgreichen EU- Osterweiterung und der daraus resultierenden EU- Einflussnahme in Russlands „Nahem Ausland“, so ist der Weg vom Konkurrenten zum Feindbild nicht mehr weit. Noch dazu, wo sich Russland gemäß Surkow als anderes Europa oder nicht zu Europa gehörend sieht. Identifiziert man Surkow noch dazu als „Schlüsselfigur der russischen Innenpolitik“ (SCHRÖDER 2006, S. 6) so kann einem dies, wie bereits oben angeführt, sehr nachdenklich stimmen. Nicht alle teilen jedoch Surkows Meinung ungeteilt. Vor der „Präsidentenübergabe“ 2008 sah der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Iwanow die „wichtigsten Zielwerte des neuen Russland“ in einer „Souveränen Demokratie“ und einer souveränen Ökonomie sowie in starken Streitkräften. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Medwedew distanzierte sich von der „Souveränen Demokratie“ und „sprach sich gegen jedes Adjektiv in Verbindung mit dem Begriff der Demokratie aus“ (MOMMSEN 2006, S. 3). Medwedew ist nun Präsident der Russischen Föderation, um den Begriff der „Souveränen Demokratie“ ist es auffallend ruhig geworden. Surkow dient noch immer in leitender Funktion als Stellvertretender Leiter der Präsidentenadministration, gemäß meiner Sichtweise noch immer ein Mann Putins⁴⁹ in Medwedews unmittelbarem Stab.

⁴⁸ Siehe hierzu auch „Russlands mächtiger Strategie; Der Putinator“ in Spiegel Online vom 02.01.07, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,456858,00.html>, abgerufen am 01.09.09.

⁴⁹ Surkow wird auch die Gründung der „Putin- Partei“ Einheitliche Russland zugeschrieben, der so genannten Partei der Macht. Er soll auch die Kontrolle der Machtpartei in den Subjekten im Sinne der Machtvertikale innehaben. Weiters kann sich Surkow die Gründung der so genannten „Putin-

4.4.3 Folgerungen

Die russisch orthodoxe Kirche aber auch Surkows Ideologieansatz sind wichtige Teile des „Systems“ und unterstützen in erster Linie den Staat dahingehend, dass sie eine Art Legitimation für das herrschende System darstellen. Der starke Staat garantiert eine Art von Demokratisierung, für den Bürger spürbare soziale Rahmenbedingungen und eine Wirtschaft, welche weltweit konkurrenzfähig sein soll. Und sie stehen auch gegen die Übernahme so genannter westlicher Werte für die stattfindende Transformation. Ein Verweis auf die Jelzin- Zeit genügt um aufzuzeigen, dass westlicher Einfluss schon einmal eine Beschädigung der russischen Staatlichkeit verursacht hat. In diesem Sinne ist eine eigene Ideologie durchaus unterstützend. Außenpolitische Implikationen bestehen soweit, dass die Ideologie ein russisches realistisch geprägtes Vorgehen unter eingeschränkter Bereitschaft hinsichtlich Kooperation mit „dem Westen“ ableiten lässt. Russland will, wie so oft betont, als eigenständiger, auf der gleichen Ebene sich befindlicher, aber doch, Partner gesehen werden. Und eben Unterstützung in Sachen Demokratisierung wird abgelehnt. Inzwischen ist der russische Weg, die Ideologie der „Souveränen Demokratie“ inkludiert, durchaus auch richtungsweisend für Staaten des „Nahen Auslands“, ich möchte hier besonders die zentralasiatischen Republiken nennen. Somit ist dieser Prozess wiederum teilweise belebend und stärkend für Russlands Position als regionale Macht. Das vorherrschende Konkurrenzverhältnis in Russlands Peripherie mit EU, USA, NATO etc. wird somit nicht von russischer Seite kalmiert werden, im Gegenteil!

4.5 Medwedew und Putin

Jugend“ Naschi (die Unsrigen) auf seine Fahnen heften, dies erfolgte 2005. Im Einklang mit der Jugendbewegung von Einheitliches Russland, „Junge Garde“ sind diese Organisationen für ihren „aggressiven Aktionismus“ bekannt. Die Aktionismusbandbreite reicht von mobbing über Veranstaltung von Krawallen bis hin zu Internetattacken, auch im Ausland. Besonders Naschi hat den Ruf, als Handlangertruppe gegen Oppositionelle, Regimekritiker aber auch Geschichtskritiker, oft auch sehr brüskierend bzw. einschüchternd, vorzugehen. Abgesehen davon plant Surkow eine zweite Großpartei neben Einheitliches Russland, nach US- amerikanischem Muster, zu kreieren bzw. zu installieren. Die Schaffung von politischen Parteien ist für den „Kreml- Ideologen“ nichts Neues und auch im Einklang mit dem von oben auferlegten und kontrollierten politischen Wandel. Siehe hierzu auch „Kreml und Krawall“, in: Profil, Das Unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 45, 02 November 2009.

Putin war als Präsident quasi ein nationaler Führer und ist es noch immer in seiner Rolle als Ministerpräsident. Er ist somit der Faktor für Stabilität und Kontinuität im „System Putin“. Der Wechsel zu Medwedew unter Beibehaltung des Faktors Putin ist unter dem Aspekt wichtig, dass die herkömmliche nationalistische Schiene beibehalten werden kann und wenn notwendig Feindbilder wie NATO, USA, Migranten bzw. Fremde generell und insbesondere bei Bedarf bedient werden können. Putins Verbleib war für die Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts innerhalb der herrschenden Elite von immenser Bedeutung und zeitweise Anzeichen von „Amtsmüdigkeit“ in Verbindung mit Rückzugsabsichten erschienen im Sinne der Aufrechterhaltung der Kontinuität bedeutungslos. Medwedew dürfte wie Putin einst ein Kompromiss der herrschenden Elite gewesen sein, sozusagen das geringste Übel für die einzelnen Fraktionen der Elite. Erst nach Medwedews Wahl interessierte man sich für den Umstand, ob er in der Lage sein würde, sich von Putin zu emanzipieren und wie das so genannte Tandem funktionieren würde. Medwedew galt als Vertreter des liberalen Lagers und hier möchte ich den sehr persönlichen Einschub wagen „was immer das in Russland bedeuten mag“. Somit konnte man zumindest mit der Möglichkeit spielen, dass er liberale Züge, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, ins Tagesgeschäft einbringen könnte. Im August 2008 machte der russisch-georgische Kurzkrieg diesen Spekulationen ein Ende, viele Russen identifizierten sich mit der russischen Vorgehensweise und der russische Sieg war nicht nur eine Abrechnung mit Georgien sondern auch mit den USA und der NATO. Somit blieb Medwedew kaum eine Chance einer liberalen Gestaltung seiner Schritte und auch er musste dazu beitragen, das gesteigerte Nationalbewusstsein zu vertreten. Der russische Erfolg im Südkaukasus bescherte für beide, Medwedew und Putin, hohen innenpolitischen Konsens, und der Zuspruch bei diversen Umfragen erreichte neue Höhen für beide (SIEGERT 2009, S. 22).

Ein wirklich überzeugender Umstand für die Auswahl Medwedews fehlt letztendlich. Sergeij Iwanow zum Beispiel war viel stärker im „System Putin“ eingebettet und hatte wesentlich mehr Hausmacht in Kreisen der Streit- und Sicherheitskräfte bzw. der Nachrichten- und Geheimdienste im Speziellen. Und genau dies dürfte für Medwedew gesprochen haben, da Medwedews eingeschränkter Einfluss weniger Risiken für Putin selbst und auch eine kooperative Haltung bedeuteten. Inwieweit Medwedew für Putin die Rolle eines förderwürdigen Nachfolgers bzw. nur eines

Platzhalters spielt, ist nicht gänzlich klar. Letzteres steht nach wie vor hoch im Kurs⁵⁰. Ob jetzt diese Gerüchte als Beschäftigungsmethode für ausländische Medien eingestreut werden oder wie viel Wahrheit wirklich dahinter steckt, ist gegenwärtig schwer zu beantworten. Für das System ist wichtig, dass die vordergründig stabile innenpolitische Lage beibehalten wird, um mannigfaltigen Herausforderungen wie die Situation im Nordkaukasus, Wirtschafts- und Finanzkrise aber auch demographische Entwicklung bzw. Korruption und Alkoholismus zu begegnen oder den Eindruck zu vermitteln, im Sinne der Problemlösung zu agieren.

Letztendlich wurde mit der Hofübergabe von Putin an Medwedew erreicht, dass eine oft auftretende Schwachstelle autoritärer Regimes, nämlich Krisen im Zuge von Machtwechsel, gänzlich ausgeschaltet worden ist. Im Vorlauf wurden alle Register gezogen und vor allem westliche Interpreten russischer Innenpolitik verwirrt. Mehrere potentielle Kandidaten wurden aufgeboten, die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und somit eine dritte Amtszeit von Putin war, trotz Stellungnahmen von ihm selbst, nie ganz aus dem Rennen (er ist ja auch aus dem In- und Ausland dazu aufgefordert worden, mit einer dritten Amtszeit zum wahrlich nationalen Führer zu mutieren). Letztendlich kann die eher unspektakuläre Hofübergabe auch dahingehend interpretiert werden, dass es Putin einfach um mehr geht, als nur über das allmächtige Präsidentenamt das von ihm installierte System in den Griff zu bekommen und eine nachhaltige Stabilisierung zu erreichen. Und

⁵⁰ Siehe hiezu auch „Putin will zurück ins höchste Amt; Der ehemalige russische Präsident legt seine Karten auf den Tisch“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 13.09.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/putin_will_zurueck_ins_hoechste_amt_1.3550706.html, abgerufen am 14.09.09. Zur Präsidentenwahl 2012 gab Ministerpräsident Putin am 11.09.09 vor dem Waldai-Klub (in- und ausländische Russlandexperten und Journalisten) eine Stellungnahme ab, wo er erklärte, dass er und Medwedew nicht gegeneinander antreten werden. Die Kandidatenfrage würde zu gegebener Zeit auf der Grundlage einer Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation untereinander geregelt werden. Letztendlich ist es eher wertlos, im Herbst 2009 über die Nachfolge 2012 zu spekulieren. Dass dieses Thema auch von der russischen politischen Führung fallweise in den Vordergrund gerückt wird, bezweckt durchaus auch die Ablenkung von innenpolitisch brisanteren Themen und dient zur Erzeugung von Verwirrung und Spekulation generell. Dass Putin ins Präsidentenamt zurückkehrt, ist lediglich nur eine Möglichkeit von vielen. Gegenwärtig gibt es keine Alternative zu seiner Person und ich gehe davon aus, dass er mittelfristig die Zügel fest in der Hand behalten will und auch wird. Somit sind auch gegenwärtig keine bedeutenden Personen oder Kreise zu identifizieren, welche seine Machtansprüche in irgendeiner Weise ernsthaft anfechten. Im Zuge meines regelmäßigen Austausches mit „Russlandkennern“ kommt aber immer wieder das Argument, dass Putins Macht sich doch auf den „Kreml“ respektive auf Kernrussland (Moskau, St. Petersburg) beschränkt und dass in gewissen Teilrepubliken Gouverneure und Präsidenten weitgehend abgelöst von der Zentralmacht agieren. Besonders Tatarstan und Tschetschenien werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Systemkritischere Kreise sehen im Waldai-Klub zwar ein Expertenforum, wo jedoch der Kern aus Putin-Anhängern besteht und wo PR-Projekte im Sinne des Putinschen Systems lanciert werden.

Putin hat die Zügel auch noch nicht freigegeben, d.h. es hat den Anschein, als ob er trotz der Entscheidungshoheit des Präsidenten aufgrund seiner Hausmacht (Verbündete in Schlüsselpositionen der Macht, Vorsitzender der Partei der Macht Einheitliches Russland, etc.), seiner Verbindungen zu den Geheimdiensten und zur Oligarchie das Sagen hat. Es hat auch den Anschein, als ob Medwedew den letzten Sprung zur Emanzipation nicht tun will/kann und somit wieder genug Raum für Spekulationen vorhanden ist und diese „Zweismamkeit“ Putin- Medwedew geheimnisumwittert bleibt. Ich gehe davon aus, dass Medwedews Versuche, eigene Akzente zu setzen, mit seinem „Gönner“ Putin im Detail abgesprochen sind. Somit sind seine Aktivitäten wie der Versuch der Wiederbelebung der Präsidialkommission zum Kampf gegen den Extremismus, seine Kritik an fehlender technologischer Innovation, seine „eigene“ Personalpolitik⁵¹ nicht generell im Gegensatz zu Putin zu sehen. Gerade in der Personalpolitik könnten seine Entscheidungen durchaus Putins Überlegungen mit dem Vorteil entgegenkommen, dass der Ministerpräsident dafür nicht in erster Linie geradestehen muss.

4.5.1 Vorwärts Russland! - das Russlandbild des russischen Präsidenten-Exkurs

Besonderes Aufsehen erregte ein von Medwedew unter dem Aufhänger „Vorwärts Russland“ erschienener Artikel⁵², wo er eigentlich seine Vision der zukünftigen Entwicklung Russlands umfassend beschreibt. In seiner Einleitung lädt er alle Interessierten ein, ihm Bemerkungen zum Inhalt des Artikels zwecks Vorbereitung zu seiner nächsten Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung mitzuteilen. Das heutige Russland leide gemäß seiner Darstellung an der veralterten Struktur seiner einseitig auf den Rohstoffexport ausgerichteten Wirtschaft, an der Korruption seiner Beamten und Wirtschaftstreibenden und an der „paternalistischen“

⁵¹ Der Präsident ließ eine Liste der „goldenen Hundert“ veröffentlichen, wo er Personen benannte, die er als Mitarbeiter anstelle der von Putin ernannten Personen einsetzen will. Darüber hinaus hat Medwedew etwa 100 Mitarbeiter der Präsidentenadministration entlassen und auch Gouverneure ersetzt (GRÜDER 2009, S. 34).

⁵² Siehe hiezu auch: Дмитрий Медведев: Россия, вперед!; <http://www.kurganobl.ru/7600.html>, abgerufen am 13.09.09 und „Medwedew gibt Russland schlechtes Zeugnis“, in: russland.RU,- die Internetzeitung vom 11.09.09, <http://www.russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=21753>, abgerufen am 13.09.09 und „Medwedew zählt die Schwächen Russlands auf“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 11.09.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/medwedew_zaeht_die_schwaechen_russlands_auf_1.3536092.html, abgerufen am 13.09.09.

Mentalität seiner Bevölkerung. Der Präsident tritt für eine umfassende Modernisierung des Landes ein. Im wirtschaftlichen Bereich sollten die Anstrengungen auf die fünf strategischen Vektoren Energieeffizienz, Nuklear-, Informations-, Satelliten- und Medizintechnik ausgerichtet sein. Innenpolitisch müsse die Demokratisierung vorangetrieben werden, wobei allerdings „Eile mit Weile“ gelte um einen Rückfall in das Chaos der 90er- Jahre zu vermeiden. Außenpolitisch bekennt sich Medwedew zur Offenheit gegenüber dem Westen, auf den Russland als Partner für seine Modernisierung nicht verzichten könne. Der Text endet in Form einer Kampfansage an einflussreiche Gruppen von Funktionären und Wirtschaftstreibenden, welche den Faktor Modernisierung fürchten und gegen sie Widerstand leisten werden.

Abseits dieser doch massiven Kritik verteidigt der russische Präsident das System, in dem er sich bewegt und in dem er lebt. „Nach Ansicht des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew gelten in seinem Land die gleichen Werte wie im Westen, ich sehe keinen großen Unterschied in Sachen Freiheit und Menschenrechte“. Dies betonte er im Rahmen seines Berlinbesuchs zum Jubiläum des Mauerfalls⁵³ im November 2009. Seine Aussagen geben, trotz seiner oftmals erfolgten Kritik am System, Grund zum Nachdenken generell hinsichtlich seiner Systemorientierung bzw. Systeminterpretierung.

4.5.2 Folgerungen

Der Artikel lässt konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vermissen und fügt sich nahtlos in das Bild diverser Kritiker, dass „Widersprüche zwischen Medwedews Worten und Taten“ bestehen (GRÜDER 2009, S. 35). Letztendlich sind die von Medwedew erhobenen Anschuldigungen nicht neu, es ist aber doch bemerkenswert, wie klar die „Systemfehler“ angesprochen werden. Der Bogen der Interpretationen zieht sich von inhaltlich nicht ernstzunehmenden PR- Bemühungen bis hin zur Setzung eines klaren Zeichens in Richtung Präsidentenwahl 2012. Der Weg der Veröffentlichung im Internet, den Medwedew gewählt hat, ist nicht gerade unumstritten. Ich sehe doch auch eine indirekt ausgesprochene Kritik an der Politik der letzten Jahre und somit auch an Ministerpräsident Putin selbst. Daraus lässt sich

⁵³ Siehe hierzu auch „Russland hat die gleichen Werte wie der Westen“, in: russland.RU- die Internetzeitung vom 08.11.09, abgerufen am 11.11.09.

jedoch wie bereits oben angeführt nicht ableiten, dass Medwedews Kritik von Putin persönlich genommen wird. Viel mehr dürfte Putin dies in Absprache zur Erreichung des großen Ziels zulassen, wo viele angesprochene Themen für die Zielerreichung hinderlich sind. Medwedew hat in seinen Ausführungen auch nicht über das Ziel hinausgeschossen. Beide, sowohl Putin als auch Medwedew dürften (maßvolle) Kritik im Sinne von gesamtstaatlichen Überlegungen durchaus nützen, jedoch nur soweit, als der Staat im Vordergrund steht und die Vorgabe, keine Schwächung des russischen Staates und der Staatsführung hebeizuführen, nicht verletzt wird. Dies dürfte in Zeiten der Wirtschaftskrise besonders viel Gewicht haben, um Russlands Wirtschaft dürfte es schlimmer stehen als von der Führung kolportiert wird. Ohne tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen wird Russland die Folgen der Krise kaum überwinden können und die immer wiederkehrenden Wachstumsziele (Verdoppelung des BIP bis 2010, 2012, 2020 etc.) nicht realisieren können. Inwieweit das „System Putin“ als Ganzes dem entgegensteht und wichtiger noch, inwieweit das System in der Lage ist, sich im Angesicht der anstehenden Herausforderungen zu erneuern, dürfte vielleicht in den Köpfen von Putin und Medwedew relativ klar sein, in den umliegenden Lagern und Akteursebenen jedoch kaum.

4.6 Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Der im „System Putin“ besonders spürbare Wirtschaftsaufschwung erreichte fast alle Gesellschaftsschichten und führte zu einem spürbaren Rückgang der Armut.

Die Bedeutung der Finanz- bzw. Wirtschaftskrise wurde in Russland nicht zuletzt auch wegen des Kriegserfolges in Georgien vorerst nicht für allzu wichtig genommen. „Grundsätzlich herrschte in weiten Teilen der politischen Elite die Überzeugung, Russland werde die Krise besser meistern als der Westen“ (SIEGERT 2009, S. 23). Darüber hinaus dürften die Erfolge des Wirtschaftswachstums unter starker Beteiligung des Energieträgerexports so schlagend gewesen sein, dass dies die Negativszenarien wirkungsvoll verhüllt hat. Letztendlich erreichte die so genannte Krise viele Menschen im Land. Bereits ab März 2008 begann die kontinuierlich gestiegene Sparquote zu sinken, was als deutlicher Verlust des Vertrauens in die zukünftige Stabilität gewertet werden kann und was auch vom Kreml abzuwenden versucht worden ist (SIEGERT 209, S. 19). Dieses Detail erscheint dahingehend interessant, weil ein unmittelbarer Vergleich mit der Präsidentenwahl in den USA sich

aufdrängt. Präsident Obama ist deswegen gewählt worden, weil er der Bevölkerung einen Wechsel versprochen hatte. Bei der „Hofübergabe“ von Putin an Medwedew funktionierte die inszenierte Übergabe auch deshalb, weil der Eindruck vermittelt wurde, dass zumindest das Erreichte unter Medwedew mit Unterstützung von Putin gehalten wird. Und hier liegt möglicherweise jene Unsicherheit, die dem „System“ zusetzen könnte. Stagnation bzw. Rückschritte haben auch Auswirkungen auf die viel gerühmten Nationalen Projekte, welche Medwedew schon als Stellvertretender Ministerpräsident betreut bzw. verwaltet hatte und wo Mängel und Unzulänglichkeiten in den Bereichen Wohnbau, Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft abgestellt werden sollten. Inwieweit aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage eine Problembewältigung herbeigeführt werden kann ist somit fraglich. Fakt ist, dass Infrastrukturprobleme im sozialen Wohnungsbau aber auch bei Industrieanlagen wieder in den Vordergrund rücken und Lenkungsversuche des Systems negative Reaktionen der Bevölkerung hervorrufen⁵⁴. Es fiel Präsident Medwedew in seiner ersten Rede zur Lage der Nation nicht leicht, über die doch erfolgten Versäumnisse aus der Ära seines Vorgängers hinwegzuspielen. Die Schuldzuweisung erging wieder einmal wie auch später hinsichtlich „Georgienkrieg“ an die Adresse der USA⁵⁵.

4.6.1 Rahmenbedingungen für die Krise

Wie bereits angerissen wurde Russland von dieser Krise besonders hart getroffen⁵⁶ (CONOLLY 2009, S. 3). Seit der Machtübernahme von Präsident Putin konnte das

⁵⁴ Siehe hierzu auch: „Putins Rücktritt gefordert, Demonstrationen in Russland für und gegen die Regierung“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 31.01.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/moskau_demo_ruecktritt__1.1845727.html?printview=true, abgerufen am 02.02.09.

⁵⁵ Siehe hierzu auch „Präsident von Russland hält Rede zur Lage der Nation“, in: russland.RU- die Internetzeitung vom 05.11.08, <http://www.russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=20704>, abgerufen am 07.11.08.

⁵⁶ „Russland befindet sich in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit zehn Jahren. Die Aktienkurse verfielen in den letzten zehn Monaten um 73%. Der Rubel geriet zeitweilig unter starken Druck, die hohen Devisenreserven schrumpften um 200 Mrd. US-Dollar und ausländisches Kapital floss in einer Größenordnung von 130 Mrd. US-Dollar ab. Mit einer Inflation bis zu 15% wird im Jahre 2009 gerechnet. Im Dezember ging die Industrieproduktion um 19% gegenüber dem Vormonat zurück. Die russische Regierung rechnet mit einem Rückgang des BIP von 2,2% und einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 8,5% auf 13%. Soziale Folgen zeigen sich schon jetzt in Regionen mit wirtschaftlicher Monokultur“, in: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die deutsch- russische Wirtschaftskooperation, Konrad Adenauer Stiftung, [www.kas.de](http://www.kas.de/proj/home/pub/21/1/year-2009/dokument_id-16277/index.html) vom 27.04.09, http://www.kas.de/proj/home/pub/21/1/year-2009/dokument_id-16277/index.html, abgerufen am 12.09.09.

Land auf ein Wirtschaftswachstum von rund 7% jährlich zurückblicken. Das bedeutete auch die Steigerung des Lebensstandards generell, Auslandsschulden konnten mit Masse getilgt werden, russische „Geschäftsleute“, auch in Form der neuen Mittelklasse, waren im Ausland stark präsent und gaben dort oft überschwänglich ihr Geld aus, in Russland wurde investiert aber auch russische Unternehmen waren in der Lage, in interessanten Bereichen im Ausland zu investieren. Träger dieser bemerkenswerten Entwicklung war der hohe Marktpreis für Energieträger und andere Rohstoffe, welcher Russland erlaubte, die „weltweit drittgrößten Reserven einer Zentralbank“ anzuhäufen (CONOLLY 2009, S. 3) sowie Reservefonds bzw. Wohlfonds im Sinne der Reservenbildung anzulegen⁵⁷. Diese Entwicklung aber auch die kriegerische Auseinandersetzung mit Georgien im August 2008 gaben Russland und den herrschenden Eliten das Selbstvertrauen, sich im Ausland, besonders in Russlands „Nahem Ausland“ betont selbstsicher zu bewegen und der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht jenen Stellenwert zukommen zu lassen, der angebracht gewesen wäre. Diese komfortable Situation erzeugte über Jahre auch eine Art von Bequemlichkeit, wo notwendige Reformen, im Sinne auch des Ausbaues anderer Wirtschaftszweige, welche im Schatten des Rohstoffexports dahindümpelten, nicht ernsthaft verfolgt worden sind.

4.6.2 Krise und Krisenbewältigung

Besonders der einsetzende Verfall der Rohstoffpreise im Zuge der Krise traf Russland hart. In der Folge wurde der Rubel massiv abgewertet und die Devisenreserven verringerten sich um 200 Milliarden US- Dollar. Conolly ortete einen Vertrauensverlust ausländischer Investoren schon vor dem Einsetzen der Krise. Auch der Waffengang gegen Georgien trug zu deren Verunsicherung massiv bei (CONOLLY 2009, S. 5). In der Folge der eintretenden Rezession wurde auch Russland nicht verschont vom Einbruch der Realeinkommen und Arbeitslosigkeit in Verbindung des Rückgangs der Industrieproduktion. Auch Russlands neue Mittelklasse wird aufgrund der Verluste um etwa 40%, auf ca. 13,6 Millionen

⁵⁷ Nach einer Meldung des russischen Finanzministeriums hat mit 01.05.08 der Reservefonds 129,8 Milliarden US-Dollar und der nationale Wohlfonds 32,72 Milliarden US-Dollar angespart. Siehe hierzu auch Russlands Reservefonds und Wohlfonds weisen gute Dynamik auf, in: RIA Novosti vom 04.05.08, <http://de.rian.ru/business/20080504/106493169.html>, abgerufen am 10.09.09.

Menschen, schrumpfen⁵⁸. Ein interessantes Detail ist auch, das der Staat wie bereits erwähnt in der Lage war, Schulden massiv abzubauen, so genannte private Unternehmen ein Schuldenpaket von etwa 470 Milliarden US- Dollar angehäuft haben. Hier handelt es sich auch um Unternehmen, wo der russische Staat aus welchen Gründen auch immer mit Anteilen beteiligt ist oder wo basierend auf den strategischen Interessen des russischen Staates an diesen Unternehmen ein Ausbleiben einer Unterstützung nur schwer erklärbar wäre. Somit sind diese Schulden großteils auch Staatsschulden und der Nationale Wohlfonds bzw. der Reservefonds werden wohl oder übel in diesem Sinne bedient werden müssen⁵⁹. Trotz dieser schlechten Lage waren russische Direktinvestitionen im Ausland auch nach dem Einsetzen der krisenhaften Entwicklung 2008 aber auch in der ersten Hälfte 2009 bemerkbar. Von besonderem Interesse für diese Investments sind Rohstoffvorkommen aber auch Möglichkeiten zur Verarbeitung dieser, um so in den Bereich der finalen Verbraucher vorstoßen zu können (VAHTRA 2009, S. 15, 16). In diesem Zusammenhang tauchen immer wieder russische Stahlunternehmen aber auch Russlands Konzern Lukoil, welcher sich in privater Hand befindet, sowie Gazprom, in den Medien auf.

4.6.3 Folgerungen

Im Vergleich zur Volksrepublik China, Indien aber auch Brasilien (BRIC- Staaten) liegt Russland deutlich zurück, da diese Staaten trotz der Krise deutliche BIP-Wachstumsraten aufweisen⁶⁰. Die Wachstumsdynamik der angesprochenen Staaten kann mittelfristig als deutlich höher eingeschätzt werden.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die eingeschränkte Handlungsfreiheit des russischen Staates, weil er einerseits gewaltige finanzielle Mittel zur Krisenbekämpfung bereitgestellt hat, andererseits jedoch bei einem neuerlichen Bedarf wegen eines neuerlichen Einbruchs nicht mehr wie im Erstansatz agieren können wird. Weiters werden diese finanziellen Einbrüche Auswirkungen auf die

⁵⁸ Siehe hierzu auch „Krise lässt russische Mittelklasse schrumpfen“, in: Der Standard vom 10.09.09, S. 19.

⁵⁹ Siehe hierzu auch „Russland sieht Wende in der Finanzkrise“, in: russland.RU- die Internet Zeitung vom 16.09.09, abgerufen am 16.09.09.

⁶⁰ Siehe hierzu auch „BRIC- die neuen Zugpferde der Weltwirtschaft“, in: DW-WORLD.DE vom 28.08.09, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,4604357,00.html?maca=de-aa-econ-858-rdf>, abgerufen am 14.09.09.

Umsetzung der staatlichen Planungen zur Modernisierung der Wirtschaft bis 2020⁶¹ haben, was letztendlich einen zusätzlichen Rückschlag bedeutet. Bleiben diese Erfolge aus, so wird Russland wie bisher auf Einnahmen aus dem Export von Energieträgern und Rohstoffen angewiesen bleiben, wo wiederum die verkaufte Masse und gute Preise für den Erfolg ausschlaggebend sein werden. Masse kann man nur erreichen, wenn die großteils veraltete Förder- und Transportinfrastruktur erneuert werden kann, was wieder immense finanzielle Mittel erfordern wird. Und hier schließt sich der Kreis. Sollte das „System Putin“ nicht in der Lage sein, die Energieexportabhängigkeit der russischen Volkswirtschaft zu verringern, Maßnahmen zur Stärkung der verarbeitenden Industrie zu ergreifen, die R&D- Sparte massiv auszubauen (Zugang, Entwicklung und Einsatz von Hochtechnologie) aber auch den in Ansätzen vorhandenen Dienstleistungssektor stark zu vergrößern, wird Russland von außen her verletzbar bleiben. Inwieweit Russlands wirtschaftliche Aktivitäten zur Einflussnahme in dessen Peripherie („Nahes Ausland“) durch die Krise beeinträchtigt wird, bleibt abzuwarten, ist jedoch aber wahrscheinlich und orientiert sich mit Masse am vorhandenen Investitionskapital.

Hinsichtlich Krisenbewältigung erscheint es mir notwendig anzumerken, dass in Russland wie auch anderswo der Staat dahingehend auch eine zentrale Rolle spielt. Auffällig ist jedoch, dass bezüglich der Verteilung der staatlichen Finanzmittel zur Rettung von Banken und Unternehmen die politische Führung eher willkürlich entscheiden dürfte und Firmen bzw. Unternehmen, wo der Staat nachhaltige Interessen hat bzw. Eigentümer ist, begünstigt werden. Von Regierungsseite wurden und werden Unternehmer aber auch die breite Öffentlichkeit bewusst zu wenig informiert. Weitere Entlassungen besonders in der Bauindustrie aber auch bei Handelsketten und Energieunternehmen könnten noch bevorstehen.

4.7 Russische Außenpolitik im „System Putin“

„Laut der von Außenminister Lavrov verkündeten neuen außenpolitischen Doktrin steht die Idee der « Energie-Supermacht » im Zentrum der russischen Strategie, also ein geo-ökonomisch definierter Entwicklungspfad. Dadurch soll Russland als Öl- und

⁶¹ Siehe hierzu auch „Mit Innovationen gegen die Krise- Russlands Wirtschaft muss sich jetzt neu ausrichten“, in: made in germany.de, <http://madeingermany.de/de/russia/2009/expert/show/id/297/title/Mit+Innovationen+gegen+die+Kri>

Gaslieferant Europas und später auch Asiens über ausreichende Mittel für Erhaltungs- und Neuinvestitionen verfügen. Da die Berechenbarkeit und auch der Pragmatismus der russischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt Putins zugenommen haben, führt eine Lösung nur über eine Verständigung mit Russland“.

(HEINRICH 2008, S. 92, 93, 105)

4.7.1 Sicherheitspolitische Initiativen von Präsident Medwedew-Außenpolitisches Konzept

Im Juli 2008 verabschiedete Präsident Medwedew als sein erstes sicherheitspolitisch relevantes Dokument das außenpolitische Konzept⁶². Es beruht auf dem von Präsident Putin verabschiedeten Dokument aus dem Jahr 2000⁶³. Russland definiert sich als wiedererstandene Großmacht und somit auch als zentraler Pol der modernen Welt. Betont wird auch das Recht Russlands, seine Bürger im In- und Ausland zu schützen. Es unterstreicht die Einheit des euro- atlantischen Raumes, weist die Erweiterung der NATO aber auch die geplanten US-Raketenabwehreinrichtungen in Europa zurück und betont auch die Absicht, ein anderes als das vorherrschende Sicherheitskonzept zu schaffen. Stärkere Partnerschaften besonders mit China aber auch mit Indien werden angestrebt, die Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit wird als zentrales Element zur Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit im GUS- Raum gesehen. Russland ist in der Lage, eigene nationale Interessen zu verfolgen und somit bleibt kein Raum für eine Beeinflussung von Außen. Die Bereiche Energiesicherheit und auch Ressourcen erhalten eine starke Aufmerksamkeit und es wird somit die Wichtigkeit des Bereiches unterstrichen. Auffallend ist, dass das Papier keinesfalls von der von Präsident Putin vorgegebenen Linien abweicht, aktuelle Prioritäten darlegt, somit an neue russische und internationale Verhältnisse angepasst ist und ein breites Bild der russischen außenpolitischen Sichtweise zeichnet.

se+%E2%80%93+Russlands+Wirtschaft+muss+sich+jetzt+neu+ausrichten/, abgerufen am 14 09 09.

⁶² Das aktuelle außenpolitische Konzept der Russischen Föderation, <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2008/07/204750.shtml>, abgerufen am 08 09 09.

⁶³ Das außenpolitische Konzept der Russischen Föderation aus dem Jahr 2000, <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/econcept.htm>, abgerufen am 08 09 09.

Ende August 2008 führte Präsident Medwedew in einem Fernsehinterview als Ergänzung sozusagen die außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien aus. Diese sind:

- „Internationales Recht muss Priorität haben;
- Das US- dominierte unipolare System soll von Multipolarität abgelöst werden;
- Russland hat kein Interesse daran, sich zu isolieren und strebt freundschaftliche Beziehungen auch mit dem Westen an;
- Russland sieht es als Priorität an, Russen zu schützen, wo immer sich diese befinden;
- Russland wird auf jeden aggressiven Akt gegenüber seinen Bürgern oder Russland reagieren;
- Russland hat in bestimmten Regionen privilegierte Interessen.“ (HAAS 2009, S.3)

Die Punkte Schutz der Russen aber auch privilegierte Interessen in bestimmten Regionen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Ereignissen im August 2008 zwischen Georgien und Russland und dokumentieren auch die russische Entschlossenheit hinsichtlich Umsetzung des Konzepts. Als für Russland durchaus akzeptable Begleiterscheinung sind in diesem Zusammenhang Ängste der Ukraine aber auch der baltischen Staaten hinsichtlich russischer Bedrohungen zu sehen.

4.7.2 Nationale Sicherheitsstrategie bis 2020

Dieses Dokument wurde am 12 05 09 von Präsident Medwedew unterzeichnet⁶⁴.

Es ersetzt ein vergleichbares Dokument aus dem Jahr 1997, welches wiederum im Jahr 2000 im Zeichen der Machtübernahme von Präsident Putin aktualisiert worden ist und aufgrund der zwischenzeitlichen außen- und innenpolitischen Veränderungen veraltet ist. Interessant ist auch das Detail, dass die Nationale Sicherheitsstrategie die Grundlage für die Militärdoktrin des Landes bilden soll. Eine Neuauflage dieses Dokuments wird noch heuer erwartet. Die letztgültige Version aus dem Jahr 2003 wurde mit der im Oktober 2008 in der Folge des georgisch- russischen

⁶⁴ Russischer Text der Nationalen Sicherheitsstrategie bis 2020 unter <http://www.scrf.gov.ru/documents/99.html>, abgerufen am 09 09 09.

Fünftagekrieges beschlossenen Armeereform⁶⁵ stark beschnitten. Gearbeitet wurde an der Strategie seit 2004, die Ereignisse im August 2008 haben den Abschluss des Dokumentes beschleunigt. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dokumentes ist ebenfalls interessant, die russische Seite dürfte noch das Treffen zwischen den Präsidenten Medwedew und Obama in London abgewartet haben.

Die Sicherheitsstrategie selbst berührt das Thema Sicherheit für russische Verhältnisse sehr breit aber auch sehr allgemein. Somit werden nicht nur klassische Bereiche wie Außen- und Verteidigungspolitik (wie in der Sicherheitsstrategie der USA) berührt, sondern auch Wirtschaft, Sozialbelange Wissenschaft, Technik, Bildung, Gesundheit, Kultur und Umweltschutz. In diesem Zusammenhang nimmt sie auch Bezug zum „Plan zur langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands bis zum Jahr 2020“, welcher noch unter Präsident Putin veranlasst worden ist. Im Verbund mit dem außenpolitischen Konzept und dem oben angeführten Plan zur langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hat das Dokument den Anschein eines Strategiepapiers, welches keine detaillierten Aussagen zu Themen wie Ersteinsatz der nuklearstrategischen Waffenkomponenten oder auch Entwicklung des Sicherheitsapparates macht. Wirtschaftliche Sicherheit wird mit dem definierten Ziel, fünft stärkste Wirtschaftsmacht zu werden, groß geschrieben. Langfristig lässt sich der Wettbewerb um Energieressourcen generell als Hauptbedrohung ableiten, was mit der Dominanz dieses Wirtschaftssegmentes in der russischen Gesamtwirtschaft nicht überraschend erscheint. Auch der arktische Raum ist für Russland eine Zone des besonderen Interesses in diesem Zusammenhang. Am Gedanken bzw. der Idee einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur wird festgehalten. Wesentlich erscheint wie bereits angeführt, dass keine Widersprüche zu sonstigen bisher getätigten Aussagen, Überlegungen und Maßnahmen der russischen politischen und wirtschaftlichen Führung festzustellen sind.

4.7.3 Der russische Ansatz zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur (Europäischer Sicherheitsvertrag)- Exkurs

⁶⁵ Siehe hierzu auch „Russlands Armeereform stößt bei Generälen auf Unmut“, in: russland.RU- die Internetzeitung vom 03 10 08, abgerufen am 10 09 09.

Anlässlich eines Besuchs in Berlin am fünften Juni 2008⁶⁶ schlug der russische Präsident die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf vertraglicher Basis vor. Urheber dieser Entwicklung soll ein gesamteuropäischer Sicherheitsgipfel sein. Medwedew sieht den Bedarf in den unzureichenden bestehenden europäischen Sicherheitsstrukturen inklusive OSZE begründet. Auch die NATO ist in der Fähigkeit der Konflikt- bzw. Krisenprävention limitiert und es gehören der Allianz nicht alle europäischen Staaten an.

Die doch überraschende, eher nicht klar abgesteckte, Initiative soll doch die guten europäischen transatlantischen Beziehungen durch ein gesamteuropäisches Sicherheitsprojekt unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses Russland- EU- USA überlagern. Gesunder Mehrwert für Russland wäre unter anderem doch auch mehr Einfluss auf die sich in Erweiterung befindliche NATO zu erlangen.

In seiner Rede bei der „World Policy Conference“ am 08.10.08 hat Präsident Medwedew das Konzept des Europäischen Sicherheitsvertrages in 5 Punkten⁶⁷ zusammengefasst und ist somit konkreter geworden. Diese sind:

- Neue Bekräftigung der Grundregeln internationaler Beziehungen
- Schaffung einer akzeptierten Grundlage für die Interpretation eines Gewaltverbots
- Verurteilung aller Bemühungen durch Staaten oder Bündnisse, die eigene Sicherheit auf Kosten anderer zu fördern
- Kein Staat und keine Organisation darf einen Exklusivanspruch stellen, für Frieden und Stabilität in Europa zuständig zu sein
- Rüstungsgrenzen und neue Formen der Kooperation in Feldern wie Non-Proliferation, Bekämpfung von Terrorismus bzw. Drogenhandel

Präsident Sarkozy kam dem russischen Präsidenten insoweit entgegen, dass er eine Konferenz im OSZE- Rahmen hinsichtlich des russischen Vorschlages über einen

⁶⁶ Rede Medwedew in Berlin am 05.06.08, http://www.dgap.org/fi/strategische_regionen/russland/veranstaltungen/archive/view/1dd2e1c25f3b6342e1c11ddb49bc7cac2804a5f4a5f.html, abgerufen am 05.01.09.

⁶⁷ Speech at World Policy Conference, http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2008/10/08/2159_type82912type82914_207457.shtml, abgerufen am 05.01.09.

Sicherheitsvertrag unterstützte⁶⁸. Festzuhalten gilt, dass die Vorgehensweise des französischen Ratspräsidenten kaum bis gar nicht mit EU- Partnern bzw. mit den USA abgestimmt war, was wiederum wieder einmal nicht zum Vorteil und Ansehen der Organisation Europäische Union gereicht hat. Mit seiner Initiative hatte der russische Präsident zumindest Aufsehen hinsichtlich Schaffung einer alle europäischen Organisationen überspannenden Sicherheitsstruktur erregt. Diese soll auch dafür verantwortlich sein, dass gesamteuropäische Regeln beachtet werden. Dies würde in letzter Konsequenz Russland ein Aufsichts- bzw. Kontrollrecht geben, was auch auf die NATO- Entwicklung einwirken könnte. Beim EU- Russland- Gipfel in Nizza im November 2008 kam Sarkozy Medwedew noch einmal entgegen⁶⁹ und schlug als Zeitpunkt für eine Sicherheitskonferenz Mitte 2009 vor. Mit dem Auslaufen der französischen Ratspräsidentschaft kamen zum Thema vereinzelt nur mehr russische Meldungen, zu offensichtlich ist doch die Absicht hinter dem russischen Agieren.

Diese noch einmal präzisiert könnte der Russischen Föderation wie folgt unterstellt werden:

- Ein Sicherheitsvertrag würde die Möglichkeit eröffnen, die NATO unter so ein Vertragswerk unterzuordnen, was in letzter Konsequenz auch eine wie immer geartete Schwächung des US- Einflusses bedeuten könnte.
- Russland könnte im Rahmen dieses vertraglichen Regelwerkes den Anspruch auf eine exklusive Einflusszone vorantreiben.
- Russland hätte theoretisch auch die Möglichkeit, im Rahmen des Vertrages unliebsame westliche Einflüsse von der Russischen Föderation in Distanz zu halten und dies würde wiederum zum Machterhalt der herrschenden Elite beitragen.

4.7.4 Eliten und russische Außenpolitik, die innenpolitische Seite der Außenpolitik

⁶⁸ Siehe hierzu auch „Sarkozy kommt Medwedew entgegen“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 09 10 08, http://www.nzz.ch/hintergrund/dossiers/konflikt_kaukasus_georgien/reaktionen_anderer_staaten/sarkozy_kommt_medwedew_entgegen_1.1068562.html, abgerufen am 11 10 08.

⁶⁹ Siehe hierzu auch „Nettigkeiten in Nizza“, in: sueddeutsche.de vom 14 11 08, abgerufen am 17 11 08.

4.7.4.1 Hintergründe

Außenpolitisches Agieren ist nicht nur auf Staatsinteressen zurückzuführen, sondern beruht auch auf Interessen von Gruppen bzw. Einzelpersonen. Dies trägt durchaus zu Ungereimtheiten im außenpolitischen Ansatz bei und das ist nicht nur in Russland so. Die breite Gesellschaft ist in Russland kein außenpolitischer Faktor. So lange persönliche Interessen wie Erreichtes halten oder in keine kriegesischen Handlungen verwickelt zu werden Berücksichtigung finden, ist die Gesellschaft eher träge. Gesteuerte Information bzw. Desinformation unterstützen die breite Öffentlichkeit in ihrer Haltung. Trotzdem kann sich die politische Führung des Landes auf sie abstützen, weil auch diese Passivität eine Art der Anerkennung darstellt. Im Kreis der russischen Eliten, auch in besonderen Führungspositionen, werden außenpolitische Interessen konkreter. Gemäß Ryabov lassen sich zwei traditionelle Linien orten. Eine basiert auf russischer geopolitischer Großmachtstradition, die andere fußt in der postkommunistischen Periode (RYABOV 2009, S. 7). Beide Linien lassen sich nicht eindeutig trennen. Hauptinteresse vieler postsowjetischer Eliten war Bereicherung in Form von Privatisierungsmaßnahmen unter Ausnutzung der vorherrschenden politischen Strukturen unter Abwendung von sowjetischen Traditionen zur Schaffung einer neuen Klasse eines Unternehmertums. Somit waren Wirtschaftsinteressen der Motor ihrer Anstrengungen und der Rohstoffreichtum (Erdöl, Erdgas, Metalle, Holz etc.) definierte eine starke Exportorientierung. Der Anstieg der Preise eben für diese Ressourcen erlaubte es dann auch, vernachlässigte geopolitische Interessen betonter zu verfolgen. Ein eigenes Modell hatte sich herausgebildet, nämlich unter Umgehung des westlichen Wirtschaftsmodells und unter Ausnutzung einer Vernetzung von politischer Macht und Konzern- bzw. Firmeninteressen im elitären Kreis in Form eines russischen eigenständigen Weges zu agieren. Die Möglichkeiten im Zusammenhang mit den gewaltigen Ressourcen wurden erst Schritt für Schritt realisiert. US- amerikanische Interessen in der Nah- Mittel- Ost- Region und im besonderen im Irak waren verantwortlich für eine Renaissance traditioneller geopolitischer Sichten und brachten Streit- und Sicherheitskräfte wieder ins Rampenlicht. Genau hier passierte eine Verschmelzung der Interessen in Richtung nationale Orientierung der Außenpolitik (RYABOV 2009, S. 8). Die Verfolgung von wirtschaftlichen Interessen im Dunstkreis von verantwortlichen und nicht uneigennützig agierenden Staatsdienern und politischen Führern erleichterte die Herausbildung des Oligarchentums.

4.7.4.2 Gegenwärtige Zustände

Die Zunahme des politischen Einflusses auf wirtschaftliche Unternehmen wuchs unter der Herrschaft von Präsident Putin und hält an. Die Macht jener Firmen, welche wegen eines hohen Staatsanteils durch die politische Führung kontrolliert wird, wuchs. Gazprom bietet sich in diesem Zusammenhang als Beispiel an. Postenbesetzungen erfolgten vermehrt unter Zuhilfenahme von persönlichen und/oder anderer Beziehungen, entsprechende Qualifikationen waren und sind zweitrangig. Auch dies ist ein Detail eines eigenständigen russischen Weges und aus der Sicht der Machthabenden für sie vertrauensfördernd und unterstützend für den Erhalt ihrer Macht und Ausübung von Kontrolle. In Österreich lautet ein verwandter Begriff dazu „Freunderlwirtschaft“. Somit ist die politische Führung, entsprechend einer Kettenreaktion, in der Lage, ihre Günstlinge in Bereichen zu platzieren, welche dann ebenfalls außenpolitische Interessen verfolgen, jedoch nicht krass abweichend von den Intentionen der Zentralmacht. Somit verschwimmen die Grenzen von Außenpolitik und Wirtschaftspolitik und es ist angemessen, von außenwirtschaftspolitischen Interessen zu sprechen. So ein Bereich in der Russischen Föderation ist sicher der Erdgasbereich, welcher federführend mit Gazprom entsprechende Interessen artikuliert und im Verbund mit der politischen Führung ein Mittel zur aktiven Außenpolitik und Geltendmachung rein machtpolitischer Interessen ist. In diesem Zusammenhang sind es genau diese angeführten Interessen, welche auch Russlands Beziehungen zur EU hauptsächlich definieren (RYABOV 2009, S. 13).

Lukoil im Schatten der größten verstaatlichten Ölgesellschaft Rosneft bekundet starke Explorationsinteressen im Irak, was einerseits historisch bedingt ist (Kooperationen mit dem Irak zur Zeit Saddam Husseins), andererseits aber auch durchaus mit der außenpolitischen Interessenlage der politischen Führung bzw. Rosneft übereinstimmt. Konkret geht es um Förderrechte im „West Qurna 2- Ölfeld“⁷⁰ und darüber hinaus ist es für die Russische Föderation durchaus interessant, nicht alles US- amerikanischen Firmen zu überlassen. Nicht so dominant wie Vertreter des

⁷⁰ Siehe hierzu auch „Russischer Energieminister verhandelt über Lukoil- Rückkehr im Irak“, in: RIA Novosti vom 07.09.09, <http://de.rian.ru/world/20090907/122996794.html>, abgerufen am 09.09.09. und auch „Russlands Irak- Politik als Balanceakt, Wahrung wirtschaftlicher Interessen im

Erdgasbereiches aber als bedeutender Vertreter des russischen militärindustriellen Komplexes ist auch Rosoboronexport interessiert, besonders ihre Waffenexporte weltweit zu koordinieren und mit der politischen Führung in Einklang zu bringen. Zielländer sind einerseits China und Indien aber auch Länder im EU- Raum wie Frankreich⁷¹. Dies deckt sich einerseits mit rein wirtschaftlichen Überlegungen im Sinne von reinem Rüstungsgüterverkauf aber auch mit zum Teil mittel- bis langfristigen Kooperationen mit besagten Ländern im Sinne von militärtechnischen Kooperationen bzw. Entwicklungen. Hier liegt das russische Interesse eindeutig in der Beschaffung von Technologie bzw. Hochtechnologie. Das russische Unternehmen Rostekhnologii (RYABOV 2009, S. 13) ist hier in erster Linie mit den vielleicht persönlichen Befindlichkeiten des russischen Ministerpräsidenten aber auch Staatsinteressen⁷² im Sinne von Modernisierung zu nennen.

4.7.4.3 Folgerungen

Russische außenpolitische Interessen sind eng verflochten mit Interessen unterschiedlichster wirtschaftlich agierender Akteure und vermengen sich auch in ein außenwirtschaftspolitisches Konglomerat. Die oft differierenden Interessenslagen konkurrieren nicht so hart, dass staatspolitisch bedenkliche Entwicklungen entstehen würden. Russlands breit angelegte außenpolitische Kooperations- und Interessenslage unterstützt dies. Die noch immer vorherrschende Kompetenz von Ministerpräsident Putin, überaus ausgleichend auf die verschiedensten Akteure bzw. Lobbyisten einwirken zu können, ist in diesem Zusammenhang entscheidend und kann Extremata abfangen. Erwirtschaftete Profite aus dem Export von Energieträgern aber auch zukünftige bestehen bleibende Abhängigkeiten in diesem Zusammenhang, da andere Wirtschaftszweige wie Dienstleistungssektor etc. noch immer zu wenig ausgeprägt und unabhängig sind, werden auch aufgrund der Finanz-

Vordergrund“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 10. 10. 02, http://www.nzz.ch/2002/10/10/al/article8ga6z_1.430258.html, abgerufen am 09. 09. 09.

⁷¹ Siehe hierzu auch „Rosoboronexport und Thales wollen gemeinsam Waffenmarkt aufrollen“, in: RIA Novosti vom 26. 06. 09, <http://de.rian.ru/business/20090626/122118848.html>, abgerufen am 01. 09. 09 und „Libysches Interesse an russischen Waffen, keine C- Waffen mehr dafür Stärkung der konventionellen Rüstung?“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 10. 05. 07, http://www.nzz.ch/2007/05/10/al/articlef64df_1.356685.html, abgerufen am 01. 09. 09.

⁷² Siehe hierzu auch „Monsterholding „Rostekhnologii“, Putins Milliardengrab“, in: Spiegel Online vom 02. 05. 09, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,622267,00.html>, abgerufen am 05. 05. 09.

und Wirtschaftskrise die russische Außenpolitik bestimmen und keine extremen Alleingänge und eine gewisse Stabilität zulassen.

4.8 Folgerungen

Putin ist es gelungen, relativ rasch seine Position zu festigen und sich als politischen Führer mit umfassendem Rückhalt zu präsentieren. Es gelang ihm, das „System Jelzin“ umzugruppieren und eine Systemstabilisierung unter bewusster Inkaufnahme autoritärer Züge relativ rasch zu erreichen. Eine ausgeprägte freie Marktwirtschaft und demokratische Verhältnisse nach unseren Standards wurden nicht erreicht⁷³, ich sage sogar, dies wird noch immer nicht gewollt und die Kreation von russischen Standards wie die „souveräne Demokratie, die gelenkte Demokratie“ sind als russische Reaktion dahingehend zu sehen.

Was immer auch Putin darstellt und obwohl er kein Präsident mehr ist, trägt das vorherrschende politische System der Russischen Föderation quasi seinen Erfindernamen. Ein rascher Übergang vom kommunistischen Totalitarismus zum liberalen Staatsmodell ist in Russland in den 1990er Jahren gescheitert.

Die Finanzkrise trifft besonders Russland schwer. In der Krise kommen die Schwächen des Wirtschaftssystems zu Tage, die gesunkenen Weltmarktpreise für Energieträger und die durch die Wirtschaftskrise zusätzliche Belastung der Staatskasse hinterlassen tiefe Spuren. Entlassungen, Kurzarbeit, gekürzte Bezüge haben auch in Russland Einzug gehalten (SIEGERT 2009, S. 25). Regionen, welche auf ein oder zwei Industriebetriebe gänzlich fixiert sind, haben eine herausgehoben schlechte Position. Die Krise trifft alle Klassen der Gesellschaft und somit auch jene, die sich aufgrund eines bescheidenen Wohlstands einen noch größeren Wohlstand mittels Kredit finanziert haben und Probleme hinsichtlich Rückzahlung haben. Auch das Oligarchentum erleidet Einbrüche und muss als Form der Reaktion zumindest umgruppieren wenn nicht verkaufen oder sich vermehrt in Staatsabhängigkeit bzw. in

⁷³ Shevtsova spricht in diesem Zusammenhang von einem bürokratischen Autoritarismus: "Unter einem bürokratisch- autoritären System verstehe ich eine Regierung, bei der sich die Macht in den Händen eines Führers konzentriert und die Regierung sich auf Bürokratie, Technokraten und Machtstrukturen stützt. Ihre wirtschaftliche Basis ist der staatsbürokratische Kapitalismus."; http://politik-gesellschaft-russland.suite101.de/article.cfm/das_system_putin; abgerufen am 13 05 09.

die Abhängigkeit ausländischer Investoren begeben⁷⁴. Daraus resultieren die folgenden Unsicherheiten. Vertreter der Elite waren es bisher gewöhnt, sich Vermögen anzueignen und dieses in Russland bzw. außerhalb des Landes zu genießen, oftmals auch verbunden mit größeren Finanztransaktionen aus Schutz- und Sicherheitsgründen ins westliche Ausland. Die breite Masse genossen bescheidene aber doch im Vergleich zu früher gestiegene Sozialleistungen, welche sie einerseits loyal zur Macht erscheinen ließen, andererseits jedoch bei Nichteinhaltung doch ein erhebliches Unruhepotential in sich birgt. Last but not least erscheint das von Putin immer wieder umworbene Modernisierungspotential generell gefährdet. Letztendlich erscheint die Wirtschaftskrise allein nicht genug Potential in sich zu haben, um einen realen Umsturz herbeiführen zu können. Dennoch ist die Herausforderung für das „System Putin“ gegeben, das Spektrum reicht von Machtgeplänkel innerhalb der Elite bis hin zu wiederholten Unmutsäußerungen und Demonstrationen der Bevölkerung. Dieses Umfeld ist natürlich gut genug dafür, die Beziehung Putin zu Medwedew und umgekehrt zu hinterfragen bzw. zu beleuchten. Nützt Medwedew die „Krise“ vielleicht für seine Emanzipierung oder setzt Putin präventiv Maßnahmen, um Schuldzuweisungen an seine Adresse zu vermeiden? In diesem Zusammenhang ist ein an die Nowaja Gaseta⁷⁵ gegebenes Interview bemerkenswert, welches Präsident Medwedew im April 2009 gegeben hat. Er zeichnete ein Demokratiebild aber auch ein Demokratieverständnis, das sich zu dem von Putin klar unterscheidet. Er Medwedew strebe Freiheit und Wohlstand an, unter Putin war die Annahme im Vordergrund, „die Bevölkerung sei bereit, auf bestimmte Rechte im Austausch gegen Stabilität und Wohlstand zu verzichten“.⁷⁶ Weiters stellte der Präsident eine Revision des NGO- Gesetzes in Aussicht. Bei nochmaligem Hinschauen fällt es schwer, die Aussagen im Rahmen des Interviews bzw. die Zusagen an Vertreter von Bürgerrechtsorganisationen wirklich ernst zu nehmen.

⁷⁴ Siehe hierzu auch: „Russland: Deripaska kämpft ums Kerngeschäft“, http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/478608/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/index.do, abgerufen am 14.05.09 und „Raiffeisen gewährt Deripaska bei Strabag Zwischenfinanzierung“, <http://de.reuters.com/article/deEuroRpt/idDELR55755520090427>, abgerufen am 17.05.09.

⁷⁵ Die Nowaja Gaseta gilt als kritisch zum Kreml eingestellt, für sie arbeitete auch die sehr bekannte und 2006 ermordete Journalistin Anna Politkowskaja sowie der ebenfalls ermordete Menschenrechtsanwalt Stanislaw Markelow bzw. die Journalistin Anastasija Baburowa.

⁷⁶ Siehe hierzu auch: „Medwedew distanziert sich in weiten Teilen von Putins Politik“, <http://www.welt.de/die-welt/article3563516/Medwedjew-distanziert-sich-in-weiten-Teilen-von-Putins-Politik.html>, abgerufen am 16.05.09 und „Präsident von Russland wirbt in

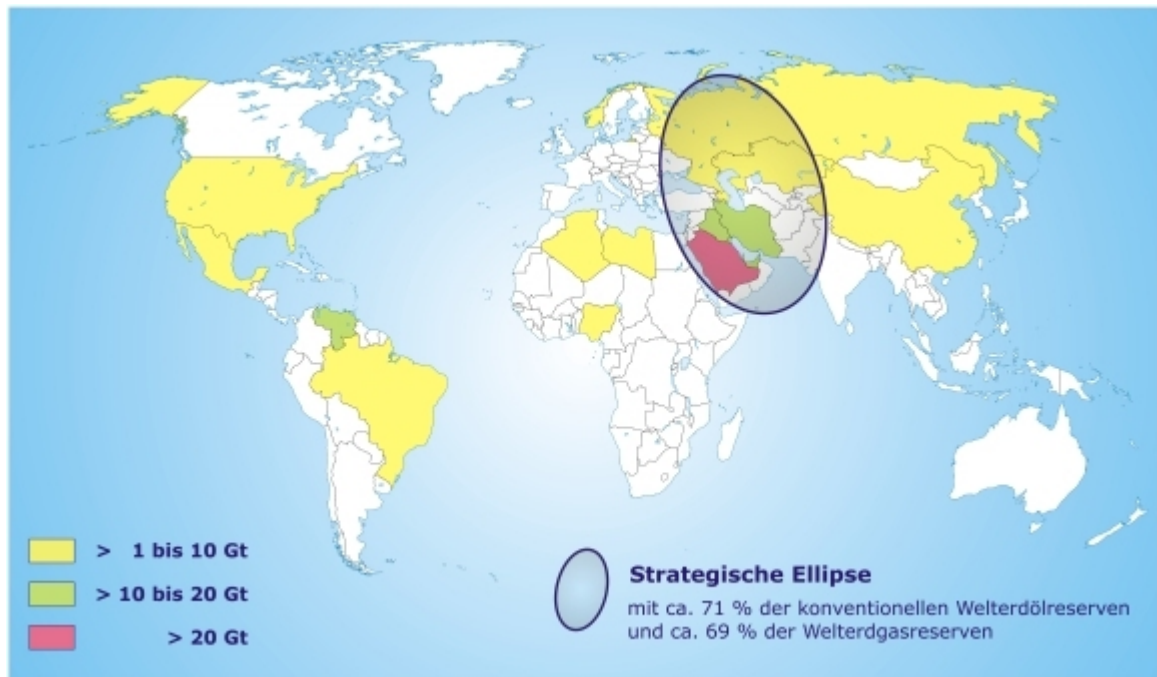
Dass Medwedew ein Interview an ein regimekritisches Printmedium gegeben hat ist grundsätzlich bemerkenswert. Inwieweit dadurch ein Abweichen von der Linie des „Systems Putin“ herausgelesen werden kann, ist ebenfalls schwierig. Fakt ist, dass richtige Taten von Seiten des Präsidenten, welche einen gewichtigen Dissens und das „System“ richtig herausgefordert hätten, noch nicht erfolgt sind. Also entsteht beim nochmaligen Hinschauen der Anschein, als ob die Beziehung zwischen Präsident und Ministerpräsident nicht Übermaßen belastet ist. Daraus ist der Schluss im Sinne von Siegert zulässig, „als ob Präsident und Regierung hoffen, dass das Geld ausreicht, bis der Ölpreis wieder steigt“ (SIEGERT 2009, S. 30).

Russische Außen- und Sicherheitspolitik ist stark geprägt von Empfindungen auch in Zusammenhang mit Ängsten. Hinsichtlich Empfindungen sieht sich das seit der Machtübernahme von Präsident Putin erstarkte Russland wieder als ernstzunehmender Mitspieler im Reigen der wichtigen, weltpolitisch relevanten Akteure. Es sieht aber auch, dass die beanspruchte Rolle von außen nicht so gesehen wird und in diesem Zusammenhang vermisst Russland auch die entsprechende Akzeptanz. Russlands Hauptbezug in außenpolitischem Agieren waren und sind die USA. Russland multipolare Ausrichtung setzt auf mehrere Pole als Gegengewicht zum unipolaren Agieren des noch immer dominierenden globalen Akteurs USA. Russland empfängt aber auch klare Signale, dass es in der außenpolitischen Prioritätenliste der USA nicht die gleiche Hinwendung erhält. Ein umfassendes Anliegen der Russischen Föderation ist die Einflussnahme bzw. letztendlich Beherrschung des so genannten „Nahen Auslands“. Hier sieht es sich in einer privilegierten Position und will Entwicklungen im Zusammenhang mit Teilen der US- strategischen Raketenabwehr bis hin zur Hintanhaltung farbiger Revolutionen zumindest beeinflussen können. Trotz der Vorkommnisse mit der Ukraine und Belarus im Zusammenhang mit Energietransit will sich Russland als verlässlicher Faktor dahingehend präsentieren. Zielgebiet dieser Darstellung ist die Europäische Union und in diesem Zusammenhang ordnet und beeinflusst bzw. instrumentalisiert Russland seine Energieaußenpolitik im gesamten postsowjetischen Raum und darüber hinaus.

5 Energiekooperationen

5.1 Ausgangssituation

Die Russische Föderation ist gegenwärtig global der mit Abstand größte Exporteur von Erdgas und liefert sich mit Saudi Arabien ein enges Rennen hinsichtlich der größten Ölförder- und Exportquoten.



77

Für die zukünftige Erdöl- und Erdgasversorgung der Europäischen Union wird die so genannte Strategische Ellipse eine dominante Rolle spielen. Sie inkludiert u.a. Lagerstätten in Westsibirien, die Kaspische Region, die Länder Zentralasiens und den Persischen Golf. Die EU befindet sich damit in einer vorteilhaften Situation, da etwa 80% der Weltreserven in einem Umkreis von ca. 5000 Kilometern.

Ebenfalls mit dieser Ausgangssituation nimmt Russland einen konstanten Platz in den weltweit präsenten Energiemärkten ein (ENGERER 2008, S. 111). Für die Europäische Union als Konsument bzw. Hauptabnehmer und bedeutendster Wirtschaftspartner Russlands erscheint es trotz all seiner Diversifizierungsbemühungen von immenser Bedeutung, inwieweit sich Russland als verlässlicher Partner weiterhin bewährt (Energiesicherheit) und wie sich die

⁷⁷ http://www.bgr.bund.de/cln_011/nn_331182/DE/Themen/Energie/Bilder/Ene__Erdoel__allg__BILD2__g.html, abgerufen am 18.01.08.

Reserven- bzw. Ressourcenlage⁷⁸ in Russland langfristig betrachtet darstellt⁷⁹. Hier steht die EU sozusagen in einem „Konkurrenzkampf“ mit den stark wachsenden Volkswirtschaften Asiens wie China, Indien aber auch Südkorea. Nicht nur bei diesen Ländern wird der Energieimportbedarf steigen, auch bei der EU selbst wird der Verbrauch weiter steigen. Russland selbst wird in der Zukunft auch bemüht sein, auch diese Länder im Rahmen der eigenen Energieexportdiversifizierungsmaßnahmen beliefern zu können, auch wenn die Masse der Pipelinerouten bzw. Pipelineplanungen von Russland aus Richtung Westen führen. „Über 62% der Güterexporte wurden 2007 durch Exporte von Mineralöl und Erdgas erwirtschaftet“ (ENGERER 2008, S. 111). Solange russische Ansätze/Reformen zur Verbreiterung der Wirtschaftssegmente (Dienstleistung etc.) nicht greifen und nur bedingt zum Exportvolumen beitragen, so lange wird der Bedarf des Energieexports für Russland mit all den Konsequenzen auch für das „System Putin“ gegeben sein, sozusagen wovon sonst sollte Russland seine Einkünfte bestreiten? Hinsichtlich russischer Exportstrategien orientiert sich Russland an den vorhandenen Energieträgerreserven, wo Erdgas im Vergleich zu Erdöl aber auch Kohle überdimensional vorhanden sind⁸⁰. Somit wird bei Erdöl versucht, kurz- bis mittelfristig hohe Erlöse zu erzielen, wo die gegenwärtige Preisgestaltung russische Intentionen nicht in vollem Umfang unterstützt. Bei Erdgas versucht man, besonders im EU- Raum Verbraucher langfristig im Rahmen von Vertragswerken an sich zu binden, um wettbewerbsfähig zu bleiben, d.h. um die eigene Position gegenüber Konkurrenten zu behaupten. Die EU selbst wird langfristig als lukrativer Absatzmarkt für Russland eine Rolle spielen⁸¹, die angekündigten Pläne hinsichtlich Pipelineführungen zur Befriedigung des asiatischen Marktes sind in Sachen

⁷⁸ „Als Reserven gelten die bekannten, mit heutiger Technik wirtschaftlich abbaubaren Vorkommen, während als Ressourcen die mit zukünftiger Technik- ungeachtet der Wirtschaftlichkeit- vermutlich abbaubaren Vorkommen bezeichnet werden. Die (rechnerische) Reichweite der mit heutigem Stand der Technik wirtschaftlich abbaubaren Vorkommen wird als Verhältnis von Reserven zu Produktion berechnet“ (ENGERER 2008, S. 115).

⁷⁹ In diese Problematik spielt auch hinein, dass Russland quasi für sich selbst ein Großabnehmer ist und die Versorgungssicherheit für die eigenen Unternehmen sichergestellt werden muss. Die Energieeffizienz russischer Verbraucher bewegt sich auf einem sehr niedrigem Niveau, was zu vermehrten Eigenvereinnahmung führt und dies letztlich für den Export, für besseres Geld, fehlt, da russische Unternehmen noch immer sehr viel bessere Preise bekommen und auch dies einer jener Gründe ist, warum Russland bezüglich der WTO- Beitrittsverhandlungen angewiesen ist zu taktieren und den Beitritt letztendlich zu verzögern.

⁸⁰ Bei Erdgas ist Russland hinsichtlich Reserven- aber auch Ressourcenlage global führend. Lediglich bei den Reserven an Erdöl dürften die Grenzen absehbar sein.

Umsetzung noch vage, noch dazu wo zentralasiatische Staaten ebenfalls in diesen Markt hineindrängen, um sich auch aus der russischen Energiedominanz emanzipieren zu können.

5.2 So genannte Abhängigkeiten und damit verbundene Problematiken

5.2.1 Energiepolitische Verwundbarkeit/Abhängigkeit der EU?

Die fossilen Ressourcen auf unserer Erde laufen aus. Besonders asiatische Länder wie China und Indien beanspruchen diese vermehrt. Die EU wird zukünftig mehr verbrauchen, mehr importieren müssen und somit wird die Importabhängigkeit von Russland steigen, da die EU- Eigenförderung auch abnehmen wird. „Russland ist ein unzuverlässiger Energielieferant, weil seine Energieexporte wegen unzureichender Investitionen in die Öl- und Gasfelder langfristig nicht gesichert sind und der Kreml Energie als politische Waffe benutzte und auch in Zukunft einsetzen könnte“ (GÖTZ 2009, S. 3). Aus dieser, immer wiederkehrenden „Faktenlage“ ergeht das Bild, dass die EU im hohen Maße verwundbar ist. Hier ist dagegenzuhalten, dass Europa noch immer über genügend eigene fossile Reserven, abgesehen von der Ressourcenlage, verfügt. Darüber hinaus ist auch die Ernsthaftigkeit, mit der Diversifizierungsmaßnahmen (erneuerbare Energien) angegangen werden, zu berücksichtigen. Gerade im Jänner 2009 haben die EU aber auch große Mitgliedstaaten wie Deutschland aufgrund ihres hohen Kaufkraftpotentials schnell reagieren und die vorhandenen breiten Importmöglichkeiten nutzen können (in diesem Fall wurde LNG- Gas aus Norwegen bezogen, was zu dieser Zeit auch noch preislich günstiger gewesen ist als der mit Russland vereinbarte Gaspreis). In diesem Zusammenhang wird eine große Herausforderung für die politische Führung der Europäischen Union sein, das doch vorhandene Bedrohungsempfinden dahingehend zu nutzen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien unterstützend vorangetrieben wird. Das wäre deren Beitrag zu einer nachhaltigen Energiesicherung, die Versorgung mit Primärenergieträgern wird auch in Zukunft der doch gut funktionierende Energiemarkt besorgen, zumindest in der EU wird noch immer

⁸¹ Sowohl die Internationale Energieagentur IAEA als auch die Europäische Kommission sehen einen Anstieg im Energieverbrauch von 2005 bis 2030 um 55%. Das Wachstum ist regional verschieden, für die EU gilt ein Wert von um die 20% (ENGERER 2008, S. 112).

angewandte Energiepolitik von den Konzernen betrieben und dahinter stehen massive finanzielle Interessen! Trotz all dieser Bemühungen bzw. auch der auffälligen Versäumnisse wird Russland ein wichtiger Energiepartner für die EU bleiben. Russland und respektive Gazprom werden versuchen, die Beteiligungen auf dem EU- Gasmarkt im Sinne der langfristigen Planungen und Strategien zu erhöhen. Von einseitigen Abhängigkeiten zu sprechen, wäre in diesem Zusammenhang schwer zu belegen. Besonders für Russland wird der Druck, in Förder- bzw. Pipelineinfrastruktur zu investieren, höher werden und gewaltige finanzielle Investitionen verlangen. Ausländische Beteiligungen erreichen aus Gründen staatlicher Lenkungsmaßnahmen aber auch noch fehlender positiver Rahmenbedingungen noch nicht das notwendige Ausmaß. Für die Erreichung russischer Ziele und besonders zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit werden Verbesserungen des Klimas für Investitionen besonders notwendig sein. „Die EU insgesamt, aber auch die großen europäischen Gaskonsumenten Deutschland und Italien sind auf dem Energiegebiet Russlands (sowie Algeriens) größte Kunden, und Russland ist für sie (zusammen mit Norwegen und Algerien) der größte Energieträgerlieferant, was alle Beteiligten ökonomisch aneinander bindet“ (GÖTZ 2009, S. 8). Diese Bindung erlaubt zwar kurzfristige „Scheingefechte“ (Staaten, welche weder als Hauptabnehmer noch als Transitländer für Russland interessant erscheinen, kommen in diesem Zusammenhang immer wieder ins Gespräch), weder Russland noch Gazprom können es sich jedoch erlauben, die bindende Vertragslage aufgrund riskanter Abenteuer und zukünftiger Alternativen zu Russland (LNG-Kapazitäten aus Asien bzw. Afrika) in Frage zu stellen. Darüber hinaus hat Russland dazugelernt und versucht dort, wo Probleme entstehen könnten, gezielt die EU als Vermittler oder finanzieller Unterstützer ins Boot zu holen⁸² und die so genannten Opfer, im speziellen Fall die Ukraine, kaum aufkommen zu lassen.

⁸² Siehe hierzu auch „Russland bittet EU um Hilfe zur Vermeidung von Gaskrise“, in russland.RU- die Internetzeitung vom 14.11.09, <http://www.russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=21908>, abgerufen am 15.11.09.

5.2.2 Gazprom und russische Energiepolitik

Gazprom als Russlands größter Gasexporteur, sein Vorstandsvorsitzender Alexej Miller, dessen unmittelbare Nähe zum russischen Ministerpräsidenten und die Frage, dominiert die russische Politik den Konzern oder treiben Konzerninteressen die russischen politischen Verantwortlichen, werden immer wieder in Verbindung mit europäischer Energiesicherheit genannt. Auch der Vorwurf, dass der Konzern zuungunsten von Erschließungen vermehrt in ausländische Beteiligungen investiert, kommt immer wieder⁸³.

Hinsichtlich internationaler Regulation auf dem Energiemarkt wird der Energiechartavertrag bemüht, den Russland 1994 unterschrieben aber nicht ratifiziert hat. Besonders Gazprom als international agierender Konzern will die Transitprotokolle im Rahmen der Charta nicht akzeptieren, weil besonders die zentralasiatischen Staaten dadurch leichter durch das russische Pipelinennetz liefern könnten. Russland befindet sich hinsichtlich Ratifizierung in guter Gesellschaft mit Norwegen bzw. Australien und auch den USA, welche den Vertrag nicht unterzeichnet haben (GÖTZ 2009, S. 15). Russland steht somit nicht unter Zugzwang und kann seine Exklusivrechte hinsichtlich Pipelinehoheit im Anlassfall ausspielen. Darüber hinaus hat es seine Verpflichtungen, welche nur ansatzweise wahrgenommen worden sind, mit Wirkung von 30.07.09 aufgekündigt⁸⁴.

Gazprom selbst erreichte unter Präsident Putin seine jetzige Größe und ist noch immer Paradeunternehmen der Russischen Föderation⁸⁵. Der Spiegel bezeichnet den Konzern in seinem Artikel als „Putins beste Waffe“, er wird vom russischen Staat mit 50% plus eine Aktie kontrolliert. Die Börsenkapitalisierung hat vor der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Dimension von etwa 290 Milliarden Dollar betragen. Das Kerngeschäft des Unternehmens ist Erdgas, weiters Beteiligungen an Erdöl-, Kohle- und Stromförderergesellschaften im russischen Inland sowie umfassende vielfältige Beteiligungen im Ausland (u.a. weit gestreut in Deutschland). Darüber hinaus kontrolliert Gazprom- Media russische Printmedien (Iswestija, Echo Moskwj, etc.) und TV- und Radiosender bzw. ist beteiligt an Baugesellschaften, Fußballclubs,

⁸³ Hiezu ist anzumerken, dass Gazprom ab 2010 die Förderung auf der Jamal- Halbinsel, in der Barent- See und in Ostsibirien vorantreiben will. Das Stokman- Feld soll mittelfristig dazukommen. Langfristig sollen Vorkommen im Nördlichen Eismeer erschlossen werden.

⁸⁴ Siehe hiezu auch (PRITZKOW 2009, S. 17)

⁸⁵ Siehe hiezu auch „Der Konzern des Zaren“, in: Der Spiegel 10/2007.

Banken und Investmentgesellschaften. Der jetzige russische Präsident war Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom, der jetzige Vorstandsvorsitzende Alexej Miller unterhält zum gegenwärtigen russischen Ministerpräsidenten Putin ein Verhältnis, wo „zwischen Putin und Miller nicht einmal ein Blatt Papier passt“! Der Konzern steht somit westlichen „Multis“ hinsichtlich Konzernpolitik bzw. Unternehmensphilosophie um nichts nach. Gazprom wird bei den von Ministerpräsident Putin vorangetriebenen Projekte im Rahmen der Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 eine Schlüsselrolle spielen und Putin bezüglich der Umsetzung des zur „Chefsache“ erklärten Projekts tatkräftig unterstützen.

5.2.3 Der Einsatz von Primärenergieträgern als „politische Waffe“?

Die immer wiederkehrenden Behauptungen, dass Russland seine Unternehmen für außenpolitische Aktivitäten bzw. Interessensdurchsetzungen benutzt bzw. russische Aktivitäten hinsichtlich Generierung einer Gas- OPEC im Verbund mit den Ländern Katar, Iran und Algerien stehen hier im Vordergrund. Gegenseitige Abhängigkeiten prägen in Russland wie auch anderswo, z.B. in den USA, Konzerninteressen mit politischen Zielsetzungen. Dabei werden oft banale wirtschaftliche Interessen vernachlässigt. Dies gelingt in einem hochsensiblen Raum wie dem „Nahen Ausland“ Russlands besonders gut, wo doch das Beziehungsklima besonders durch negativ belegte historische Erfahrungen geprägt ist. Trotzdem denke ich, dass wirtschaftliche Überlegungen auch bei russischen Unternehmen im Vordergrund stehen und Aktionen wie im Jänner 2009 (Gasdisput mit der Ukraine, wo auch die EU betroffen war) sehr gut abgewogen werden und damit eingefahrene finanzielle Verluste zugunsten der beabsichtigten Disziplinierungsmaßnahmen sozusagen als „politisches Geschäft“ (GÖTZ 2009, S. 9) bewusst in Kauf genommen werden.

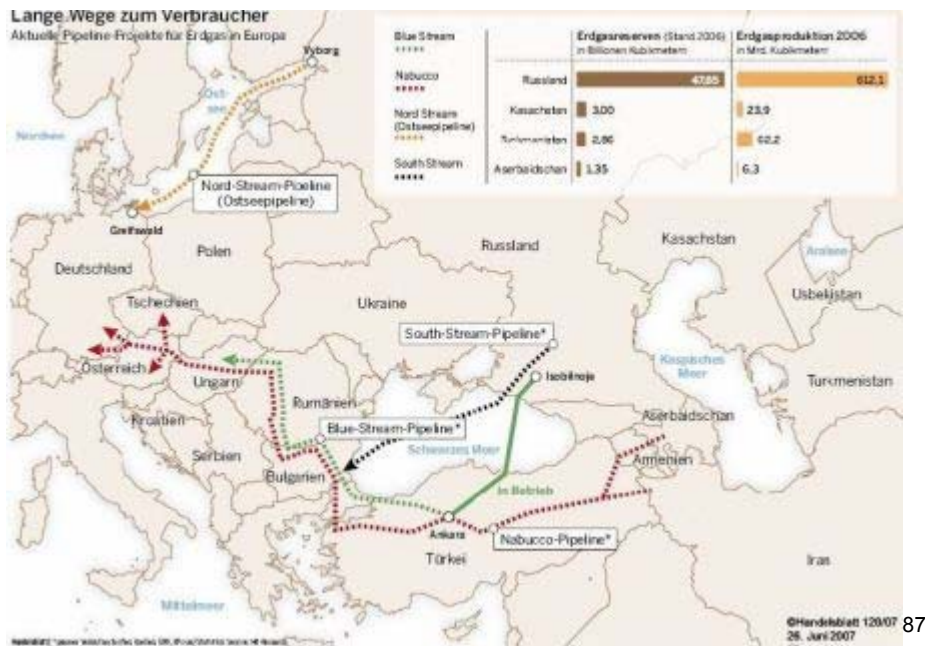
Dem Thema Gas- Kartell und Errichtung einer OPEC- ähnlichen Struktur stehen reale Gegebenheiten wie langfristige Lieferverträge der Konzerne mit den Verbrauchern, was in dieser Branche Usus ist, entgegen. Dass von russischer Seite solche Gerüchte auch ausgestreut werden, fällt unter, wie beim Militär verwendet, psychologische Kriegsführung und dient hauptsächlich der bewussten Verunsicherung jener Kreise, welche sich an kurzfristig angelegten Schlagzeilenaufhängern zulasten der Beobachtungen mittel- bis langfristiger Entwicklungen orientieren. Und genau dazu gehören die Umsetzung von strategischen Pipelineprojekten, welche einerseits von Russland mit EU- Ländern

bilateral initiiert und teilweise mittlerweile von der EU begrüßt worden sind bzw. gefördert werden bzw. von der EU zum Zwecke der Minimierung von russischen Importen ins Leben gerufen worden sind⁸⁶.

Die wichtigsten Pipelineprojekte sind:

- „Nord Stream“ wird von Gazprom mit deutschen und anderen europäischen Partnern (u.a. Frankreich) gebaut und hat schon sehr konkrete Formen angenommen. Die Trassenführung geht von Wyborg durch die Ostsee nach Greifswald. Die Kapazität soll bei 27,5 Mia. Kubikmeter pro Jahr liegen.
- „South Stream“ wird von Gazprom mit dem italienischen Energiekonzern ENI entwickelt. Die Trassenführung soll von Beregowaja in Russland durch das Schwarze Meer bis nach Italien führen, wobei Abzweiger auch nach Österreich bzw. Griechenland möglich sein sollen (generell umfassende Entwicklungsmöglichkeiten). Die Pipelinekapazität soll beginnend bei 31 Mia. Kubikmetern pro Jahr liegen, eine umfassende Ausweitung wird angestrebt. Von Beregowaja verläuft bereits die Blue Stream- Pipeline in die Türkei.
- „Nabucco“ wird unter österreichischem Konsortiumsvorsitz vorangetrieben. Unter Umgehung von Russland soll Erdgas aus der Kaspischen Region (Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan, Iran als mögliche Zulieferländer) über die Türkei nach Österreich (Baumgarten) gebracht werden. Die jährliche Kapazität ist mit etwa 30 Mia. Kubikmeter angesetzt.

⁸⁶ Siehe hierzu auch „Nabucco- Pipeline erhält herben Dämpfer“, in Neue Zürcher Zeitung online vom 06.08.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/russland_tuerkei_nabucco_south_stream_eu_1.3289353.html, abgerufen am 09.09.09.



Besonders Nabucco wird immer wieder als Diversifizierungsmaßnahme gebraucht bzw. missbraucht. In diesem Zusammenhang ist zu hinterfragen, wie es um die Liefersicherheit neuer Anbieter generell steht. Aserbaidschan könnte sich mit beschränktem eigenen Vorkommen aber hinsichtlich Transitwichtigkeit noch mehr von EU- Integrationsvorhaben wie Europäische Nachbarschaftspolitik bzw. Östliche Partnerschaft wegbewegen und trotzdem EU- Aufmerksamkeit einfordern. Von den Regimes in Kasachstan und Turkmenistan, sich unter permanenten dominanten russischen Einfluss befindend und auch im Fokus chinesischer Energiefirmen liegend, aber auch des Iran wird eine gehaltvolle Energiekooperation im Einklang mit europäischen Wertvorstellungen schwierig sein. Somit kann die über lange Jahre ausgeprägte russische Verlässlichkeit nicht gänzlich weggeredet werden und solange Nord Stream und South Stream nicht gebaut sind, ist wegen der immer wiederkehrenden Probleme mit der wirtschaftlich schwachen Ukraine aber auch mit Belarus mit kurzfristigen Unterbrechungen der Lieferungen zu rechnen. Frühzeitiges Intervenieren der EU aber auch eingeschränkt von russischer Seite aus kann durchaus kalmierend wirken. Ein Zusammenspiel der beiden Akteure dahingehend wäre ideal.

⁸⁷ <http://www.robertamsterdam.com/deutsch/Neues%20Bild%2045%20.jpg>, abgerufen am 23.01.09.

5.3 Folgerungen

Es erscheint auffällig, dass oft versucht wird, ein fehlendes konzertiertes Vorgehen im Rahmen einer nur schwach, wenn überhaupt, ausgeprägten EU-Energieaußenpolitik durch geschürtes Misstrauen hinsichtlich Verlässlichkeit der Russischen Föderation zu überdecken. Die oft kolportierte hohe Gasabhängigkeit erscheint bei näherer Untersuchung schwer haltbar und somit sind Absichten zur Verringerung des russischen Einflusses zwar legitim, jedoch nur dann, wenn glaubhafte, preisgünstige und langfristige Alternativen gefunden werden können. Ein nicht immer zielorientiertes „Herumstochern“ in Russlands „Nahem Ausland“ ist im Sinnen des Ganzen kontraproduktiv und erzeugt letztendlich eine Situation des Misstrauens, was sich wieder auf die Ausarbeitung eines gehaltvollen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auswirkt. Die EU sollte einen ernsthaften gehaltvollen Ansatz bei den Energiebeziehungen mit Russland wählen, der Spagat zwischen Verstärkung bzw. Reduktion der Kooperation mündet in eine Art der Unglaubwürdigkeit, welche auch nicht durch die unterschiedlichen Positionen der Mitglieder eingeschränkt werden kann.

6 Europäische Union und ihre Außenpolitik- eine Annäherung unter besonderer Berücksichtigung Russlands

6.1 Allgemeine Bemerkungen

Nach langer Taktiererei, Zögern und heftigem Widerstand hat der tschechische Präsident Vaclav Klaus den EU- Reformvertrag in Verbindung mit heftiger Kritik an den tschechischen Verfassungsrichtern am 03.11.09 unterschrieben. In diesem Zusammenhang folgte Tschechiens Ministerpräsident Fischer im Gegensatz zu seinem Präsidenten durchaus euphorisch, dass der Weg für die Ratifizierung jetzt frei sei und der gegenwärtige EU- Ratsvorsitzende Reinfeldt erklärte die Kandidatensuche für die Ämter eines EU- Präsidenten und Außenministers der EU für eröffnet⁸⁸. Dies passt zum gegenwärtigen Gesamtbild, in dem sich auch das Postenkarussell um die zu besetzenden Kommissare ebenfalls dreht. Ein EU-

⁸⁸ Siehe hierzu auch „Klaus macht Weg frei für die neue EU“, in: Der Standard vom 04.11.09, S. 4.

Sondergipfel am 12. 11. 09 soll hinsichtlich der zu besetzenden Posten Entscheidungen bringen.

Ob EU- Grundlagenvertrag oder Reformvertrag bzw. Vertrag von Lissabon, die nunmehr erfolgte Einigung lässt ein Inkrafttreten mit Wirkung vom 01. 12. 09 erwarten. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen neben einer Ausweitung des Prinzips einer qualifizierten Mehrheit, einer Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments auch die Installierung des Postens eines Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Zusammenhang kann die Europäische Union in ihren mannigfaltigen internationalen Beziehungen vor allem eine klarere und eindeutige Position beziehen, was von vorn herein wiederum nicht so klar ist, da die außenpolitischen Interessen der Mitgliedstaaten unangetastet bleiben. Der neue Hohe Vertreter für die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) wird gleichzeitig Stellvertretender Präsident der Europäischen Kommission werden und somit in seiner geballten Kraft die Aufmerksamkeit hinsichtlich Zuständigkeit in Sachen Außenpolitik auf sich ziehen. Seine Position inkludiert einen diplomatischen Stab, besser gesagt einen auswärtigen Dienst auf EU- Ebene. Mit der GASP verbunden ist die ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik), wo ebenfalls mit der Einführung dieser neuen Position des „EU- Außenministers“⁸⁹ Erleichterungen zu erwarten sind, jedoch „der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten“ nicht berührt wird (BENDIEK 2007, S. 3). Die ESVP ist gemäß der ESS⁹⁰ (Europäische Sicherheitsstrategie) ein integraler Bestandteil der GASP. In diesem Zusammenhang sieht sich die EU als Eckpfeiler der Stabilität und des Wohlstandes, welche zu einer globalen und regionalen Stärkung des Friedens erfolgreich beiträgt. Globale

⁸⁹ Die Bezeichnung europäischer Außenminister wurde deswegen nicht gewählt, weil mit diesem Begriff Vorbehalte hinsichtlich Souveränitätsverluste verbunden sind. Inwieweit der neue auswärtige Dienst wirklich klar dem Hohen Repräsentanten für die Außen- und Sicherheitspolitik zugeordnet wird, bleibt abzuwarten. In dieser Angelegenheit könnte es zu Kompetenzproblemen zwischen dem Rat der EU und der Europäischen Kommission kommen (BENDIEK 2007, S. 2, 3).

⁹⁰ Siehe hierzu auch „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, abgerufen am 04. 10. 09 und Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie, Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel, http://docs.google.com/gview?a=v&q=cache:Tpw7o-lu788J:www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/reports/104634.pdf+sieht+sich+die+EU+als+ein+Anker+der+Stabilit%C3%A4t+und+des+Wohlstandes,+der+zu+einer+globalen+und+regionalen+St%C3%A4rkung+des+Friedens+erfolgreich+beitr%C3%A4gt&hl=de&gl=at&pId=bl&srcid=ADGEESiEBZF67rw19sPIR6ZG-Bq47pgYY32-Rjvn_Ksn580qmq7AH2TRREbzMJemndMQjBaOkqNM3g_66wYqwdHbTEfgL-1qhdBrm0npteoDjjK3ykM3nsscvbpxAUMbrmnXtFEW-Azl&sig=AFQjCNHK9IEuR7VxfrikLIhblXvsevG2ow, abgerufen am 04. 10. 09.

Herausforderungen und Hauptbedrohungen werden breit erfasst, u.a. gehören Bedrohungen resultierend aus Terrorismus und Organisierter Kriminalität aber auch Sicherheit der Energieversorgung dazu. Daraus abgeleitet müssen „Schaffung von Stabilität innerhalb und außerhalb von Europa“ mit Priorität, unter Berücksichtigung der Europäischen Nachbarschaftspolitik- ENP aber auch der „frozen conflicts“ an der Peripherie, u.a in Georgien, Moldau aber auch der Ukraine, verfolgt werden. In diesem Zusammenhang ist ein größeres Engagement gegenüber den Nachbarn der EU erwünscht, was wiederum einen Niederschlag in der Schaffung des Instruments der „Östlichen Partnerschaft“ gefunden hat.

6.2 Außenpolitische Ansätze der Europäischen Union

Die EU verfolgt ihre außenpolitischen Interessen „vorrangig im Rahmen von interregionalen Beziehungen und so genannten „Strategischen Partnerschaften“ mit wichtigen Drittländern“ (BENDIEK, KRAMER 2009, S. 7). Darüber hinaus sind EU-Interessen orientiert am Zustandekommen einer internationalen Ordnung, welche in ihrer Orientierung einen starken multilateralen Anstrich, quasi als eine Art Orientierung, hat. Die EU leidet nach wie vor unter der oftmals zu Recht ergehenden Einschätzung, dass die (außen)politische Handlungsfreiheit sehr oft hinter der wirtschaftlichen Dimension stark nachhängt und mit dem noch nicht fertigen „Staatsbild“ (Nationalstaat, Organisation etc.) zu tun hat. Die EU verfolgt auch außenpolitische Zielsetzungen in ausformulierten Strategieansätzen, die Praxis zeigt jedoch ein Manko hinsichtlich klarer Zielverfolgung und auch hinsichtlich einem wirklich gehaltvollen Vorgehen, oft verwässert durch eine unklare Prioritätenlage, welche durch die regelmäßig durchgeführten Wechsel der EU- Präsidentschaft sehr unterstützt wird. Die Strategien der EU sind „auf sehr strategische Ziele ausgerichtet wie Frieden und eine auf demokratische Grundwerte gestützte Stabilität, einen auf nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gegründeten Wohlstand und die internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen“ (BENDIEK, KRAMER 2009, S. 10). Die oft sehr unterschiedliche Interessenslage der bei der Umsetzung der Strategien beteiligten Partner haben ihre Auswirkungen bei der Durchführung. Der Umsetzungsprozess wird auch durch die verschiedensten EU-Institutionen bzw. nationale Interessen von EU- Mitgliedstaaten erschwert. Hier ändert auch das seit der Einführung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)

2003 Instrument der strategischen Partnerschaften kaum etwas. Strategische Partnerschaften sind nicht nur von der EU ausgehend, auch die Russische Föderation wie auch andere Akteure, welche für sich in Anspruch nehmen, weltweit zu agieren, beüben dieses Instrument im Rahmen der Internationalen Beziehungen und der politischen Dialoge. Es verwundert somit nicht, dass ein damit verbundener gewachsener inflationärer Charakter einen negativen Beigeschmack innehat.

Dahingehend muss erwähnt werden, dass die verschiedensten EU- Akteure bzw. Institutionsebenen ihren gewollten bzw. ungewollten Beitrag zur GASP leisten. Hier spielt das unmittelbare Umfeld um den Rat der EU eine Rolle, welche die laufenden Sitzungen bzw. Tagungen vorbereitet. Nationale Außenministerien aber auch die „Policy Unit“, welche dem Hohen Repräsentanten für die GASP direkt zuarbeitet und dem Ratssekretariat untersteht, spielen ihre spezifische Rolle. Dahingehend sind auch „Gremien auf Botschafterebene“, wie der Ausschuss der Ständigen Vertreter und das Sicherheitspolitische Komitee (PSK, als Schlüsselinstrument der ESVP) mit einhergehenden Arbeitsgruppen aber auch die nationalstaatlich agierenden ständigen Vertreter im Diplomatenstatus in Brüssel selbst anzuführen (LIEB, ONDARZA 2007, S. 2).

Die Betrachtung der GASP von Außenstehenden Akteuren hat verschiedenste Facetten. Hier wird die EU auch als „Zivilmacht“ empfunden, wo der Union bewusst unterstellt wird, auf „Methoden klassischer Machtpolitik“ zu verzichten (BENDIEK, KRAMER 2009, S. 17). Dem steht auch der Einsatz von Truppen im Rahmen von ESVP- Missionen nichts im Wege, weil diese im Rahmen von Bemühungen um den Frieden bzw. der Konfliktstabilisierung eingesetzt sind, was sich von Anlassfall zu Anlassfall bis hinunter zum Einsatz von Beobachtern reduzieren kann, was auch oft mit der Schwäche der EU als Akteur selbst zu tun hat. In der Regel versucht die EU doch, ihre Werte in Form von Normen, Regeln und auch Grundlagen in die Regionen jenseits der EU- Grenzen zu projizieren, was schon wieder mit Abstand zum Begriff Zivilmacht passiert, weil hier doch die Verfolgung von definierten Interessen zu orten ist. Dies kann bis zum Versuch der Durchsetzung eines stabilen Umfeldes gehen, wo die EU, auch unter der Ausnutzung der regionalen Nähe und auch von Abhängigkeiten unter Anwendung ihrer politischen bzw. wirtschaftlichen Interessen versucht, machtvoll aufzutreten. Die Anwendung von Konditionen wie auch diplomatisches Agieren bzw. auch die bewusste Inkaufnahme von Kompromisslösungen unterstreicht den Willen zur Durchsetzung der eigenen

Interessen. Trotz der sich nun bildenden Möglichkeit zur Implementierung des „Vertrages von Lissabon“ sozusagen als Kompromisslösung der EU-27 sind durchschlagende Erfolge im Rahmen der GASP nicht erwartbar. Gerade im Bereich der GASP sind Mehrheitsentscheidungen „als Regelfall“ nicht vorgesehen (BENDIEK 2008, S. 1). Im Zusammenspiel mit diesem Faktum sind die Unterschiede in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der neuen Mitglieder und derer der Alten differenziert. Zentrale Herausforderungen in diesem Zusammenhang sind der Umgang mit den USA hinsichtlich US- Einfluss im EU- Raum generell, EU- Energiepolitik und Einzelinteressen und in diesem Zusammenhang ergeht die Schlüsselfrage: „Wie geht man generell mit der Russischen Föderation um?“

Trotz aller innerer Spannungen und Problematiken ist das Urteil von Außen nicht unbedingt so scharf angelegt. Hier wird schon konstatiert, dass die EU sozusagen als Minimum die Verankerung von EU- spezifischen Werten und Normen verfolgt und auch als „Regelsetzer“ die Position ausbaut, ohne auf Druckmittel im Rahmen von Streit- und Sicherheitskräften zurückzugreifen (BENDIEK, SCHROEDEL, SIENKNECHT 2009, S. 1) und so anders die Rolle als Großmacht ausbaut. Der EU wird das Potential zugetraut, gleichauf mit den USA und China sich zukünftig die globale Machtverteilung auszumachen. Die EU „besitze sogar das einzigartige Potential, über die Grenzen des europäischen Kontinents hinaus mit friedlichen Mitteln auszugreifen“ (BENDIEK, SCHROEDEL, SIENKNECHT 2009, S. 2) und erfolgreich zu expandieren. Dies setzt zumindest voraus, dass Schritt für Schritt die EU- Peripherie wirtschaftlich (was als besonders anziehend für diese Staaten gilt im Sinne des Zugangs zum Binnenmarkt) und darauf aufgesetzt politisch dominiert wird, was wiederum Konditionalitäten nicht ausschließen soll, weil gerade dies als einzig Erfolg versprechend gilt. Somit wird der von innen oft hinterfragte außenpolitische EU- Ansatz von Außen nicht so gesehen, als wirkliche Herausforderung wird eine Art Zerfallserscheinung angedacht, welche für die EU fatal sein würde (zu viele Mitglieder, keine einheitliche Vorgehensweise in relevanten Entscheidungsfindungen, etc.), von anderen Akteuren mit anderen Ablauf- und Durchsetzungsmöglichkeiten durchaus begrüßt würde.

6.2.1 Folgerungen

„Europäische Außenpolitik ist somit nicht von einer „übergreifenden Strategie angeleitet“ (BENDIEK, KRAMER 2009, S. 16). Sie besteht aus einem Gemisch aus verschiedensten Arten von Interaktionen im Rahmen der GASP wie Kooperationen in den Bereichen von entwicklungstechnischen Maßnahmen, Justiz aber auch Inneres und Sicherheit, wo besonders im Rahmen der zuständigen Einrichtungen in Brüssel oft Kommunikationsverluste bzw. Widersprüche gegeben sind.

Nachhaltige Probleme in der Umsetzung des „Vertrages von Lissabon“, gerade im Bereich der GASP als zentrale Herausforderung und dies ist durchaus erwartbar, würden durchaus Zusammenrottungen von Gruppen innerhalb der EU- 27 begünstigen bzw. provozieren, um eine konzertierte Vorgehensweise zu erreichen, was wiederum eine Art Spaltung im EU- Verbund bewirken würde.

6.3 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)- Exkurs

Die GASP wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992/1993⁹¹ als zweite intergouvernementale Säule der Europäischen Union als Rahmen für außenpolitische (verteidigungspolitische) Aktivitäten/Aktionen geschaffen. Seither tritt die EU als mehr oder weniger ernst genommener (jedoch mit mehr Selbstbewusstsein) internationaler Akteur auf. Das Treffen der EU- Regierungschefs in Pörschach 1998 gilt als informeller Beginn der ESVP, sie wurde offiziell beim Europäischen Rat in Köln 1999 aus der Taufe gehoben⁹². Der EU wurden dabei die notwendigen Mittel aber auch Instrumente für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, welche sich auf die so genannten Petersberg- Aufgaben⁹³ reduzieren, mitgegeben. In den Folgejahren wurden die militärischen und zivilen Komponenten definiert und als durchaus hochgesteckte Ziele gelten die Herstellung

⁹¹ Siehe hierzu auch „Vertrag von Maastricht über die Europäische Union“, http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/treaties_maastricht_de.htm, abgerufen am 04.04.08.

⁹² Siehe hierzu auch „Die Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, <http://www.europa-digital.de/dschungelbuch/polfeld/esvp/entwinkl.shtml>, abgerufen am 06.04.08.

⁹³ Dabei handelt es sich um humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, welche auch friedensschaffende Maßnahmen inkludieren.

der Handlungsfähigkeit der EU, die Konfliktprävention und Krisenbewältigung, das Krisenmanagement mit militärischen und zivilen Mitteln, die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft, die Stärkung internationaler Organisationen sowie die Vertiefung der Integration.

Als besondere Stärke der ESVP gelten der parallele Aufbau militärischer und ziviler Fähigkeiten und das sich daraus ergebende gemeinsame Wirksamwerden im internationalen Krisenmanagement. Als integraler Bestandteil der GASP baut die ESVP auf einem umfassenden Sicherheitsverständnis auf. Im Dunstkreis der ESVP bringen sich das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), der Militärausschuss der Europäischen Union (EUMC), der Militärstab der Europäischen Union⁹⁴ (EUMS) und der Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements in Zusammenarbeit mit anderen Expertengremien ein, bevor Aktivitäten im Rahmen der ESVP dem Ministerrat der EU zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Das „headline Goal 2010“⁹⁵ wurde nach der Fassung von 2003 als Zielkatalog aufgelegt und basiert auf der Weiterentwicklung der sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen, den Erfahrungen von bereits abgeschlossenen bzw. laufender Operationen bzw. Übungen und auf der Europäischen Sicherheitsstrategie. Eine noch immer gewaltige Herausforderung hinsichtlich Ausbau der militärischen Kapazitäten der Union ist die Fähigkeit, maßgeschneiderte Streitkräftepakete mit einem hohen Bereitschaftsgrad entweder als eigenständig operierend oder im Rahmen einer umfassenden Operation zu verlegen bzw. einzusetzen. Verpflichtungen einzelner Unionsmitglieder hinsichtlich Truppengestellungen für die NATO machen die verzerrte Problematik noch komplexer. Mittlerweile ist das Markenzeichen der ESVP das breite Einsatzspektrum an militärischen und zivilen Operationen (Friedenssicherung, Überwachung der Umsetzung von Friedensprozessen, Beratung und Unterstützung im militärischen und polizeilichen Bereich, Unterstützung bei der Grenzüberwachung bzw. im Bereich der Rechtsstaatlichkeit) geworden.

⁹⁴ 2001 und 2002 habe ich im EU- Militärstab in Brüssel gearbeitet und diverse Einweisungen für den Militärausschuss der EU vorbereitet bzw. selbst briefings durchgeführt.

⁹⁵ Siehe hierzu auch „Headline Goal 2010“, <http://docs.google.com/gview?a=v&q=cache:14hq0mzyICkJ:www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/2010%2520Headline%2520Goal.pdf+headline+goal+2010&hl=de&gl=at&pid=bl&srcid=ADGEESiKKrSljTbeDq0av-A4UNUVVw7Hj1r7XemVQbFRrYOUN6XYsEUfnmXFr8TMfMBwk->

6.4 EU- Außenpolitik und die Russische Föderation

EU- Russland- Kooperationsaktivitäten lassen sich an verschiedensten Aktivitäten anbinden, abgesehen davon, dass sie von einem einhergehenden Auf und Ab in den Beziehungen gekennzeichnet sind. Besonders anzuführen ist das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994, welches 1997 ratifiziert worden ist (bilateraler Völkerrechtsvertrag, welcher aus der Sicht der EU alle Vertragsbereiche der EU umfasst (BASTIAN 2006, S. 78)⁹⁶. Darüber hinaus stellt die Schaffung der „Vier gemeinsamen Räume“ 2005⁹⁷ einen international beachteten Erfolg dar. Abgesehen davon gibt es eine Fülle von Grundsatzdokumenten und Strategiepapieren wie die gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland, das Förderprogramm Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States- TACIS, aber auch die Nördliche Dimension⁹⁸ (als so genannter regionaler Kooperationsaspekt), welche auch aus Gründen von Interessen spezifischer Gruppen, anstehender Evaluierung von Bestehendem aber schlicht auch als Reaktion/Gegenstück zum „Papier/der Initiative“ der anderen Seite geschaffen worden sind⁹⁹.

6.4.1 Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)

Das Abkommen regelt die Bereiche Politik, Wirtschaft, Justiz aber auch Kultur auf der von beiden Seiten „geteilten Grundlage von Achtung der Demokratie und der Menschenrechte“ (SCHWABECHER 2007, S. 57). Als Basis für das Zustandekommen einer gehaltvollen Kooperation setze ich einen umfassenden

p5qrLIN28oxbkAR79aYkw8mLU69Cas68Mj6DRd3mv4IPB73PhE7Oezqksjsi36fz15FqoU&sig=AFQjCNGaBoFAmogSnxEaE4rkKf_8__FIJg, abgerufen am 09 09 09.

⁹⁶ Siehe hierzu auch Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm, abgerufen am 01 11 09.

⁹⁷ Siehe hierzu auch „EU- Russland- Gipfel: Vier gemeinsame Räume vereinbart“; <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/eurus/gipfel05.shtml>, abgerufen am 01 11 09.

⁹⁸ „Die finnische Initiative der Nördlichen Dimension ist ein Paradebeispiel für die Konzeption von nationalen Interessen im Rahmen der europäischen Außenpolitik. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, wie es der finnischen Regierung gelungen ist, das Konzept der Nördlichen Dimension auf die Tagesordnung des Europäischen Rates zu bekommen und diese dann als essentiellen Bestandteil der EU- Russlandpolitik zu entwickeln.

⁹⁹ Eine umfassende Darstellung findet sich unter: ADOMEIT, Hannes; LINDNER Rainer: Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU, Wunschbild oder Wirklichkeit?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Studie S 34, November 2005, Berlin.

politischen Dialog als Voraussetzung an, welcher zwar stattfindet¹⁰⁰ und die „EU-Kontakte zu den Vereinigten Staaten“ mittlerweile übertrifft (BASTIAN 2006, S. 78), jedoch sich nur ansatzweise im Lauf der Jahre erfolgreich entwickelt hat¹⁰¹. Beide Akteure haben sich vorsichtig formuliert eher parallel entwickelt und in Wahrheit drücken die bilateralen Beziehungen nicht die Realität aus, wobei generell die Frage im Raum steht, inwieweit und zu welchen Bedingungen ein auf die USA mit Priorität fokussiertes, erstarktes Russland mit der EU gehaltvoll kooperieren will? Starke Konkurrenzen in den Bereichen der Energiekooperation, bei der Einschätzung der (politischen) Entwicklung der Russischen Föderation generell aber auch in der Bewertung Russlands hinsichtlich seines Handelns gegenüber dem „Nahen Ausland“ haben sich herauskristallisiert und fordern generell die Kooperationsrahmenbedingungen heraus.

6.4.2 Die vier „Gemeinsamen Räume“ der EU und Russlands

Sie umfassen die Räume Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; Äußere Sicherheit und Forschung, Bildung und Kultur. Der Initiative kann zugrunde gelegt werden, dass eben das PKA nur ansatzweise funktionierte. Die Ereignisse in der Ukraine 2004 im Rahmen der „farbigen Revolution“ sowie EU- Erweiterung im Zusammenhang mit dem PKA aber auch Russlands eigenständige Interpretation von Demokratie und Menschenrechte erlaubten eine Unterzeichnung des Abkommens erst beim EU- Russland- Gipfel 2005. Das Dokument selbst hat einen unverbindlichen Charakter und lässt Zeiträume zur Erreichung konkreter Ergebnisse bzw. Etappen hinsichtlich Zielerreichung vermissen. Somit kann das Papier lediglich als Willensbekundung zu einer wie auch immer sich entwickelnden Zusammenarbeit interpretiert werden. Strategisches Ziel wäre es, Russland in einem nicht identifizierten Zeitraum an die EU heranzuführen. Die Art, wie sich Russland im „System Putin“ entwickelt, begrenzen jedoch die Möglichkeiten der Europäischen Union. Konkurrenzen und Werteunterschiede sind zu ausgeprägt. Darüber hinaus sind unterschiedliche Interessen der EU- Mitgliedsstaaten dominant.

¹⁰⁰ Siehe hierzu auch eine umfassende Auflistung der Kooperationsmechanismen bzw. Kooperationsebenen unter BASTIAN 2006, S. 84.

¹⁰¹ Zum politischen Dialog gehören auch heikle Fragen wie die Lage in Tschetschenien und im Südkaukasus, aber auch in Pakistan, Afghanistan, Iran etc. wo besonders die Russische Föderation nachhaltige Interessen verfolgt.

6.4.3 Exkurs zur Europäischen Nachbarschaftspolitik- ENP¹⁰²

Die Suche nach Alternativen zur EU-Erweiterung war ausschlaggebend zur Entwicklung der ENP, besonders nach 2004. Aus EU- Sicht richtet sich die Initiative an Partner, welche willens sind, sich demokratischen und rechtsstaatlichen Normen der Union anzunähern. Eine Perspektive zum Unionsbeitritt selbst ist kein Thema und wird um keinen Preis von der EU angestrebt. Die Möglichkeit der Annäherung an den EU-Binnenmarkt und schrittweise an den *acquis communautaire*¹⁰³ sollte als Anreiz gelten, was für Ersteres durchaus nachvollziehbar ist. Letztendlich soll für die EU eine Sphäre der Stabilität in Form von verlässlichen Partnern an der EU-Außengrenze geschaffen werden. Die Initiative richtet sich an Belarus, Ukraine, Republik Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidshan und weiters an die Mittelmeeranrainer, Syrien, Libanon, Israel, Jordanien, Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko und die Palästinensische Autonomiebehörde. Seit Jänner 2007 wurden die Programme TACIS und MEDA zum Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument- ENPI zusammengelegt und soll mehr finanzielle Flexibilität ermöglichen¹⁰⁴. Von 2007 bis 2013 stehen 12 Milliarden € zur Verfügung, was im Vergleich zur „Heranführungshilfe“ für die Beitrittskandidatenländer in Südosteuropa wie Albanien, Bosnien und Herzegowina aber auch Kroatien bescheiden ist aber dennoch einer Erhöhung um 32% entspricht (BENDIEK 2008, S. 7). Weitere Faktoren, welche die ENP- Wirkung als Ganzes eher einschränken sind andere Initiativen, welche sich im Rahmen der ENP ergeben haben und sich ebenfalls um finanzielle Mittel bewerben. Diese sind durch die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 ins Leben gerufene Schwarzmeersynergieinitiative aber auch die durch die französische Ratspräsidentschaft initiierte Mittelmeerunionsinitiative und schließlich auch die Nördliche Dimension. Die Östliche Partnerschaft steht nun als letzte Errungenschaft auch im Raum. Ziel ist es, all diese Initiativen durch ENPI zu

¹⁰² Eine umfassende Darstellung der ENP aus EU- Sicht findet sich auf http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm, abgerufen am 09 08 09.

¹⁰³ Als "*acquis communautaire*" (gemeinschaftlicher Besitzstand bezeichnet man den Gesamtbestand an Rechten und Pflichten, der für die Mitgliedstaaten der EU verbindlich ist. Er besteht aus dem Primärrecht der Verträge, dem Sekundärrecht, den von den EG-Organen erlassenen Rechtsakten, den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Erklärungen, Entschlüssen und bestimmten Abkommen; <http://www.europa-reden.de/info/acquis.htm#1>, abgerufen am 09 08 09.

¹⁰⁴ Siehe dazu „Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung“; http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, abgerufen am 09 08 09.

finanzieren, wobei auch die „Gemeinsamen Räume“ zwischen der Europäischen Union und Russland bereits Mittel von ENPI erhalten (BENDIEK 2008, S. 8). Die verschiedensten Initiativen sind Ausdruck von Teilinteressen bzw. nationalen Interessen der Mitgliedsländer und dokumentieren auch Inkohärenz, was wiederum als Zeichen der Schwäche zu werten ist. Obwohl die sehr breit aufgestellte Europäische Nachbarschaftspolitik immer noch genügend Raum für bilaterale Kontakte bzw. Kooperationen hergeben würde, stehen Erfolg bzw. Misserfolg der ENP im direkten Zusammenhang mit der Bereitschaft der Partner, zu kooperieren bzw. mitzuarbeiten. Besonders die Bereiche Demokratieförderung aber auch Rechtsstaatlichkeit sind dadurch geprägt. Jene Länder, welche im ökonomischen Bereich von der EU abhängig bzw. stark angelehnt sind bzw. in der Union eine sicherheitspolitisch relevante Option für sich sehen, gehen anders mit der europäischen Wertegesellschaft und den daraus abzuleitenden Werten, welche es auch zu vermitteln gilt, um, als jene Länder, welche kaum oder gar keine Abhängigkeiten haben. Hier seien vielleicht Länder wie die Ukraine oder auf der anderen Seite Aserbaidschan bzw. Libyen angeführt. Letztendlich leidet die ENP auch an der sich in Transformation befindenden EU selbst, da die Stellung der EU als geopolitisch ernstzunehmender Akteur nicht immer uneingeschränkt glaubhaft von der EU vermittelt werden kann.

6.4.4 Östliche Partnerschaft- ein neuer EU-Ansatz¹⁰⁵

6.4.4.1 Allgemeines

"Es ist an der Zeit, in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn ein neues Kapitel zu eröffnen", erklärte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner¹⁰⁶. In diesem Sinne stellte die Europäische Kommission die Initiative der Östlichen Partnerschaft am dritten Dezember 2008 vor. Ausgegangen ist diese Initiative von

¹⁰⁵ Siehe hierzu auch "communication from the commission to the european parliament and the council, eastern partnership", http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/com08_823_en.pdf und commission staff working document accompanying the communication from the commission to the european parliament and the council, eastern partnership, http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/sec08_2974_en.pdf, abgerufen am 01 01 09.

¹⁰⁶ „EU bringt Ost- Partnerschaft auf den Weg“, in: russland.RU- die Internetzeitung vom 03 12 08, <http://www.russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=20803>, abgerufen am 01 01 09.

Polen, Schweden sprang auf den Zug ebenfalls mit der Absicht auf, die Aufmerksamkeit der EU verstärkt Richtung Osten zu lenken. Der Europäische Rat vom 19.06.08 hatte die Europäische Kommission aufgefordert, ihm Vorschläge für die Östliche Partnerschaft vorzulegen. Dieser Auftrag erfuhr wiederum eine Bekräftigung vom Europäischen Rat vom 01.09.09. Zweifelsohne war die EU-Vorgehensweise stark unterlegt von den Ereignissen im August 2008 zwischen Russland und Georgien.

Die Östliche Partnerschaft beinhaltet Beziehungen zu sechs osteuropäischen Staaten. Diese sind Belarus, Ukraine, Republik Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan und diese Beziehungen sollen, obwohl auf ihr basierend, weit über die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hinausgehen (STRATENSCHULTE 2009, S. 33). Beim EU-Gipfel am 07.05.09 in Prag wurde die Östliche Partnerschaft vom tschechischen Ministerpräsidenten Topolanek offiziell in die Welt gesetzt¹⁰⁷.

6.4.4.2 Der EU- Ansatz

Im Vorfeld der Östlichen Partnerschaft versuchte die deutsche Ratspräsidentschaft 2006 den östlichen Partnern mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dies erfolgte im Rahmen der Initiative ENP- Plus. Sie war wenig erfolgreich und scheiterte am Widerstand der Mittelmeerstaaten. Eine Konzentration Richtung Osten erfolgte trotzdem im Rahmen des deutschen Vorsitzes mit der Schwarzmeersynergieinitiative und der Zentralasienstrategie (STRATENSCHULTE 2009, S. 31).

Die Östliche Partnerschaft verfolgt eine sehr enge Anbindung der sechs Länder an die Europäische Union, jedoch auch ohne Beitrittsperspektive. Dies geht von einem Freihandelsabkommen im Rahmen einer Wirtschaftsgemeinschaft über regelmäßige Treffen auf verschiedensten Ebenen und zu verschiedensten Themen wie Sicherheitsaspekte und Energieversorgungsfragen bis hin zu einem, aus EU- Sicht, überaus starken finanziellen Engagement der EU.

Der europäische Ansatz zielt auf gängige Interessen der EU wie demokratische Reformen, Energiesicherheit, Annäherung an die WTO und damit verbunden die

¹⁰⁷ Siehe hierzu auch "Die EU lanciert ihre Ost-Partnerschaft, Prager Gipfeltreffen lässt Fragen offen – misstrauisches Russland", in: Neue Zürcher Zeitung online vom 07.05.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/eu_ost-partnerschaft_1.2518292.html, abgerufen am 09.05.09.

Errichtung von Freihandelszonen ab. Generell soll unterm Strich mehr Stabilität für die EU und dessen Nachbarschaft herauskommen.

Die Östliche Partnerschaft ist als Gegenstück zur von Frankreich lancierten Mittelmeerunion zu sehen und beruht auch auf der Einschätzung, dass im Rahmen der ENP Handlungsbedarf besteht¹⁰⁸. Die dafür vorgesehenen Finanzmittel von rund 600 Millionen Euro sind mehr als doppelt so viel als unter der bestehenden ENP¹⁰⁹.

6.4.4.3 Reibungsflächen und russische Reaktionen bzw. Befindlichkeiten

Unterschiedlichste Reaktionen verschiedenster Mitgliedstaaten der Europäischen Union aber auch von einzelnen Partnerschaftsstaaten sind im Laufe des Projektes vorprogrammiert. Der ins Auge gefasste finanzielle Rahmen aber auch die beabsichtigte Öffnung der EU, z.B. im Bereich des Arbeitsmarktes, dürfte im Zuge der Konkretisierung innerhalb der EU für ausreichend Diskussionsstoff sorgen.

Hinsichtlich der Partnerstaaten werden bestehende Reibungsflächen wie der Nagorny- Karabach- Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, auch unter dem Gesichtspunkt der jüngst erfolgten armenisch- türkischen Annäherung¹¹⁰, oder Moldaus spezielles Verhältnis zur Russischen Föderation und damit in Verbindung besonders ablehnende Wortmeldungen von Präsident Woronin, eine Herausforderung sein¹¹¹. Wie letztendlich Russland auf die Initiative defacto reagieren wird, handelt es sich doch wieder einmal um einen Ansatz, welcher ins russische „Nahe Ausland“ zielt, bleibt abzuwarten. Es erscheint fraglich, inwieweit Beteuerungen von Seiten der Europäischen Kommission, dass die Initiative keine neuen Einflussphären bzw. Trennlinien schaffen soll, überzeugen können. Der Einfluss der Initiative auf die laufenden Verhandlungen über eine Neuauflage des in Verlängerung befindlichen Partnerschaftsabkommens ist vorerst noch schwer einzuschätzen, dürfte aber die Konsultationen jedenfalls nicht erleichtern.

¹⁰⁸ Siehe hierzu auch „Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Fortschrittsbericht des Vorsitzes“, http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Juni/0628ENP/ENP-de.pdf, abgerufen am 15 08 09.

¹⁰⁹ ebenda

¹¹⁰ Siehe hierzu auch „Annäherung zwischen Türkei und Armenien wird konkret, Vermittlung der Schweiz- Ziel diplomatische Beziehungen“ in Neue Zürcher Zeitung online vom 31 08 09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/tuerkei_und_armenien_wollen_diplomatische_beziehungen_aufnehmen_1.3460116.html, abgerufen am 01 09 09.

¹¹¹ Siehe hierzu auch „Ost- Partnerschaft ohne Russland“, Zeit online vom 06 05 09, <http://www.zeit.de/online/2009/19/ost-partnerschaft-prag-gipfel>, abgerufen am 03 09 09.

Die angestrebte gehaltvollere Miteinbeziehung von Belarus, anders als in der ENP, erscheint unter der andauernd umstrittenen Herrschaft des belarussischen Präsidenten Lukaschenko nach wie vor schwierig, obwohl Lockerungen gegenüber Belarus im Oktober 2008 erfolgt sind¹¹².

„In der russischen Presse dominiert ebenso wie in offiziellen Statements von Regierungsseite eine negative Linie zur Östlichen Partnerschaft“ (STEWART 2009, S. 2). Mit dieser Grundeinschätzung schwingen vor allem Befürchtungen mit, welche in Richtung Steigerung des Einflusses der EU in der unmittelbaren russischen Nachbarschaft gehen. Schmerzhaft für Russland dürfte auch gewesen sein, dass man Russland wieder einmal nicht in das Vorhaben Östliche Partnerschaft (mit)eingebunden hat und Russland sich ungerecht behandelt fühlt im Sinne nicht auf gleicher Augenhöhe begegnet. Würde Russland der Östlichen Partnerschaft das gleiche Potential wie der ENP unterstellen, wären russische Reaktionen wohl gebremster ausgefallen. Was macht also die russische politische Führung trotzdem und gerade jetzt so nervös?

Die bereitgestellten finanziellen Mittel im Ausmaß von 600 Millionen Euro bis 2013 für die sechs beteiligten Länder sind es nicht, diese sind eher bescheiden ausgefallen. Weitaus wichtiger erscheinen möglicherweise russische Befürchtungen, dass, basierend auf der eigenen Krise im Rahmen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die EU sich als wirtschaftlicher Rettungsanker für die betroffene russische- EU- europäische Peripherie herauskristallisieren und damit eine noch engere Anbindung erfolgen könnte. In diesem Zusammenhang erscheinen auch Aktivitäten zwischen der EU und der Ukraine zur Modernisierung des veralteten ukrainischen Gaspipelinennetzes interessant, schon allein deswegen, weil sie keine russische Beteiligung vorsehen und gerade zum jetzigen Zeitpunkt unter den gegenwärtigen ukrainischen schlechten Wirtschaftsbedingungen konkret werden¹¹³.

Unter dem Deckmantel der EU- ukrainischen Kooperation zur Erneuerung der ukrainischen Gastransitpipelines soll gemäß russischer Interpretation die EU darauf drängen, dass der ukrainische Gasmonopolist Naftogaz Ukrainy in mehrere Bereiche

¹¹² Siehe hierzu auch „EU- Außenminister halten Moskau auf Distanz“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 01.01.09 http://www.nzz.ch/nachrichten/international/eu-aussenminister_halten_moskau_auf_distanz_1.1102850.html, abgerufen am 01.01.09.

¹¹³ Siehe hierzu auch „Russland über die EU verärgert, Gereizte Reaktion auf eine Vereinbarung Brüssels mit Kiew“, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 25.03.09, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/russland_ueber_die_eu_veraergert_1.2254734.html, abgerufen am 27.03.09.

bzw. Geschäftsfelder zerteilt werden und somit die Gesamtkontrolle verlieren soll¹¹⁴. Auffällig ist hier, dass die EU offensichtlich die russische Seite bewusst nicht miteingebunden hatte, besonders Ministerpräsident Putin war über diese Vorgehensweise erzürnt und hatte eine bewusst konfrontative Position eingenommen (STEWART 2009, S. 4).

Relativ neu im Vergleich zur ENP, wie bereits angeführt, ist der Versuch der gehaltvollen Einbindung von Belarus. Die sehr enge, besonders auch wirtschaftliche¹¹⁵, Anbindung von Belarus an die Russische Föderation, welche auf dem ersten Blick sich vielleicht nicht so darstellt, die auf dem Papier bestehende Union zwischen beiden Ländern und letztlich auch die ausgeprägte militärische/militärtechnische Zusammenarbeit geben Belarus einen Sonderstatus. EU- Aktivitäten zu mehr Kooperation könnten dahingehend als Provokation (in Richtung auch eines politischen Umbruchs als weitere farbige Revolution) empfunden werden, besonders Belarus und auch die Ukraine sind nicht irgendwer in Russlands „Nahem Ausland“. Präsident Lukaschenko wird im Angesicht der immer wiederkehrenden Probleme mit Russland die EU- Karte bewusst spielen, er wird taktieren und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Stärkung seiner Position und für den Machterhalt nutzen¹¹⁶. Daraus könnte sich für Russland ein engerer Handlungsspielraum hinsichtlich Einflussmöglichkeiten gegenüber Belarus ergeben.

Einschneidend für Russland war auch die Tatsache, dass die EU die mögliche Anerkennung von Abchasien und Süd-Ossetien durch Belarus direkt verbunden hat mit der Aufnahme von Belarus in die Östliche Partnerschaft. Entsprechende Warnungen an die belarussische Seite ergingen von Kommissarin Ferrero- Waldner aber auch vom tschechischen Außenminister Schwarzenberg im Rahmen der tschechischen Ratspräsidentschaft (STEWART 2009, S. 3).

¹¹⁴ Siehe hierzu auch: Russland- Ukraine „Neuer Gaskonflikt braut sich zusammen“, <http://de.rian.ru/business/20090812/122665037.html>, abgerufen am 13.08.09.

¹¹⁵ Viele Experten sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer russischen Vereinnahmung!

¹¹⁶ In diesem Zusammenhang erscheint eine Annäherung unter dem Schirm der „Östlichen Partnerschaft“ zwischen Belarus und der Ukraine bemerkenswert. „Belarus and Ukraine signed a memorandum of cooperation in implementing mutually beneficial projects within the framework of the Eastern Partnership initiative“, in: Belarusian Telegraph daily vom 05.11.09, <http://www.belta.by/en/news/president?id=444775>, abgerufen am 06.11.09. Besonders die regionale (Grenzregionen) Kooperation soll gestärkt werden, was durchaus im Sinne der EU- Initiative ist. Traut man im Erstansatz dieser Absichtserklärung erfahrungsgemäß nicht viel Substanz zu, so ist sie zumindest dafür gut, um besonders im Sinne der belarussischen Seite Aufmerksamkeit zu erregen.

Russland fühlt sich wieder einmal bedroht und von Kooperationen ausgeschlossen, welche das Land unmittelbar betreffen. Bedroht deswegen, weil die möglicherweise intensiver werdende Kooperation zwischen der Ukraine und der EU aber auch mit den anderen Partnern den russischen Planungen mit ihren energiepolitisch relevanten Initiativen Nord- Stream und South- Stream entgegen stehen und dies auch einen Einbruch in die dominante Position Russlands im „Nahen Ausland“ bedeuten würde.

Die übermächtige Herausforderung für die Östliche Partnerschaft wird sein, wie eine enge Anbindung der Partner ohne Perspektive einer EU- Mitgliedschaft bewältigt werden kann? Dahingehend war die ENP schon erfolglos. Darüber hinaus könnte auch die Östliche Partnerschaft relativ rasch an die Grenzen stoßen, sollte Russland als regionaler Faktor im Rahmen der Partnerschaft unterbelichtet bleiben. Eine wie auch immer gestaltete Hereinnahme der Russischen Föderation unter bewusster Inkaufnahme der nicht neuen Risiken erscheint zumindest zweckmäßig. Bisher unterschiedliche Auslegungen von Konditionalität in den Beziehungen sind von den Betroffenen nur schwer nachzuvollziehen (HAUKKALA 2005, S. 16 f).

6.4.4.4 Folgerungen

Von russischer Seite kommt regelmäßig die Kritik hinsichtlich einer Abhängigkeit der EU von den USA. Einzelne Mitglieder der EU unterstreichen dies und gehen Kooperationen mit den USA, auch im Rahmen der US- strategischen Raketenabwehrbemühungen ein, welche die russischen Vorwürfe nur hervorheben. Auf der anderen Seite sind die EU und Russland Partner, welche nicht nur in Form von Kooperationen, sondern auch hinsichtlich Identifikation des eurasischen Raumes einen besonderen Platz innehaben, wobei nicht alle EU-Mitglieder in diesem Sinne die Rolle Russlands interpretieren und eine sehr oppositionelle Position, basierend auf historischen Erfahrungen, einnehmen. Die EU und die Russische Föderation finden sich auf dem größten zusammenhängenden Landblock wider, wo es eine Sache der Interpretation ist, wer von wem ein Anhängsel ist und aus welchem Blickwinkel (historisch betrachtet, größtmäßig interpretiert, etc.) dies gesehen wird. Letztendlich lässt sich nicht verleugnen, dass die EU trotz langsamer, durch innere Strukturwahl, eigenständiger Entwicklung durchaus als Erfolgsmodell hinsichtlich Integrationsmechanismen international anerkannt ist und Nachahmer gefunden hat.

Dies passiert abseits russischer Vorstellungen eines eigenen russischen Weges hinsichtlich Integration, wo das russische „Nahe Ausland“ als Zielgebiet gilt und wo EU- Interessen/Bemühungen hineinwirken. Die EU kann davon ausgehen, dass das gegenwärtige putinsche System unter Anwendung von dominanter Kontrolle ihre Ressourcen gewinnmaximiert, sozusagen als Systemstabilisator, einsetzt, um dem System generell Nachhaltigkeit zu verleihen, wobei die strategische Zielrichtung/ Zielsetzung gemäß meiner Sichtweise noch nicht klar absehbar ist.

7 Abschließende Bemerkungen

„Sind wir tatsächlich am Beginn einer neuen Eiszeit in den EU-Russland- Beziehungen? Die kurze Antwort auf diese Frage lautet: Nein. Sicherlich, die Beziehungen sind an einem schwierigen Wendepunkt angekommen. Ein neues Russland und eine neue EU müssen lernen, sich von der Vergangenheit zu verabschieden und ihre Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Es besteht kein Grund zu dramatisieren: Im Großen und Ganzen funktioniert das Verhältnis dann doch ganz gut und ist viel intensiver, als man das vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung glauben könnte. In vielen Bereichen ist die Partnerschaft mit Russland solide und stabil. Beide Seiten wissen, dass sie einander brauchen und dass es keine Alternative zu einem guten Verhältnis zueinander gibt“.

(GÜLLNER 2008, S.55, 56)

Obwohl das in seiner Amtszeit als russischer Präsident geschaffene putinsche System noch immer versucht, nach Außen Stabilität und Kontinuität zu vermitteln, hat es doch, basierend auf der Finanz- und Wirtschaftskrise einen massiven Einbruch erlitten. Da fast alle politischen Überlegungen und Bestrebungen auf einem massiven, tragfähigen wirtschaftlichen Aufschwung basieren, ist mittlerweile von einem überschwänglichen Optimismus wie unter der Amtsführung von Präsident Putin keine Rede mehr. Auch wenn eine wirtschaftliche Erholung wie auch in anderen Ländern immer wieder in de Mund genommen wird, dürfte es keine Rückkehr zu den Zuständen vor dem Jahr 2008 geben. Auch die russische Wirtschaft dürfte ab 2010 nur sehr langsam wachsen, eine zweite Krise kann nicht ausgeschlossen werden und wäre am Beispiel Russlands unter Berücksichtigung der eingeschränkten internationalen Wettbewerbsfähigkeit höchstwahrscheinlich fatal. Dafür sprechen die stark gefallen Rohstoffpreise und der mengenmäßige

Rückgang der russischen Energie- und Rohstoffexporte. Mit dieser Entwicklung wäre die Aufrechterhaltung eines relativen Wohlstandes vielleicht nur mehr sehr eingeschränkt möglich. Somit hätte auch die, basierend auf unter Putin erfolgtem Wirtschaftswachstum, Unterwanderung der Gesellschaft mit einer Art „Scheindemokratie“ unter Zurückdrängung wirklicher demokratischer Ansätze möglicherweise weit mehr Probleme. Die wirklichen Probleme, welche sich aus der Situation ergeben, liegen in den mangelhaften sozioökonomischen Rahmenbedingungen und Protesten, welche bislang nur in so genannten Monoindustriestädten stattgefunden haben und sich ausweiten könnten.

Trotz dieser Situation dürfte die doppelköpfige Staatsführung noch genug Vertrauen genießen, zumindest weit mehr als Parteien oder die Kammern des Parlaments. Auch der von Präsident Medwedew getätigte Rundumschlag unter dem Aufhänger „Vorwärts Russland“ aber auch die am 12. November 2009 gehaltene Rede an die Nation werden vorerst am Status Quo nichts verändern. Medwedew kritisierte die Zustände in Russland hart, sprach die Probleme klar an und übte auch Kritik an Teilen der russischen Elite, welche reformresistent gegen Veränderungen ist und somit jeglicher Art von Modernisierung im Wege steht. Genauso aufgefallen wie seine Kritik sind auch fehlende Lösungsansätze des amtierenden russischen Präsidenten. Wirklich einschneidende Maßnahmen hinsichtlich Veränderung dürften das vorherrschende Gleichgewicht zwischen den elitären Gruppen gefährden und somit auch die vorherrschende vordergründige Stabilität, welche wiederum in Russland eine gehobene Stellung einnimmt. Daraus könnte eine Art von Lähmung hervorgehen, welche zukünftig in Russlands außenpolitischen Handlungen einschränkend wirken könnte, obwohl die Gunst der Stunde Russland wohlwollend gesinnt ist. Die neue US- Administration hat die Chance für einen so genannten Neubeginn geboten, der Weg für eine breit angelegt Kooperation zwischen Moskau und Washington dürfte geebnet sein. Es bleibt auch zu hoffen, dass der von Russland selbst auferlegte Modernisierungsdruck im Zeichen der anhaltenden Wirtschaftskrise auch die EU in einer glanzvolleren Rolle wieder ins Spiel bringt, da westliches Engagement für eine Modernisierung unerlässlich sein wird. Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon dürfte die EU als internationaler Akteur, wenn auch kurzfristig nicht wahrnehmbar, gestärkt werden.

Der Russischen Föderation bleiben neben all den in der Arbeit angeführten Schwächen drei Stärken. Diese sind sein Atomwaffenarsenal, seine Bedeutung als

Energielieferant besonders für den EU- Raum und vielleicht, mit Einschränkungen versetzt, Russlands Sitz im UN- Sicherheitsrat. Sollten sich die Beziehungen zwischen den USA und Russland nachhaltig verbessern, so sind auch die EU- Russland- Beziehungen herausgefordert. Die Aussagen beim EU- Russland- Gipfel in Kopenhagen am 18.11.09 lassen durchaus positive Gefühle aufkommen. Der politische Wille dürfte von beiden Seiten gegeben sein, eine nachhaltige Gestaltungskraft wird noch vermisst! Die Qualität der EU- Russland- Beziehung ist daher noch immer als normal bis eingeschränkt schlecht zu bewerten, was nicht unbedingt als besonders negativ gesehen werden muss. Die sich ebenfalls in Transformation befindende EU hat für Russland noch immer nicht den Stellenwert, den sie sich selbst einräumt. Unter Berücksichtigung des russischen Fokus auf die USA und der umfassenden Konkurrenzsituation in Russlands „Nahem Ausland“, auch mit den entsprechenden EU- Initiativen in diese Räume hinein, wird das Verhältnis gespannt bleiben. Somit werden, auch als Zeichen der Reaktion, die für Russland bestimmenden Faktoren Macht und Kontrolle sozusagen als für das System bestimmende Faktoren schlagend bleiben. Die Präsidentenwahl 2012 und die Zeit bis dort hin werden als Beurteilungskriterium hinsichtlich der Bereitschaft Russlands, richtungsweisende Veränderungen zuzulassen, von immenser Bedeutung sein.

8 Literatur

- ADOMEIT, Hannes; LINDNER, Rainer: Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU; Wunschbild oder Wirklichkeit?, in: Stiftung Wirtschaft und Politik, SWP- Studie S 34, November 2005, Berlin
- BASTIAN, Katrin: Die Europäische Union und Russland, Multilaterale und bilaterale Dimensionen in der europäischen Außenpolitik; Wiesbaden 2006.
- BENDIEK, Annegret: Die GASP nach dem Fußnotengipfel, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- aktuell 42, Juli 2007.
- BENDIEK, Annegret: Europäische Außenpolitik; Aus europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2005, Anfang 2006, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Zeitschriftenschau 1, Februar 2006.
- BENDIEK, Annegret: Grenzregimes bilden; Migration in der Nachbarschaftspolitik, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- BENDIEK, Annegret: Perspektiven der EU- Außenpolitik, Plädoyer für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Aktuell 55, Juni 2008, abgerufen am 02 02 09.
- BENDIEK, Annegret: Wie effektiv ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Sechzehn Länder im Vergleich, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Studie S 24, September 2008, abgerufen am 09 08 09.
- BENDIEK, Annegret; KRAMER Heinz: Die EU als globaler Akteur; Unklare „Strategien“, diffuses Leitbild, in: Stiftung Wirtschaft und Politik, SWP- Studie S 12, April 2009, Berlin.
- BENDIEK, Annegret; SCHROEDEL, Livia; SIENKNECHT, Mitja: Die EU als imperiale und hegemoniale Macht; Aus europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften und Think- Tank- Publikationen 2008, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Zeitschriftenschau 1, Januar 2009.
- BREMER, Thomas: Die Rolle der Kirche im neuen Russland, in: Russlandanalysen Nr. 165 vom 30 05 08, TT<http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen165.pdf>, abgerufen am 05 06 08.
- BRZEZINSKI, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997 in: HANTKE, Martin: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen NATO und Russland, IMI-

Analyse 2009/013, <http://imi-online.de/2009.php3?id=1898>, abgerufen am 02.05.2009.

- CONOLLY, Richard: Russlands finanzielle Verwundbarkeiten, in: Russlandanalysen Nr. 187 vom 11.09.09, <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen187.pdf>, abgerufen am 13.09.09.
- CORNELL, Svante E.; NILSSON, Niklas: Europe's Energy Security; Gazprom's Dominance and Caspian Supply Alternatives, Central Asia-Caucasus Institute, Silk Road Studies Program, Washington D.C., Stockholm 2008.
- DONATH, Klaus-Helge: Das Kreml-Syndikat, Berlin 2008.
- EIMERMACHER, Karl: Staatsmacht ohne Volk; Das System Putin und die Zukunft Russlands, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.
- ENGERER, Hella: Russlands Energieexporte, Potentiale, Strategien, Perspektiven, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 11/November 2008.
- FILZMAIER, Peter, GEWESSLER, Leonore, HÖLL, Otmar, MANGOTT, Gerhard: Internationale Politik, Eine Einführung; Wien 2006.
- FISCHER, Jens: Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?, Berlin 1998.
- FURMANN, Dmitrij: Russland am Scheideweg; Logik und Ende der „imitierten Demokratie“, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 2/Februar-März 2008.
- GARBE, Folkert: Energische Integration? Russlands Energiekonflikt mit Belarus, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 4/April 2007.
- GÄRTNER, Heinz: Internationale Sicherheit,; Definitionen von A- Z, Wien 2005.
- GÖTZ, Roland: Pipeline-Popanz; Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 1/Januar 2009.
- GÖTZ, Roland: Wirtschaftsmacht Russland; Das Öl, der Aufschwung und die Stabilität, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 2/Februar 2008.
- GRÜDER, Andreas Heinemann: Kontrollregime, Russland unter Putin & Medwedev, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 9/September 2009.
- GUDKOV, Lev: Russlands Systemkrise; Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 1/Januar 2007.

- GÜLLNER, Lutz: Auf dem Tiefpunkt? Die EU- Russland- Beziehungen, in: SCHREIBER, Norbert (Hg.): Russland; Der Kaukasische Teufelskreis oder Die lupenreine Demokratie, Klagenfurt 2008.
- HAAS, Marcel de: Medwedews Sicherheitspolitik: Eine vorläufige Einschätzung, in: Russlandanalysen Nr. 186 vom 03.07.09, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen186.pdf>, abgerufen am 09.09.09.
- HAUKKALA, Hiski: The Relevance of Norms and Values in the EU's `Russia Policy, in: UPI working papers 52, The Finnish Institute of International Affairs University of Turku, 2005.
- HAUSER, Gunther: Sicherheit, Energie und Wirtschaft- Europa als globaler Akteur, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 2006.
- HEINRICH, Hans Georg: Der kaukasische Teufelskreis, in: SCHREIBER, Norbert (Hg.): Russland; Der kaukasische Teufelskreis oder Die lupenreine Demokratie, Klagenfurt 2008.
- HÖLLWERTH, Alexander: Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin, Eine Diskursanalyse zum postsowjetischen russischen Rechtsextremismus, Stuttgart 2007.
- HOYER, Werner; KALDRACK, Gerd F. (Hrsg): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP); Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?, Baden- Baden 2002.
- HUNTINGTON, Samuel P.: Kampf der Kulturen; Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998.
- IVANENKO, Vlad: Russlands Platz auf dem Weltmarkt; Exportstruktur und Integrationsoptionen, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 4/April 2007.
- IVANOV, Vladimir: Alexander Dugin und die rechtsextremen Netzwerke, Fakten und Hypothesen zu den internationalen Verflechtungen der russischen Neuen Rechten, Stuttgart 2007.
- JAHN, Egbert: Ausdehnung und Überdehnung; Von der Integrationskonkurrenz zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- JAHN, Egbert: Neue Fronten nach dem Krieg; Russland, der Westen und der Südkaukasus, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 11/November 2008.

- KAISER, Markus: Eurasien: Neo-imperialistischer Diskurs oder gesellschaftliche Realität?, Working Paper No. 37, Universität Bielefeld, http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/publications/working_papers/wp337.pdf, abgerufen am 04.02.2008.
- KEMPE, Iris: Die baltischen Staaten, Russland und die EU; Regionale Konflikte als europäische Aufgabe, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 2/Februar 2008.
- KEMPE, Iris: Zwischen Anspruch und Realität, Die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- KLIPPSTEIN, Anne-Christine: Neorealismus, Institutionalismus, Liberalismus: Drei Erklärungsansätze für die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Seminar für politische Wissenschaft der Universität Köln, Hauptseminar: Transatlantische Beziehungen, Sommersemester 2006.
- KRAUS, Herbert: Europa mit Russland vereint; Eine Vision für das 21. Jahrhundert, Wien 2003.
- LEBHAHN, Axel: Neue Ost- West- Konfrontation: Weg zurück in den Kalten Krieg?, in: Europäische Rundschau, Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, 2007/2, Frühjahr.
- LENDVAI, Paul: Zwischen Hoffnung und Ernüchterung; Reflexionen zum Wandel in Osteuropa, Wien 1994.
- LENTZ, Sebastian: Regionalisierungen; Raumdimensionen in der EU- Politik, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- LIEB, Julia; ONDARZA Nicolai von: Institutionen und europäische Außenpolitik, Beiträge in Fachzeitschriften der Jahre 2006 und 2007, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Zeitschriftenschau 6, Oktober 2007.
- LINDNER, Rainer: Russlands defekte Demographie; Zukunftsrisiken als Kooperationschance, in: Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP- Studie S 11, Berlin 2008.
- LIPPERT, Barbara: Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- LUCAS, Edward: Der Kalte Krieg des Kreml; Wie das Putin- System Russland und den Westen bedroht, München 2008.

- LUKS, Leonid: Irreführende Parallelen, Das autoritäre Russland ist nicht faschistisch, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 4/April 2009.
- MALEK, Martin (Hrsg.): Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West?; Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Juschtschenko, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 2/2007, Wien, März 2007.
- MANGOTT, Gerhard: Der russische Phönix, Das Erbe aus der Asche, Wien 2009.
- MANGOTT, Gerhard: Zur Demokratisierung Russlands; Band 1: Russland als defekte Demokratie; Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wiener Schriften zur Internationalen Politik- Band 4, Baden- Baden 2002.
- MANGOTT, Gerhard; TRENIN, Dmitrij, SENN, Martin; TIMMERMAN, Heinz: Russlands Rückkehr; Außenpolitik unter Vladimir Putin; Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wiener Schriften zur Internationalen Politik- Band 7, Baden- Baden 2005.
- MATHYL, Markus: Grenzenloses Eurasien, <http://evrazia.info/modules.php?name=News&file=article&sid=4045>, abgerufen am 12 04 2009.
- MEARSHEIMER, John J.: Back to the Future, Instability in Europe After the Cold War, <http://mearsheimer.uchicago.edu/pdfs/A0017.pdf>, abgerufen am 01 02 2009.
- MENZEL, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus, Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main 2001.
- MICHALOWITZ, Irina: Lobbying in der EU, Wien 2007.
- MOMMSEN, Margareta; NUSSBERGER, Angelika: Das System Putin, München 2007.
- MOMMSEN, Margareta: Autoritarismus oder Demokratie? Putins Russland am Scheideweg, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.
- MOMMSEN, Margareta: Surkows „Souveräne Demokratie“- Formel für einen russischen Sonderweg?, in: Russlandanalysen Nr. 114 vom 20 10 06, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen114.pdf>, abgerufen am 06 09 09.
- MOSES, Arkadij: Priorität gesucht; Die EU, Russland und ihre Nachbarn, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.

- MOZGOVOJ; Sergej: Siloviki im Dienste der Religion; Staat, Kirche und Nation in Russland, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 4/ April 2004.
- O'DONNELL Clara; WHITMAN, Richard: Das Phantom Zuckerbrot; Die Konstruktionsfehler der ENP, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar-März 2007.
- OXENSTIERNA, Susanne: Russia in Perspective; Scenarios of Russia's Economic Future 10 to 20 Years Ahead, FOI- Swedish Defence Research Agency, Stockholm 2009
- PATZELT, Werner J.: Einführung in die Politikwissenschaft, Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung; Passau 2003.
- PEROVIC, Jeronim: Farce ums Gas; Russland, die Ukraine und die EU-Energiepolitik, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 1/Januar 2009.
- PETER, Manfred: Russlands Platz in Europa, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Band 94, Berlin 2001.
- PIEHL, Ernst; SCHULZE, Peter W.; TIMMERMANN, Heinz: Die offene Flanke der Europäischen Union; Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005.
- PLEINES, Heiko: Aufstieg und Fall, Oligarchen in Russland, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.
- PLOTNIKOV, Nikolaj: Staat und Individuum, Antagonismen der russischen Ideengeschichte, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 4/April 2009.
- PRITZKOW, Sebastian: Russland beendet die vorläufige Anwendung des Energiecharta- Vertrages, in: Russlandanalysen 188/09 vom 25.09.09, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen188.pdf>, abgerufen am 26.09.09.
- REITSCHUSTER, Boris: Putins Demokratie; Wie der Kreml dem Westen das Fürchten lehrt, Berlin 2006.
- RIEMER, Dr. Andrea K.: Die amerikanisch- europäische Debatte um das Grundverständnis zur internationalen Ordnung, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 2004.
- ROTH, Jürgen: Die roten Bosse; Russlands Tycoone übernehmen die Macht in Europa, München 1998.
- RUDOLPH, Robert: Aufbruch oder Niedergang? Die Zukunft russländischer Wissenschaftsstädte, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.

- RYABOV, Andrey: Die Evolution der Interessen der russischen Eliten: Von der Bescheidenheit der 90- er Jahre zum „Milleniumsziel“ einer globalen Führungsrolle, in: ICEUR (International Center for Advanced and Comparative EU- Russia/NIS Research) working papers Nr. 1 2009, <http://www.iceur-vienna.at/data/WorkingPaperEng.pdf>, abgerufen am 08 09 09.
- SAPPER, Manfred: Machiavelli, das System Putin und die Zukunft Russlands, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.
- SCHERRER, Jutta: Ideologie, Identität und Erinnerung; Eine neue Russische Idee für Russland, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 8/August 2004.
- SCHNEIDER- DETERS, Winfried; SCHULZE, Peter W.; TIMMERMANN, Heinz (Hrsg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Die Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2008.
- SCHRÖDER, Hans- Henning: Wider die USA und die russische Bürokratie; Medwedews erste Botschaft an die Föderalversammlung, in: Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP- Aktuell 82, November 2008.
- SCHRÖDER, Hans- Henning: Wladislaw Jurjewitsch Surkow – der große Puppenspieler, in: Russlandanalysen Nr. 114 vom 20 10 06, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen114.pdf>, abgerufen am 06 09 09.
- SCHWABECHER, Heinrich: Die Zukunft der europäisch- russischen Beziehungen nach 2007, in: Konrad Adenauer Stiftung, KAS- Auslandsinformation 12/06, http://www.kas.de/wf/doc/kas_9856-544-1-30.pdf, abgerufen am 10 10 08.
- SEVCOVA, Liliya: Ende einer Epoche; Russlands Bruch mit dem Westen, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 11/November 2008.
- SEVCOVA, Liliya: Russlands Wille zur Weltmacht; Autokratie, Energie; Ideologie, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 4/ April 2007.
- SIEDSCHLAG, Alexander: Einführung- Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, http://www.esci.at/eusipo/siedschlag_einfuehrung_ggk-fe.pdf, abgerufen am 13 04 2009.
- SIEDSCHLAG, Alexander: Neorealismus in der Theorie internationaler Politik, Innsbruck Forum on International Relations- IFIR Tutorial,

http://www.ifir.at/pdf/Tutorial/Siedschlag_Neorealismus.pdf, abgerufen 06 02 2009.

- SIEGERT, Jens: Von der Kontinuität zur Stagnation, Instabile Stabilität im autoritären Russland, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 4/April 2009.
- STEWART, Susan: Die Konstruktion des Feindbilds Westen im heutigen Russland; Seine Geschichte und seine Funktion, in: Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP- Studie S 28, Berlin 2008.
- STEWART, Susan: Russland und die Östliche Partnerschaft, Harsche Kritik, punktueller Kooperationsinteresse, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Aktuell 21, April 2009, abgerufen am 05 07 09.
- STRATENSCHULTE, Eckart D.: Planquadrat Osteuropa, Die Östliche Partnerschaft der Europäischen Union, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 5/Mai 2009.
- STRICKER, Gerd: Märtyrer und Heilige, Die Kanonisierung Nikolajs II.- ein Lehrstück, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 6/Juni 2009.
- THAU, Susanne: Öffnung des Binnenmarkts? Chancen und Risiken der ENP, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- THEISEN, Heinz: Überdehnung oder Überwindung? Europas kulturelle Grenzen, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 3/März 2004.
- TTHUMANN, Michael: Gesucht: Siedler für Sibirien, in Zeit online 09/2002, http://www.zeit.de/2002/09/Gesucht_Siedler_fuer_Sibirien?page=all, abgerufen am 19 04 08.
- TÖMMEL, Ingeborg: Das politische System der EU, München 2008.
- Trenin, Dmitrij: Identität und Integration: Russland und der Westen im 21. Jahrhundert, in: Russlands neuer Realismus, Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen, 1. Halbjahr 2004, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP- Zeitschriftenschau 11, August 2004.
- TRUBETZKOY, Michael S., Russland Europa Eurasien, Ausgewählte Schriften zur Kulturwissenschaft, herausgegeben von Fedor B. Poljakov, Wien 2005.
- TULMETS, Elsa: Alter Wein in neuen Programmen; Von der Osterweiterung zur ENP, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- UMLAND, Andreas: Postsowjetische Gegeneliten und ihr wachsender Einfluss auf Jugendkultur und Intellektuellendiskurs in Russland: Der Fall Aleksandr

Dugin (1990-2004), http://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00089189/Heft20-2.pdf, abgerufen am 16 04 2009.

- URBANEK, Julia: Abschlussarbeit zu Kenneth Waltz: Reflections on Theory of International Politics, Proseminar Internationale Politik, Ausgewählte Texte aus den internationalen Beziehungen bei Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner, Universität Wien WS 1999/2000.
- VAHTRA, Peeter: Russische Direktinvestitionen im Ausland. Weiterer Anstieg trotz der globalen Krise, in: Russlandanalysen Nr. 187 vom 11 09 09, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen187.pdf>, abgerufen am 13 09 09.
- VOBRUBA, Georg: Expansion ohne Erweiterung; Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa, 57. Jahrgang/Heft 2- 3/Februar- März 2007.
- VOGEL, Heinrich: Umweg oder Rückfall? Russlands Politik ist kein Vermittlungsproblem, in: Osteuropa, 54. Jahrgang/Heft 8/August 2004.
- WALTZ, Kenneth N.: Structural Realism after the Cold War, http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/waltz_kenneth_v25n1.pdf, abgerufen am 01 02 2009.
- WEIDEMANN, Joachim O.: Bärenjagd im Kreml, Finanzkrise in Russland, in: Osteuropa, 58. Jahrgang/Heft 12/Dezember 2008.
- WEIER, Sarah: Was ist „neu“ am Neorealismus?- Ein Vergleich der Theorien Morgenthau und Waltz, Humboldt-Universität zu Berlin, 2002, <http://www.grin.com/e-book/36746/was-ist-neu-am-neorealismus-ein-vergleich-der-theorien-morgenthau-und>, abgerufen am 14 02 2009.
- WESTPHAL, Kirsten: Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit; Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP- Studie S 18, Berlin 2009.
- WIEDERKEHR, Stefan: Die Eurasische Bewegung, Köln 2007.
- WILLEMS, Joachim: Kirche und Armee, Religion und Politik in Russland, in: Osteuropa, 59. Jahrgang/Heft 6/Juni 2009.
- WIPPERFÜRTH, Christian: Russland und seine GUS- Nachbarn; Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region, Stuttgart 2007.

Abstract:

Das auf Macht und Kontrolle aufgebaute autoritäre „System Putin“ versucht trotz der Einbrüche, resultierend aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, nach außen hin Stabilität zu vermitteln. Die von Medwedew und Putin angestrebte umfassende Modernisierung des Landes wird aufgrund fehlender wirtschaftlicher Reformen und stagnierender Energie- und Rohstoffpreise aber auch fehlendem Willen zur Erneuerung ausbleiben. Der Unwille der Bevölkerung könnte sich aufgrund der veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen zuungunsten der Elite ausweiten. Ein Durchgreifen der politischen Führung hinsichtlich nachhaltiger Systemveränderungen ist im Sinne der gewollten Systemstabilität nicht erwartbar.

Die EU könnte im Sog der guten US- Russlandbeziehungen versuchen, für sich Kapital herauszuschlagen und Russlands Modernisierungsdruck für sich zu nutzen. Die sich in Transformation befindende EU selbst wird von Russland nicht zuletzt auch wegen ihrer sicherheitspolitischen Initiativen in das „Nahe Ausland“ Russlands kritisch und als Konkurrent gesehen. Lediglich Energiegeschäfte stimulieren die schwach ausgeprägte Partnerschaft, welche von einseitigen Abhängigkeiten weit entfernt ist. Die umfassende Konkurrenzsituation in der EU- Russland- Peripherie und die nachhaltigen sicherheitspolitischen Interessen beider Akteure werden ein ausgeprägtes, qualitativ hochwertiges, Beziehungsspiel nicht zulassen. 2012 im Rahmen der russischen Präsidentenwahl könnte ein nächster Richtungsentscheid als Beurteilungskriterium für die EU fallen. Die EU selbst wird aufgrund des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon an Selbstvertrauen gewinnen.

CURRICULUM VITAE

- | | | |
|------------------------------|---------------------|---|
| 1. Name: | ERTLTHALLNER | |
| 2. Vorname: | Wilhelm | |
| 3. Geburtsdatum: | 04 02 1959 | |
| 4. Wohnort: | 3400 Klosterneuburg | |
| 5. Beruf | Berufsoffizier/ ÖBH | |
| 6. militärischer Dienstgrad: | Oberst | |
| 7. Laufbahn: | 1976- 1982 | Grundwehrdienst/ Kaderfunktionen
3. Panzergrenadierbrigade, Mautern |
| | 1982- 1985 | Theresianische Militärakademie,
Wr. Neustadt |
| | 1985- 1995 | Verschiedenste Kommandanten- und
Stabsoffiziersfunktionen in
Klosterneuburg und Mautern |
| | 1995- 2001 | Referatsleiter/ BMLV, Wien |
| | 2001, 2002 | Verwendung im EU- Militärstab,
Brüssel |
| | 2003 - | Hauptreferatsleiter im BMLV, Wien |
| 8. Auslandseinsätze: | 1978,1986/87 | UNDOF/ AUSBATT, Syrien |